



universität  
wien

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Der Diskurs um eine Neue Weltwirtschaftsordnung –  
Zur Einhegung und den Widersprüchen der imperialen  
Lebensweise“

verfasst von / submitted by  
Josef Mühlbauer BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Master of Arts (MA)

Wien, 2021 / Vienna 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree  
programme code as it appears on the  
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt / degree  
programme as it appears on the student  
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dipl.-Bw. Dr. Ulrich Brand

Abhaltungssemester: 2020W

Titel der Lehrveranstaltung: 2020W 210135-1 M13: Masterseminar

Typ: ~~PS~~ / SE (nicht Zutreffend bitte streichen)

LehrveranstaltungsleiterIn: Univ.-Prof. Dipl.-Bw. Dr. Ulrich Brand

Abgabedatum der Arbeit: 28.04.2021

#### Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

MÜHLBAUER, JOSEF

\_\_\_\_\_  
Nachname, Vorname (in Blockschrift)

  
\_\_\_\_\_

Datum: 28.04.2021

Unterschrift

## **Kurzfassung/ Abstract**

Die vorliegende Masterarbeit untersucht mittels einer sozialwissenschaftlichen Dokumentenanalyse den Diskurs um eine Neue Weltwirtschaftsordnung (NWWO) ab den 1970er Jahren. Dabei steht im Zentrum die Frage: inwiefern fortschrittliche Aspekte zur Einhegung bzw. Überwindung der hegemonial etablierten und kapitalistischen Weltordnung – im Sinne einer aufscheinenden solidarischen Produktions- und Lebensweise und ihrer politischen Rahmenbedingungen – thematisiert wurden. In Anlehnung an dem analytischen Strukturbegriff „Imperiale Lebensweise“, der Regulationstheorie und der soziohistorischen Analyse der Annales-Schule rekonstruiere ich die hegemoniale Etablierung, relative Stabilität und inhärente Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Akkumulationsregimes. Fortschrittliche Aspekte der Einhegung bzw. Überwindung dieses Regimes werden aus dem Konzept der solidarischen Lebensweise sowie der Degrowth-Debatte und dem Post-Development-Ansatz generiert. Der Diskurs um eine NWWO ist – in Summe – zu begreifen als eine zeitgemäße Form der Darstellung der Gegensätze, die der bestehenden Wirtschaftsordnung zugrunde liegen. Sie ist in keiner Weise aber schon die Aufhebung dieser Gegensätze in einer neuen Wirtschaftsordnung.

## **Vorwort**

Jede wissenschaftliche Arbeit geht von einer gewissen subjektiven Realität aus (Husserl). Daher sollten mein Standpunkt und meine Hoffnungen hier einen Platz finden. Ich sehe diese Arbeit als einen jahrelangen Prozess der akademischen Entwicklung, der persönlichen Selbstfindung und als einen (kleinen) Beitrag zur Friedensbewegung bzw. Friedensforschung. Wie schon Willy Brandt in den 1980er zu sagen pflegte ist „Entwicklungspolitik von heute, Friedenspolitik von morgen“. Frieden erreichen wir meiner Meinung nach, in dem wir die gegenwärtig vorherrschenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse kritisieren und auf eine egalitäre und solidarische Gesellschaftskonfiguration hinweisen.

Eine weitere Situiertheit muss erwähnt werden. Obwohl ich mir der Tatsache bewusst bin, dass es in den entwicklungspolitischen Standardwerken „Gender-Defizite“ (vgl. HANAK 1997) gibt, habe ich mich bemüht trotz der Zitation überwiegend männlicher Autoren und Forscher die Perspektive und Bedürfnisse von nicht cis-Männern mit einfließen zu lassen. Dementsprechend wird eine queerfeministische Perspektive stets mitbedacht und eine geschlechtergerechte Sprache durchgehend angewandt.

## **Danksagung**

Dieses Werk wäre in der Form ohne die stundenlangen Gespräche mit meinem Freund Leo Xavier Gabriel nicht möglich gewesen. Ein spezieller Dank geht an meinem Professor Dr. Ulrich Brand, dem ich nicht nur eine finanzielle Förderung dieses Werkes zu verdanken habe, sondern der mich durchgehend motiviert, kritisiert und durch diesen Schreibprozess gedanklich begleitet hat. Ebenfalls danke ich dem Team vom Varna Institute for Peace Research (VIPR), die mich in Bulgarien politisiert und im positiven Sinne radikalisiert haben. Zum Konzept der „Imperialen Lebensweise“ habe ich bereits im Rahmen der Degrowth-Konferenz 2020 mit Jana Hafner, Andrea Marjanovic und Walentina Pflug-Hofmayr und im Rahmen einer Publikation mit dem KAUZ-Kollektiv bzw. dem Verein Periskop gearbeitet. Daher schulde ich euch sowohl für den geistigen Austausch als auch für die wundervollen Momente in Nikitsch eine herzliche Umarmung.

Da es unmöglich ist alle Leute die mich geprägt, beeinflusst bzw. die durch ihr Handeln oder durch ihre Werke mich berührt haben zu erwähnen, möchte ich nun einige Namen nennen: DDDr. Gerhard Donhauser, Dr. Gabriele Michalitsch, MMag. Utta Isop, Prof. Roy Casagrande, Dr. Brigitte Bargetz, Dr. Natasha Kelly und Ilija Trojanow. Ihr seid geistige Leuchttürme der Solidarität!

Widmen möchte ich dieses Werk meiner geliebten Christina, die für immer in mein Herz bleibt.

## Inhaltsverzeichnis

|   |    |
|---|----|
| Abkürzungsverzeichnis .....   | 7  |
| Tabellenverzeichnis .....   | 9  |
| 1. Einleitung .....   | 10 |
| 2. Forschungsfrage und methodologische Herangehensweise .....                             | 13 |
| 2.1 Stand der Forschung und Relevanz dieser Arbeit .....                                  | 17 |
| 3. Theoretischer Rahmen und Begriffsbestimmung .....                                      | 20 |
| 3.1 Theoretische Vorannahmen .....  | 20 |
| 3.2 Imperiale Lebensweise .....   | 21 |
| 3.2.1 Kriterien solidarischer Lebens- und Produktionsweisen .....                         | 22 |
| 3.3 Annales-Schule und Regulationstheorie .....   | 26 |
| 3.3.1. Soziohistorische Analysen des Akkumulationsregimes .....                           | 27 |
| 3.3.2. Regulationsmodus .....   | 29 |
| 3.4 Zwischenfazit – Theoretischer Rahmen .....  | 30 |
| 4. Gesellschaftlich-historischer Kontext der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ .....         | 31 |
| 4.1 Historische Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise .....                   | 31 |
| 4.1.1 Kolonialismus und Imperialismus – eine Geschichte des strukturellen Rassismus ..... | 35 |
| 4.1.2 Prozess der Dekolonialisierung und die Regulation des Fordismus .....               | 39 |
| 4.1.3 Post-Fordismus und der Aufstieg des Neoliberalismus .....                           | 45 |
| 4.2 Entwicklungsdekaden und die „Neue Weltwirtschaftsordnung“ .....                       | 48 |
| 4.3 Zwischenfazit – NWWO als analytische Kategorie .....                                  | 54 |
| 5. Forderungen, Reformen, Resolutionen und Diskurse der NWWO .....                        | 57 |
| 5.1 Zentrale Forderungen und Reformen .....   | 57 |
| 5.1.1 Außenorientierung, Abhängigkeit vom Weltmarkt und imperiale Rohstoffe .....         | 59 |
| 5.1.2 Der wichtigste und blutigste Rohstoff der Welt: Erdöl .....                         | 63 |
| 5.1.3 Souveränität und Selbstbestimmung .....   | 68 |
| 5.2 Akademische Debatten .....  | 72 |

|   |     |
|---|-----|
| 5.2.1 Jan Tinbergen und der RIO-Bericht – eine Degrowth Perspektive auf die NWWO..... | 73  |
| 5.2.2 Die Prebisch-Singer-These – Strukturalistische Perspektive .....                | 78  |
| 5.2.3 Senghaas – Dependenztheoretische und die dissoziative Perspektive .....         | 81  |
| 5.2.4 Integrationistische Perspektive I: Allgemein.....                               | 84  |
| 5.2.5 Integrationistische Perspektive II: Brandt-Report .....                         | 87  |
| 5.2.6 Collective Self-Reliance und Selektive Kooperation als Mittelweg?.....          | 89  |
| 5.2.7 Endogene Ansätze bzw. (neo)liberale Positionen .....                            | 91  |
| 5.2.8 Exogene Ansätze bzw. (Neo-)Imperialismustheorien .....                          | 94  |
| 5.3 Zwischenfazit – NWWO als normative Kategorie.....                                 | 97  |
| 6. Conclusio.....   | 100 |
| 6.1 Ausblick – oder was wir heute aus diesem Diskurs lernen können.....               | 103 |
| Quellen- und Literaturverzeichnis.....  | 106 |

## **Abkürzungsverzeichnis**

ACM - Andean Common Market

BEIC – British East India Company

BRICS – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika

CACM - Central American Common Market

CARICOM/CCM – Caribbean Community/ Caribbean Common Market

CEESTEM – Centro de Estudios Economicos y Sociales del Tercer Mundo, Mexico

CEPAL – UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika

CIEC – Conference on International Economic Cooperation

CSR – Collective Self-Reliance

ECA - Economic Commission for Africa

EEC – European Economic Community

FAO – Food and Agriculture Organization of the United Nations

GATT – General Agreement on Tariffs and Trade

GSP – General System of Preferences

IB – Internationale Beziehungen

IFAD – International Fund for Agriculture Development

IEA – International Energy Agency

ILO – International Labor Organization

IRP – Das Integrierte Rohstoffprogramm (auch als Corea-Plan bekannt)

ISI – Importsubstituierte Industrialisierung

ITO – International Trade Organisation

IWF – Internationaler Währungsfonds

JEP – Journal für Entwicklungspolitik

LAFTA - Latin American Free Trade Association

MERCOSUR – Mercado Común del Sur (Gemeinsamer Markt des Südens)

NAFTA – North American Free Trade Agreement

NAM – Non-Aligned Movement

NIEO – New International Economic Order

NIWO – Neue Internationale Wirtschaftsordnung

NWWO – Neue Weltwirtschaftsordnung

OECD – Organization for Economic Cooperation and Development

OPEC – Organization of Petroleum Exporting Countries

RGW – Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON)

RIO – Reform der Internationalen Ordnung

SADC – Southern African Development Community

U.N. – United Nations

UNCTAD – United Nations Conference on Trade and Development

UNDD – United Nations Development Decade

UNDP – United Nations Development Programme

UNICEF – United Nations International Children's Fund

UNITAR – United Nations Institute for Training and Research

UNIDO – United Nations Industrial Development Organization

UNRIC – Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen

WFP – World Food Programme of the United Nations

WHK – Welthandelskonferenz

WHR – Welthandelsrat bzw. Rat für Handel und Entwicklung

WHO – World Health Organization of the United Nations

WTO – World Trade Organization

## **Tabellenverzeichnis**

|  |    |
|--|----|
| Tabelle 1: Regulationsmodus im historischen Kontext..... | 21 |
|--|----|

## 1. Einleitung

Die neoliberale Globalisierung entfesselte eine „New Economy“, bei der selbst bekennende Liberale wie Ralf Dahrendorf (1999) oder George Soros (1999) von einer „Erbarungslosigkeit“ und von einer Gefährdung des sozialen Zusammenhalts sprechen (BRAND et al. 2000: 11). Die Weltwirtschaftsordnungen, die einen liberalen (ROTHSTEIN 1979) bzw. einen neoliberalen (LIPIETZ 1992; BRAND et al. 2000) Charakter aufweisen, haben bislang die Industrieländer begünstigt und ihre Interessen wurden und werden weiterhin in internationalen Organisationen (WTO, Weltbank, IWF, GATT) stärker berücksichtigt als die Interessen der Länder des „Globalen Südens“<sup>1</sup> (vgl. KLAUS/KLEIN 2018). Diese Ungleichheit ist somit strukturell verankert und spiegelt die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse, bzw. die hegemoniale Vormachtstellung „westlicher“<sup>2</sup> Industrienationen wieder. Doch die im Kapitalismus angelegte Vermögenskonzentration ist seit dem 20. Jahrhundert auch in den Industrienationen stark gestiegen und verursacht eine zunehmende Ungleichheit die laut Thomas Piketty (2014) zu einer Refeudalisierung (Patrimonialen Kapitalismus) der Gesellschaft und zu einer oligarchischen Demokratie führt.

Für den Friedensforscher, Philosophen und Sozialwissenschaftler Dieter Senghaas (1977: 25) hängen die ungleiche internationale Arbeitsteilung und die peripheren Gesellschaftsformationen zusammen und sind zwei Facetten ein und desselben Sachverhaltes: der Herausbildung eines kapitalistischen Weltmarktes, dessen Entwicklungsdynamik von den jeweils vorherrschenden, also hegemonial etablierten kapitalistischen Metropolen bestimmt wurde. In Zeiten des Postfordismus sind die schwerpunktmäßig ansässigen, weltweit operierenden transnationalen Konzerne (TNK) die maßgeblichen Agenten der weltweiten Entwicklungsdynamik:

„Innerhalb des kapitalistischen Weltmarktes markiert die Penetration peripherer Gesellschaftsformationen durch multinationale Konzerne nur die jüngste Etappe eines langen

---

<sup>1</sup> Die Begriffe „Entwicklungs- und Schwellenländer“ sind im negativen Sinn (ab-)wertend. Wenn wir weiter in der Begriffshistorie zurückgehen, entdecken wir Begriffe die ebenso diskriminierend sind, nämlich „Erster“, „Zweiter“ und „Dritter Welt“ (die Aufteilung entspricht der Weltaufteilung nach dem Zweiten Weltkrieg). Deswegen verwende ich den Begriff „Globaler Süden bzw. Norden“, wobei hier keine rein geografische Länderzuordnung gemeint ist, da z.B. Australien eindeutig zur „westlichen Wertegemeinschaft“, als auch zu den hoch industrialisierten nördlichen Nationen einzugliedern ist. Globaler Norden beschreibt die historisch dominierenden und kolonialisierenden Länder und Imperien sowie die herrschenden Klassen weltweit (ACOSTA et al. 2019: 21). Globaler Süden hingegen wird als Sammelbegriff für ausgebeutete Frauen oder ethnische Minderheiten sowie „ärmere“ bzw. historisch kolonialisierte Gebiete bzw. Länder verwendet (ebd.).

<sup>2</sup> Mit „westlich“, bzw. mit „der Westen“ meine ich nicht einen rein geographischen Raum, sondern ein Konstrukt bzw. einen Kultur- und Gemeinschaftsraum, der sich selbst als „entwickelt, industrialisiert, kapitalistisch, säkularisiert und modern“ bezeichnet (vgl. HALL 1997).

historischen Prozesses der Internationalisierung von Kapital und Arbeit“ (SENGHAAS 1977: 25).

Dieser historisch-kontingente Prozess der systematischen Ungleichheit, der von der Kolonialisierung, über den Imperialismus bis hin zur heutigen Privatisierung zugunsten TNK seinen Fortbestand hat, sieht in Zahlen gesprochen folgendermaßen aus: das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt 45% des weltweiten Reichtums, während die ärmere Hälfte der Menschheit nicht einmal auf ein Prozent des Vermögens kommt (OXFAM 2020). Diese Ungleichheit sieht man nicht nur anhand einer Nord-Süd-Dimension, sondern auch anhand einer feministischen Dimension: weltweit besitzen Männer rund 50 Prozent mehr Vermögen als Frauen, welche darüber hinaus auch häufiger von extremer Armut betroffen sind (ebd.). Weltweit leiden rund 690 Millionen Menschen an Hunger und die Zahl der chronisch unterernährten Menschen ist in den letzten fünf Jahren um mehrere zehn Millionen gestiegen – überwiegend in Ländern des Globalen Südens (FAO et al. 2020). Der Soziologieprofessor und UN-Sonderbeauftragte Jean Ziegler schlussfolgert:

„Es gibt keinen objektiven Mangel, also keine Fatalität für das tägliche Massaker des Hungers, das in eisiger Normalität vor sich geht. Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet“ (ZIEGLER 2011: 5).

Wenn die(se) „soziale Frage(n) unseres Jahrhunderts“ gelöst werden soll(en), muss das System der Weltwirtschaft einschneidend verbessert werden – so die Forderungen der evangelischen und katholischen Kirchen aus dem Jahr 1972, anlässlich der 3. Welthandelskonferenz (UNCTAD III) (KUNST/TENHUMBERG 1976: VII). Diese Konferenz war auch ausschlaggebend für die weltweite Verbreitung und Prägung des Begriffs „Neue Weltwirtschaftsordnung“ (NWWO)<sup>3</sup>. Dieser trägt folgenden Inhalt bzw. Geschichte in sich.

Länder des Globalen Südens schlossen sich 1964 im Verlauf der ersten Welthandelskonferenz (UNCTAD) zu einer solidarischen „Gruppe der 77“ zusammen und artikulierten gemeinsam ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen, um die ungleichen Machtbeziehungen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten zu thematisieren. Es ging dieser Gruppe von Staaten darum, das Weltwirtschaftssystem dermaßen zu reformieren, dass ihre Interessen gehört, ihre Partizipationsmöglichkeiten in internationalen Organisationen erhöht und ihre Präferenzen für Rohstoffabkommen, Zölle, Freihandelsabkommen und Preisstabilisierungsmaßnahmen

---

<sup>3</sup> Oftmals werden die Begriffe „Neue Weltwirtschaftsordnung“ (NWWO) und „Neue Internationale Weltwirtschaftsordnung“ (NIWO) synonym verwendet (vgl. SENGHAAS 1977; LIPIETZ 1992; TOMUSCHAT 1975). Ich werde fortlaufend beim Akronym NWWO bleiben, außer bei Zitationen.

umgesetzt werden. Das Wort Präferenz in diesem Zusammenhang schafft zwar den Eindruck, die Länder des Globalen Südens wollten eine Vorzugsstellung. In Wirklichkeit aber geht es nur um die Gleichstellung in der internationalen Wirtschaftsordnung (ECKENSTEIN 1966: 40). Die eingebrachte Deklaration bzw. das Aktionsprogramm über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung wurde von den großen Industrienächten USA, Großbritannien und u.a. der Bundesrepublik Deutschland abgelehnt (TOMUSCHAT 1975: 93). Auch bei der Resolution über industrielle Entwicklung und Zusammenarbeit von Lima, die von der II. UNIDO-Konferenz am 26. März 1975 angenommen wurde, erhielten die Staaten des Globalen Südens eine erneute Gegenstimme, denn das „US-Imperium“ (MÜNKLER 2005) stimmte wieder einmal dagegen, während sich sieben Staaten (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Israel, Italien, Japan und Kanada) enthielten (TOMUSCHAT 1975: 94). Das Projekt der NWWO ist damals aber nicht nur aufgrund der großen Vetomächte gescheitert. Die Ölkrise von 1973 deckte die Interessensgegensätze innerhalb der Staaten des Globalen Südens deutlich auf. Die volkswirtschaftlichen Unterschiede zwischen diesen Staaten brachten ebenfalls große Hindernisse mit sich. Und spätestens seit dem Ende der bipolaren Weltordnung wurde die Verhandlungsposition des Globalen Südens deutlich geschwächt (vgl. NUSCHELER 2003).

In dieser Arbeit spielt daher die Frage warum die Resolutionen um eine NWWO gescheitert sind nur eine sekundäre Rolle. Diese Frage wurde in der wissenschaftlichen Literatur zur Entwicklungspolitik schon deutlich beantwortet:

„Der Westen reagierte auf den mit revolutionären Parolen angereicherten Druck aus dem Süden mit dem Angebot eines Nord-Süd-Dialogs, spielte auf Zeit und nutzte im Verbund mit IWF und Weltbank die Konterchancen, die ihm die zu Beginn der 80er Jahre über den Großteil der Entwicklungsländer hereinbrechende Verschuldungskrise bot. Am Ende hatte das in der G7 organisierte „Kartell der Mächtigen und Reichen“ in allen wichtigen Streitpunkten substantielle Zugeständnisse verweigert. Das große Projekt einer NWWO mit einem integrierten Rohstoff-Fond zur Stabilisierung der Rohstoffpreise war gescheitert. Die neue Doktrin des Neoliberalismus setzte auf Deregulierung, nicht Regulierung des Weltmarkts. Der „Brandt-Bericht“ (1980), der sich weitgehend die Forderungen der „Gruppe der 77“ zueigen gemacht hatte, verschwand im entwicklungspolitischen Giftschränk“ (NUSCHELER 2003).

Der Fokus dieser Arbeit liegt primär darin, den Diskurs bzw. die zentralen Prinzipien der NWWO nach Elementen der solidarischen Lebens-, Produktions-, und Konsumweise (BRAND/WISSEN 2017; vgl. I.L.A. Kollektiv 2019) zu befragen.

In den nächsten Kapiteln werden die Forschungsfrage, methodologische Herangehensweise als auch die theoretischen Vorannahmen vorgestellt.

## **2. Forschungsfrage und methodologische Herangehensweise**

Folgende Forschungsfrage steht im Zentrum dieser Arbeit:

*Inwiefern wurden fortschrittliche Aspekte zur Einhegung bzw. Überwindung der hegemonial etablierten und kapitalistischen Weltordnung in den Diskurs um eine „Neue Weltwirtschaftsordnung“ ab den 1970er Jahre thematisiert – im Sinne einer aufscheinenden solidarischen Produktions- und Lebensweise und ihrer politischen Rahmenbedingungen – und was kann heute daraus gelernt werden?*

Die Forschungsfrage wird in Anlehnung an dem analytischen Strukturbegriff „Imperiale Lebensweise“ (ILW) (BRAND/WISSEN 2017) und in Anlehnung an der Regulationstheorie (RT), insbesondere dem Ansatz der Annales-Schule (BRAUDEL 1981; 1983; 1984) beantwortet.

### **Methodologische Herangehensweise:**

Da ich in dieser Forschungsarbeit keine empirischen Daten erhoben habe, verwende ich Sekundärdaten, die ich auf der Grundlage der **Dokumentenanalyse** interpretiere und auswerte. Anhand der bestehenden Literatur versuche ich den Diskurs um eine NWWO zunächst zu rekonstruieren um ihn anschließend zu analysieren (vgl. ZAPF 2013: 71ff.). Dabei gehe ich auf die sozialwissenschaftliche Dokumentenanalyse ein, die sich aus der Quellenanalyse der Geschichtswissenschaft entwickelt hat und als interpretatives Verfahren angesehen werden kann (REH 1995: 203). Die Quellen- und Dokumentenanalyse ist laut Werner Reh (1995: 203) auch für die politikwissenschaftliche Forschung unverzichtbar. Dokumente sind im Kontext der NWWO das Produkt bestimmter Akteure und Ausdruck einer bestimmten (geo-)politischen und wirtschaftlichen Machtkonstellation. Dokumente können in dieser Hinsicht die politische Stimme eines Widerstandes oder die Verdichtung eines sozialen Kräfteverhältnisses darstellen. Mit Hilfe der Dokumentenanalyse untersuche ich einen Ausschnitt der sozialen Wirklichkeit und interpretiere nicht nur die sozialen Handlungen – die subjektiv-intentional verursacht wurden – sondern auch die sozial-strukturelle(n) Bedingtheit bzw. Rahmenbedingungen dieser Handlungen (vgl. ATTESLANDER 1971: 53). Die Darstellung der Rechercheergebnisse resultierend aus der Dokumentenanalyse erfolgt gemäß meiner theoretischen Vorannahme in zwei separaten Abschnitten (Kap. 4 und 5), welche die analytische und normative Dimension

des Diskurses um eine NWWO aufzeigen soll. Nun komme ich zur Begründung meiner Materialauswahl.

**Materialauswahl:** Einerseits versuche ich Reformen, Berichte, Resolutionen und Sitzungsprotokolle der UNCTAD sowie die wissenschaftlichen Debatten rund um den Diskurs um eine NWWO zu rekonstruieren und zu analysieren. Andererseits versuche ich Kriterien zur Einhegung bzw. Überwindung der weltweiten kapitalistischen Lebens- und Produktionsweise im Sinne einer aufscheinenden solidarischen Lebensweise zu definieren (Kap. 3), um sie anschließend auf den Diskurs um eine NWWO anzuwenden (Kap. 6). Konkret ziehe ich folgende Materialquellen heran: Berichte (Brandt-Bericht 1980; Prebisch-Report, vgl. OCAMPO/PARRA 2003), die Bücherreihe der UNITAR-CEESTEM NIEO Library (insbesondere AGARWALA 1983), die U.N. Resolutionen 3201 und 3202 (1974), die UNCTAD Sitzungsprotokolle (UNCTAD 1976) sowie verschiedene Analysen und Werke der UNCTAD (1997; 2000; 2004; 2005; 2014) und des wissenschaftlichen Diskurses (vgl. Kap. 5).

Als Materialquellen zur Bemessung der Kriterien zur Einhegung bzw. Überwindung der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise (auch imperiale Lebensweise) dienen mir Bücher und wissenschaftlichen Arbeiten der Degrowth-Bewegung (ACOSTA/BRAND 2018; AK POSTWACHSTUM 2016; BRAND/KRAMS 2018; D'ALISA et al. 2015; LAOUTCHE 2010), der Post-Development Ansätze (ACOSTA et al. 2019; ESCOBAR 1995) sowie die Ansätze solidarischer Lebensweisen (BRAND/WISSEN 2017; I.L.A. Kollektiv 2019). Diese Bemessungsgrundlage wird im Kap. 3 noch näher erläutert.

Ich gehe in dieser Arbeit von der **theoretischen Annahme** aus, dass der Begriff der NWWO sowohl eine analytische Dimension, die den historischen Entwicklungsprozess des Nord-Süd-Gefälle beschreibt, als auch eine normative Dimension aufweist, welche in den Forderungen, Resolutionen und wissenschaftlichen Debatten zum Ausdruck kommt. Es handelt sich bei der normativen Dimension um einen Ausdruck der die Dependenz, globale Ungerechtigkeit und die Ausbeutungsmechanismen der kapitalistischen Weltordnung zu mindern trachtet (vgl. AGARWALA 1983).<sup>4</sup> Im Detail wird diese theoretische Vorannahme im Kapitel 3.1 weiter expliziert. Um die Weltwirtschaftsordnung und ihr Entstehungskontext analytisch zu erfassen,

---

<sup>4</sup> Damit ist jedoch noch nicht von vornherein gesagt, dass mit dem Diskurs um eine NWWO die Überwindung der kapitalistischen Weltordnung angestrebt wurde. Inwiefern dies tatsächlich der Fall ist, bzw. ob dies überhaupt der Fall ist, wird im Prozess dieser Arbeit erst eruiert und im Kap. 6 (Conclusio) beantwortet.

auf welche sich der Begriff und der Diskurs um eine NWWO kritisch beziehen, gehe ich auf drei Konzepte bzw. Theorien ein, die miteinander in Verbindung stehen.

Zum einen gehe ich auf die historisch-analytische **Annales-Schule** ein, um das Entstehen der kapitalistischen Weltordnung präziser zu erfassen. Damit versuche ich zu zeigen, wie sich die kapitalistische Weltordnung hegemonial durchgesetzt hat und welche Folgen diese Entwicklung für den Globalen Süden hatte (Kap. 4). Oder anders formuliert: Die analytische Dimension der NWWO erfasse ich mit dem historisch-analytischen Blickwinkel der Annales-Schule (BRAUDEL 1981; 1983; 1984; PFISTER/FERTIG 2004) und versuche damit die Ungleichzeitigkeit der Geschichte bzw. die „Entwicklung der Unterentwicklung“ des Globalen Südens deskriptiv-analytisch zu beschreiben. Diese Denkschule beeinflusste maßgeblich Denker\*innen der Regulationstheorie (vgl. VIDAL 2000: 37-41)

Auf die **Regulationstheorie** gehe ich ein, damit die relative Stabilität der Weltwirtschaftsordnung und den dahinter liegenden inhärenten Widersprüchen, dem Akkumulationsregime und schließlich den Regulationsmodus exakter untersucht werden kann (Kap. 5). Mit der analytischen Unterscheidung von extravertierter und intravertierter Akkumulation in Anlehnung an der Regulationstheorie (BECKER 2006; 2007; 2013) kann ich sowohl die Außenorientierung, als auch die Abhängigkeit des Globalen Südens von TNKs, dem Globalen Norden bzw. „dem Weltmarkt“ präziser erfassen. Die Fragen der Außenorientierung, bzw. der Abhängigkeit sind eng mit Fragen der Souveränität und Selbstbestimmung verbunden und spielen im Diskurs um eine NWWO eine prominente Rolle (Kap. 5). Erweitert wird dieser analytische Blickwinkel mit der Dependenztheorie (SENGHAAS 1977), die ein bedeutender Teil des wissenschaftlichen Diskurses um eine NWWO darstellt (siehe Kap. 5.2.2; 5.2.3). Ich habe mich jedoch für die Regulationstheorie entschieden, weil sie präziser die Widersprüchlichkeit erfassen kann, wie und warum sich manche periphere Regionen und gewisse Staaten des Globalen Südens zunehmend zu kapitalistischen Zentren entwickel(te)n (vgl. TIGER-Staaten; BRICS). Die Analyse des Zentrum-Peripherie-Modells, bzw. der Fokus auf dem Weltmarkt der Dependenztheorien (vor allem bei SENGHAAS 1977) kann die Implementierung, Extensivierung und Intensivierung der imperialen bzw. kapitalistischen Lebensweise insbesondere in Staaten des Globalen Südens nicht präzise erfassen (vgl. LIPIETZ 1987). Diesbezüglich sprach der Senghaas-Schüler Ulrich Menzel (1993) über das Scheitern monokausaler Erklärungsmuster und die analytischen Schwachpunkte der Dependenztheorie in seinem Werk von 1993. Der Strukturbegriff der Imperialen Lebensweise fußt nicht nur auf

Gramscis Hegemoniebegriff sondern auch auf der Regulationstheorie. Als dessen Überwindungsmöglichkeit wird das Konzept einer solidarischen Lebensweise skizziert.

Mit Hilfe des Konzeptes der **solidarischen Lebensweise** versuche ich schließlich Kriterien und somit eine Bemessungsgrundlage für die Beantwortung meiner bereits erwähnten Forschungsfrage zu generieren (Kap. 3.2.1). Die Kriterien sollen mir mit anderen Worten helfen herauszufinden inwieweit fortschrittliche Aspekte zur Einhegung bzw. Überwindung der kapitalistischen Weltordnung im Diskurs um eine NWWO vorhanden waren/sind. Während mir die theoretisch-konzeptionelle Trias aus Annales-Schule, Imperiale Lebensweise und Regulationstheorie die hegemoniale Weltwirtschaftsordnung bzw. die Verdichtung der sozialen Kräfteverhältnisse aufzeigt (samt seinen Widersprüchlichkeiten und sozialen Verwerfungen), dient mir das Konzept der solidarischen Lebensweise – welches Ansätze der Degrowth-Bewegung und Post-Development Ansätze inkludiert – theoriegeleitete Kriterien zur Bemessung der Einhegung bzw. Überwindung der kapitalistischen Weltordnung abzuleiten. Diese methodologische Herangehensweise wird nochmals im strukturellen Aufbau dieser Arbeit ersichtlich und nochmals näher präzisiert.

**Zum Aufbau dieser Arbeit:** Im ersten inhaltlichen Teil der Arbeit (Kap. 4) wird es darum gehen die analytische Dimension des Begriffs der NWWO zu rekonstruieren. Als analytische Kategorie beschreibt die NWWO nicht nur ihrem historischen Entstehungskontext, sondern zeigt auch den Entstehungsgrund des Diskurses um eine NWWO. Diese analytische Seite des Begriffs geht darüber hinaus auf eine strukturelle Ebene, also auf eine soziohistorische Geschichtsanalyse ein, um Prozesse, Konturen, Machtverhältnisse und weiterhin bestehende Strukturen des (Post-)Kolonialismus und Imperialismus sowie die institutionellen Verdichtungen der imperialen Lebensweise in Form des Bretton-Woods Abkommens und dem Washington Consensus (GATT, WTO, Weltbank, IWF...) zu beschreiben (vgl. WILLIAMS 1996). Um die institutionelle Verdichtung der imperialen Lebensweise bzw. der kapitalistischen Weltordnung aufzuzeigen, gehe ich – ausgehend von meiner konzeptionell-theoretischen Trias (ILW, RT, Annales-Schule) – auf verschiedene Erklärungsmuster der Dependenztheorie und Post-Colonial Studies ein – allesamt Ansätze welche die institutionell verdichtete Ungleichheit und Herrschaft der Weltwirtschaftsordnung zu erklären versuchen.

Im zweiten Schritt (Kap. 5) verweise ich auf die normative Dimension der NWWO, in dem ich auf Reformen, Berichte, Resolutionen und wissenschaftlich-akademische Debatten rund um die NWWO eingehe. Als Quellen dienen mir hierbei verschiedene Berichte, UN-

Sitzungsprotokolle sowie akademische Debatten (SENGHAAS 1977; AGARWALA 1983; ROTHSTEIN 1979; LIPIETZ 1992; BRANDT 1980 etc.). Hierbei fokussiere ich mich auf die Aspekte:

- der Abhängigkeit der Länder des Globalen Südens vom Weltmarkt (Außenorientierung);
- imperiale bzw. koloniale Waren bzw. natürliche Ressourcen (Kaffee, Zucker, Erdöl...);
- Souveränität und Selbstbestimmung;
- institutionelle Reformvorschläge (betreffend: WTO, Weltbank);
- sowie dem Wachstums- bzw. Modernisierungsparadigma (Ressourcenextraktivismus).

Im dritten und letzten inhaltlichen Schritt (Kap. 6) geht es um die Zusammenführung beider Dimensionen der NWWO mit den theoretischen Grundlagen, genauer mit den Kriterien solidarischer Lebens- und Produktionsweise und deren institutionellen Rahmenbedingungen. Hierbei rückt die abschließende Beantwortung der eingangs erwähnten Forschungsfrage ins Zentrum des Kapitels. Des Weiteren wird in Form eines Ausblickes die Frage „was wir aus dem Diskurs um die NWWO heute lernen können“ beantwortet (Kap. 6.1).

Es folgt die Darstellung des Forschungsstands und die Einordnung meiner wissenschaftlichen Arbeit in der bereits bestehenden Literatur.

## **2.1 Stand der Forschung und Relevanz dieser Arbeit**

Es besteht eine breite, fast schon unübersichtliche Literaturlauswahl zum Thema der NWWO. Aus vielen verschiedenen Perspektiven und mit Hilfe diverser Theorien und Methoden wurde der Reformversuch der G-77 Staaten ausgewertet, die Konferenzen der UNCTAD empirisch untersucht, analysiert und die wissenschaftliche Debatte um eine NWWO dargestellt.

Nicholls (2019) rekonstruiert in seiner Dissertation den Diskurs um eine NWWO aus einer historiographischen und politikwissenschaftlichen Perspektive und vertritt die These, dass die NWWO ein liberales Projekt war, das gescheitert ist u.a. weil gewisse Staatseliten der OPEC-Länder zu eng mit den Interessen des US-Imperiums verbunden waren. Das Werk von Agarwala (1983) ist eines von 17 Büchern der UNITAR-CEESTEM NIEO Library wo jedes Werk einen eigenen Fokus und spezifische Perspektiven durchleuchtet. Agarwala (1983) zeigt nicht nur die Perspektive des Globalen Südens auf die hegemoniale Wirtschaftsordnung, sondern auch die strukturellen Hindernisse einer Reformierung (z.B. des IWF). Ein weiterer Sammelband dieser UNITAR-Reihe von Laszlo und Kurtzmann (1981) beschäftigt sich mit der

Souveränität der Staaten des Globalen Südens, mit Policies der Nationalisierung und u.a. mit der Distribution und Kontrolle der natürlichen Ressourcen. Lozoya und Birgin (1981) beschäftigen sich mit soziale und kulturelle Aspekte der NWWO. Der Sammelband von Lozoya, Estevez und Green (1979) stellt eine empirische Analyse der bedeutendsten akademischen Forschungen in Bezug zur NWWO dar. Ein monumentales Werk ist der Brandt-Report (auch Nord-Süd-Bericht genannt), eine Studie unter der Leitung vom Deutschen Altkanzler Willy Brandt (1980). Darin wird die Integration des Globalen Südens in die Weltwirtschaft gefordert und eine Korrelation zwischen militärisches Aufrüsten und Armut festgehalten. Drei Jahre später veröffentlichte Brandt (1983) einen zweiten Report wo harte Kritik am IWF geübt und internationale monetäre Liquidität als Heilmittel gepriesen wurde. Beide Berichte übersehen laut Matzke (1983) die Grundprobleme des kapitalistischen Entwicklungsmodells und definieren nicht was unter „Entwicklung“ zu verstehen sei. Einen Fokus auf Lateinamerika in Bezug zur NWWO haben Ffench-Davis und Tironi (1982). Eine rechtswissenschaftliche Perspektive bietet Bedjaouni (1979).

Als einführendes Werk, welches ein Überblick über die zahlreichen Konferenzen und Sitzungen der UNCTAD bietet, diene mir *Global Dialogue. The New International Economic Order* von Menon (1977). Eine weitere Einführung in die Thematik – die die Nord-Süd-Dimension differenziert betrachtet, da die Interessenslage des Globalen Südens deutlich unterschiedlicher waren als eine pauschale Annahme von zweier homogener Interessensgruppen anmuten lässt – ist das Werk von Langhammer und Stecher (1980) sowie Braun (1985). Corea (1980) bietet eine Selektion der bedeutendsten Reden während UNCTAD-Konferenzen in der Periode von 1974 bis 1980 an. Bhagwati (1977) stellt die Nord-Süd-Debatte der NWWO skizzenhaft anhand einiger Forderungen des Globalen Südens dar. Ein Einblick zu den Themen Gewerkschaften, Weltnahrungsmittelprobleme und u.a. TNKs bietet der Sammelband von Lith (1979) an. Ein Sammelband von Sauvant und Hasenpflug (1977) beschäftigt sich mit dem internationalen Handel, dem Versuch einer Preisfixierung (Indexierung) und u.a. mit dem Präferenzsystem der NWWO. Ein Werk der UNCTAD (2004) zeigt die historische Entwicklung und die verschiedenen Positionen der UNCTAD im Verlauf von 1964-2004. Hintergründe des akademischen Streits um eine NWWO liefert Matthies (1980).

Der Frage warum die UNCTAD-Reformversuche gescheitert sind, ist Bello (1989) nachgegangen. Im Sammelband *World Economy?* Herausgegeben von Addo (1984) schreiben neun Autoren, darunter Andre Gunder Frank und Immanuel Wallerstein kritische bzw. neomarxistische Beiträge zur NWWO. Hart (1983) ging der Frage nach, warum die Staaten des

Globalen Südens trotz ihrer unterschiedlichen Positionen sich dennoch im Rahmen der NWWO gemeinsam positionierten und warum die Staaten des globalen Nordens negativ gegenüber des NWWO-Projekts standen. Ein normativer Appell aus sozialdemokratischer Perspektive findet sich bei Kriescher (1978), der eine neue Weltordnung erfolgreich betrachtet, sofern diese sozialistisch formiert ist. Murphy (1984) betrachtet die NWWO als Ideologie und Cox (1979) reflektiert über die Ideologien innerhalb der bestehenden Literatur zur NWWO. Einen Ausblick über die Resultate der UNCTAD-initiierten NWWO und mögliche Szenarien einer kommenden NWWO wurde von Calhoun/Derluagian (2011) veröffentlicht. Dieses Werk hilft mir zum Teil die Frage „was wir aus dem Diskurs um eine NWWO heute lernen können“ zu beantworten (Kap. 6.1).

Damit wurde nur ein kleiner Ausschnitt dieses breiten Diskurses um eine NWWO skizziert. Weitere Quellen die aus Platzgründen hier nicht erwähnt werden, lassen sich im Literaturverzeichnis finden. Und selbst das ist nicht die gesamte Darstellung des vorhandenen Materials. Eine Anmerkung zur Normativität der Literatúrauswahl sei an dieser Stelle erwähnt: die Auswahl, Darstellung und Kritik der einzelnen Theorien bzw. Ansätze sind nicht wertfrei, da sich in den Entwicklungstheorien selbst „eine Rationalisierung der herrschenden Interessen des Globalen Nordens widerspiegelt“ (BRAUN 1985: 80). Wo positioniert sich meine Arbeit in dieser Fülle an Literatur und Forschung?

Meine Arbeit versucht einen gänzlich innovativen Ansatz, indem sie mit Hilfe der konzeptionell-theoretischen Trias von Imperialen Lebensweise, Regulationstheorie und Soziohistorische Analyse (Annales Schule) die NWWO nach Aspekten solidarischer Lebensweisen befragt. Somit ist nicht nur meine Forschungsfrage, sondern der methodologische Ansatz von wissenschaftlicher Relevanz. Von gesellschaftlicher Relevanz ist meine Arbeit, da ich verschiedene Ungleichheitsdimensionen der hegemonialen Weltwirtschaftsordnung analysiere, aufdecke und kritisch infrage stelle. Mein persönliches Forschungsinteresse liegt in der Übung von Gesellschaftskritik, dem Aufzeigen von gerechten Gesellschaftskonfigurationen<sup>5</sup> und schlussendlich in der praktischen Mündung, bzw. der realen Überwindung der Ungleichheitsdimensionen der imperialen Lebensweise bzw. der hegemonial etablierten kapitalistischen Weltordnung.

---

<sup>5</sup> Unter Gesellschaftskonfiguration verstehe ich die für den jeweiligen (kontingenten) Geschichtsverlauf bestimmende Strukturform der Gesellschaft, welche den gesamten Kontext von Ursachen und Auswirkungen gesellschaftlicher Praxis von Individuen und sozialen Gruppen absteckt.

### **3. Theoretischer Rahmen und Begriffsbestimmung**

Im folgenden Kapitel wird es darum gehen, die theoretischen Grundlagen darzulegen und die zentralen Begriffe dieser Arbeit näher zu erläutern. Gleich zu Beginn im Kap. 3.1 werden die theoretischen Vorannahmen, die als Grundlage dieser Arbeit angesehen werden können, expliziert. Das Konzept der imperialen Lebensweise und dessen Überwindungsmöglichkeiten (solidarische Lebens- und Produktionsweisen) bilden das Kapitel 3.2. Um den gesamten Kontext dieses Konzepts zu erfassen wird auf die Regulationstheorie eingegangen (Kap. 3.3.). Aus diesem Theorieteil werden schließlich Kriterien solidarischer Lebens- und Produktionsweisen gebildet. Diese Kriterien dienen als Bemessungsgrundlage, um die in der Forschungsfrage enthaltene Teilfrage – inwieweit der Diskurs der NWWO zur Einhegung bzw. Überwindung der kapitalistischen Weltordnung beitragen konnte bzw. beitragen wollte – zu beantworten.

#### **3.1 Theoretische Vorannahmen**

Der Begriff der NWWO kann mit Ernesto Tironi und Ricardo Ffrench-Davis (1982: 3) als eine normative und als eine analytische Kategorie verstanden werden. Oder mit den Worten von Immanuel Wallerstein (1984: 21):

“The „new international order“ is, at one and the same time, a programme and an analysis. It is a programme of social transformation: it is an analysis of why such social transformation is possible or even probable.”

Genau hier knüpft diese Arbeit an und geht ebenfalls von dieser dualen Verwendung des Begriffes aus. Somit werden einerseits auf einer analytischen Ebene die artikulierten Kritiken des Globalen Südens am Status quo – die im Begriff der NWWO enthalten sind – betrachtet. Andererseits werden die dadurch resultierten Reformvorschläge, Resolutionen und Berichte zur Veränderung des globalen Wirtschaftssystems als ein normativer Blickwinkel verstanden und dementsprechend analysiert. Der Begriff der NWWO inkludiert somit nicht nur eine Kritik an den bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen, sondern erfasst darüber hinaus die historische Kontingenz, also auch die Veränderbarkeit dieser globalen Gesellschaftskonfiguration. Um diese hegemoniale Konstellation und um das Spannungsverhältnis zwischen kurzfristiger Stabilität und langfristiger Instabilität besser zu analysieren, verwende ich die Regulationstheorie, die im Kapitel 3.3. näher beschrieben wird. Die normative Dimension des Begriffs der NWWO wird hingegen nach Aspekten der solidarischen Lebensweise und der Überwindung der kapitalistischer Produktions-, Konsum-, und Denkweise befragt. Die Kriterien die als Maßstab zur Bemessung dieser „Einhegung“ bzw.

„Überwindung“ der kapitalistischen Weltordnung dienen, werden aus dem Konzepten der imperialen bzw. der solidarischen Lebensweise(n) sowie den Ansätzen von Post-Development (ACOSTA et al. 2019) entnommen.

### **3.2 Imperiale Lebensweise**

Das Konzept der imperialen Lebensweise wurde von Ulrich Brand und Markus Wissen (2017) begründet. Es inkludiert Aspekte zu Produktionsweisen und Konsumverhalten und trägt dazu bei, dadurch verursachte wirtschaftspolitische und gesamtgesellschaftliche Dynamiken sowie soziale Verwerfungen analytisch besser zu erfassen. Der Begriff der ILW versucht mit anderen Worten, den sozial-ökologischen Kontext, insbesondere zwischen Produktion und Konsumtion sowie den zugrunde liegenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse, welche über Macht-, Ausbeutungs-, Geschlechter-, und Herrschaftsverhältnisse organisiert sind – im globalen bzw. gesamtgesellschaftlichen Maßstab – theoretisch zu erfassen. Das imperiale an dieser ILW artikuliert sich dadurch, dass die Produktions- und Konsumweise des Globalen Nordens auf einem potenziell unbegrenzten Zugriff auf ein Äußeres, insbesondere auf billigste Ressourcen und Arbeitskräfte basiert. Sie kann nur aufrechterhalten werden wenn diese auf fossilen Rohstoffen basierende Lebensweise ihre Kosten (Müll, Umweltverschmutzung, Ausbeutung, etc.) auf Andere in Raum und Zeit (künftige Generationen) auslagert (vgl. BRAND/WISSEN 2017: 43f.). Sie ist darüber hinaus exklusiv und somit nicht verallgemeinerbar:

“Die Lebensweise des Globalen Nordens ist imperial, da sie – abgesichert durch politische, rechtliche oder gewalttätige Mittel und angeschoben durch die Interessen des Kapitals in seiner Akkumulation – einen uneingeschränkten Zugang zu natürlichen Ressourcen, territorialen Raum, Arbeitskräften und Senkenbelastung (pollution sinks) an einem anderen Ort voraussetzt.”  
(ACOSTA/BRAND 2018: 71)

Die Macht- und Ausbeutungsverhältnisse verlaufen jedoch nicht nur entlang einer Nord-Süd-Dimension, sondern auch innerhalb von Gesellschaften, sowie zwischen Menschen und der Natur (vgl. I.L.A Kollektiv 2019: 10). Brand und Wissen betonen mit der analytischen Strukturkategorie der ILW somit auch den intersektionalen Charakter: „[v]ielfach geschieht dieser Zugriff entlang unterschiedlicher Ungleichheitslinien: Klasse, Geschlecht, rassisierte Zuschreibungen, insbesondere entlang neokolonialer Nord-Süd-Verhältnisse“ (BRAND/WISSEN 2017: 51). Da die kapitalistische Weltordnung von den Logiken der Profitmaximierung, (ewigen) Kapitalakkumulation und Wirtschaftswachstum durchzogen ist, breitet sich diese ILW aus, intensiviert sich und stößt somit unweigerlich an (planetare) Grenzen

(ebd.: 62f.). Dies führt unweigerlich zu Ressourcenknappheit, Umweltverschmutzung, Erderhitzung, Massenmigration, zwischenmenschlichen Konflikten und last but not least zu (Bürger-)Kriegen. Trotz dieser negativen Folgeerscheinung ist diese Lebensweise fest in unserem Alltag verankert, schwer zu verändern und erzeugt paradoxerweise eine gewisse (temporäre) Stabilität (ACOSTA/BRAND 2018: 71). Die Menschen im Globalen Norden leben überwiegend auf Kosten anderer, weil die Infrastrukturen (wie etwa Autobahnen und Flughäfen) und Institutionen (WTO, Weltbank, Ministerien...) <sup>6</sup>, diese Art zu leben, zu denken und zu wirtschaften fördern. Auch „der Staat“, begriffen als komplexes soziales Verhältnis und Verdichtung bzw. Ausdruck der kapitalistischen, patriarchalen, rassistischen und neokolonialen Verhältnisse, spielt eine konstitutive und stabilisierende Rolle beim Erhalt dieser Lebensweise (ebd.: 95). Mit dem Begriff der Hegemonie (Gramsci) kann man die feste Verankerung dieser Lebensweise noch präziser verstehen. Hegemonial hat sich die ILW durchgesetzt, da sie eine Anziehungskraft auf „Mittelschichten“ ausübt und da sie weltweit nationale Eliten an der kapitalistischen Weltordnung bindet (vgl. ebd.: 72). Diese Anziehungskraft bzw. Attraktivität, führte mit den Worten von Antonio Gramsci zum passiven Konsens (vgl. OPRATKO 2012). Dieser beruht auf spezifische Konsumnormen und Statussymbole (Autos, Fleischkonsum, Massenprodukte, Einfamilienhäuser), auf wachsende Einkommen, einem Anstieg des Wohlstands (gemessen an materielle Güter) und in Zeiten des Fordismus auf einen funktionierenden Wohlfahrtsstaat (ACOSTA/BRAND 2018: 72). Der Begriff der Hegemonie enthält aber nicht nur den Konsens, sondern ist mit dem Zwang gekoppelt. Die ILW kann sowohl als „(Heils-)Versprechen“ für ein gutes Leben und Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen, als auch als „struktureller Zwang“ verstanden werden (BRAND/WISSEN 2017: 56). Diese Charakteristika der ILW sind gleichzeitig die Merkmale der hegemonial etablierten kapitalistischen Weltordnung. Als Kontrastfolie dazu, bzw. als Überwindungsmöglichkeit wird die solidarische Lebensweise nun wie folgt vorgestellt.

### **3.2.1 Kriterien solidarischer Lebens- und Produktionsweisen**

Radikale Alternativen zur ILW bzw. Kriterien zur Einhegung der kapitalistischen Weltordnung müssen diese soeben erwähnten negativen Aspekte (Externalisierung, Nicht-Verallgemeinerbarkeit, Intensivierung,...) bedenken, eine emanzipatorische und sozial-

---

<sup>6</sup> Als Beispiel für die institutionelle und ideologische Verankerung der imperialen Lebensweise kann der Washington-Konsens (engl. Washington Consensus) angesehen werden. Es war ein neoliberales Wirtschafts- und Strukturanpassungsprogramm, entwickelt und gefördert von den USA, dem IWF, der Weltbank und den „Neuen Rechten“ (Reagan, Thatcher). Ziele waren: Deregulierung, Liberalisierung des Welthandels, Privatisierung öffentlicher Güter und Einrichtungen, Abbau von Subventionen, Sozialstaat sowie die Förderung einer Austeritätspolitik (vgl. KELLERMANN 2006).

ökologische sowie gesamtgesellschaftliche Transformation anvisieren und Kritiken, Widerstände und alternative Konsum-, Denk-, und Produktionsweisen sichtbar machen (vgl. ACOSTA/BRAND 2018: 27; ACOSTA et al. 2019). Diskussionen, Begriffe, Konzepte, Leitlinien und Ansätze die in diese Richtung gehen sind u.a. Degrowth, Post-Development, Postextraktivismus, Ökofeminismus, Buen Vivir, Commons, Kreislaufwirtschaft, Konvivialität, Deep Ecology, Basisdemokratie bzw. direkte Demokratie und Energie- und Ernährungssouveränität (vgl. SOLON 2018; ACOSTA et al. 2019; ACOSTA/BRAND 2018). Insbesondere die Debatten um Degrowth und Post-Development können als möglicher Weg zur Umsetzung einer solidarischen Produktions- und Lebensweise betrachtet werden. Die, der Degrowth-Debatte inhärente Kritik am Wachstum, geht mit einer radikalen Kapitalismuskritik einher. Kapitalismus wird hierbei als *a social system that requires and perpetuates growth* betrachtet (D'ALISA et al. 2015: 33). Stephan Lessenich bringt es auf dem Punkt: “[w]er von Degrowth spricht, der spricht gleichzeitig vom Ende des Kapitalismus”. (LESSENICH 2018: 6). Elmar Altvater spricht sogar von einem Grundwiderspruch des 21. Jahrhunderts:

“Weil auf den Finanzmärkten Renditen und Zinsen gefordert werden, die nur aus dem realen Zuwachs der Ökonomie zu befriedigen sind, muss die Wirtschaft wachsen. Ohne Wachstum ist die Krise nicht zu vermeiden. Wachstum ist eine Bedingung für die Stabilität des Systems. Diese ist freilich prekär.” (ALTVATER 2015: 17)

Ähnlich dieser Degrowth-Debatte sehen es Vertreter\*innen der Post-Development-Debatte, die die „Entwicklung“ gemessen am BIP (auch GDP) in der Entwicklungspolitik vehement kritisieren (ACOSTA et al. 2019: 14). Institutionen wie etwa die Weltbank, IWF oder der WTO lassen scheinbar von dem Konnex „Entwicklung-Wachstum-BIP“ nicht los (ebd.). Ein Kriterium zur Überwindung der kapitalistischen Weltordnung ist daher die Kritik am Akkumulations-, Wachstums-, und am BIP-orientierten Regime bzw. Denken.

Die Gemeinsamkeit von Degrowth, Post-Development und dem Konzept einer solidarischen Lebens- und Produktionsweise liegt in der Mobilisierung einer sozial-ökologischen Transformation nach den normativen Leitprinzipien: Solidarität, sozial-ökologische Gerechtigkeit, Multidimensionalität bzw. Pluriverse (ebd.: 17) sowie Kooperation und Gegenseitigkeit (ACOSTA/BRAND 2018: 105; BRAND/WISSEN 2017: 169). Kriterien zur Einhegung der ILW bzw. der kapitalistischen Weltordnung müssen somit eine Lebensweise aufzeigen, die weltweit verallgemeinerbar ist, die nicht auf Kosten anderer geht, die Mitwelt und Mitmenschen nicht auszubeuten versucht und die auf Solidarität und demokratische Partizipation setzt. Brand und Wissen skizzieren daher eine solidarische Lebensweise:

“Es geht um andere politische Regeln sowie gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten und Leitbilder, welche kapitalistische Expansion und Landnahme zurückdrängen und eine solidarische Lebensweise ermöglichen. Wichtig sind zudem die Veränderungen von Subjektivitäten, die für Menschen erfahrbare Verringerung von Ungerechtigkeit und die Verschiebung von Kräfteverhältnissen. Es geht um konkrete Dimensionen des Lebens – von Ernährung, Wohnen, Kleidung, Gesundheit u.a. – jenseits disziplinierender, die kapitalistische Expansion und Landnahme stützender und die Gesellschaft hierarchisierender Praxen.” (BRAND/WISSEN 2017: 169).

Diese Formen bzw. Prinzipien der solidarischen Lebensweise müssen sich institutionell verdichten und zwar jenseits der Logik kapitalistisch-patriarchaler Herrschaftstechnologien (BRAND/WISSEN 2017: 185). Konkret heißt das, „dass basisdemokratische Partizipationsmöglichkeiten solidarisch-kooperative Subjektivitäten hervorbringen und die gegenwärtigen konkurrenz- und eigennutzorientierten Subjektivitäten ablösen (ebd.: 184). Anbetracht des bisher beschriebenen können folgende Kriterien zur Bemessung einer solidarischen Lebens- und Produktionsweise festgemacht werden:

- **Wirtschaftsdemokratie**

Wirtschaftsdemokratie meint mehr Partizipation, Mitbestimmungsrechte, Erweiterung politischer Teilhabe und demokratischer Entscheidungsstrukturen in Betrieben, Institutionen etc. Demokratie muss daher über die etablierten politischen Institutionen hinausgehen und die kapitalistische Eigentums- und Verfügungsverhältnisse demokratisieren (vgl. DEMIROVIĆ 2013; BRAND et al. 2000: 168).

- **Gesamtgesellschaftliche Etablierung**

Hier geht es um die institutionelle Verdichtung und Entwicklung von praktischen Maßnahmen einer solidarischen Lebens- und Produktionsweise die sich gesamtgesellschaftlich etabliert (BRAND/KRAMS 2018: 21; KONZEPTWERK/DFG-KOLLEG 2017).

- **Überwindung kapitalistisch-patriarchaler Herrschaftstechnologien**

Diese Technologien bringen konkurrenz- und eigennutzorientierte Subjekte hervor. Diese Formen der Subjektwerdung bzw. Subjektivierung müssen überwunden werden durch kooperative, solidarische, sich gegenseitig unterstützende Subjekte (vgl. ACOSTA/BRAND 2018; BRAND/WISSEN 2017).

- **Sozial-ökologische Gerechtigkeit**

Gerechtigkeit wird hier verstanden als die Schaffung eines besseren Lebens für alle Menschen in der Form von sozialer und ökologisch-nachhaltiger Gerechtigkeit (vgl. BRAND/WISSEN 2017).

- **Verallgemeinbarkeit**

Es geht hierbei um eine Gesellschaftskonfiguration die nicht auf Kosten anderer bzw. der Mitwelt geht und somit auf Dauer und auch räumlich betrachtet verallgemeinerbar ist (vgl. ACOSTA/BRAND 2018; BRAND/WISSEN 2017).

- **Leitprinzipien sind** (laut BRAND/WISSEN 2017 und ACOSTA et al. 2019):

- **Kooperation,**
- **Gegenseitigkeit,**
- **Solidarität,**
- **Sozial-ökologische Gerechtigkeit,**
- **Multidimensionalität bzw. Pluriverse,**
- **Intersektionalität.**

- **Überwindung des Akkumulationsregimes, bzw. Wachstumsnarrativ**

Mit der Überwindung des Akkumulations- und Wachstumsregimes bzw. Narrativ geht eine grundlegende Kapitalismuskritik einher (vgl. D'ALISA et al. 2015).

- **Stärkung der Regionalität**

Darunter kann man u.a. die Verkürzung der Transportwege, die Stärkung regionaler Initiativen, das Verhindern von Kapitalabfluss und Brain Drain aus der Region und die lokale Kooperation verstehen (vgl. I.L.A. Kollektiv 2019).

- **Überwindung der kapitalistisch-patriarchalen Arbeitsteilung bzw. Ausbeutung**

Hier geht es um die Überwindung eurozentrischer, kapitalistisch-patriarchaler Dichotomien (Männliche Erwerbsarbeit vs. weibliche Hausarbeit; Technologie- und kapitalintensive Fertigprodukte des Globalen Nordens vs. arbeitsintensive Ressourcenextraktion des Globalen Südens; Mensch vs. Umwelt) (vgl. ACOSTA et al. 2019).

Weitere Ansätze emanzipatorischer Politik die mir als Kriterien zur Bemessung einer solidarischen Lebens- und Produktionsweise dienen, die also die kapitalistische Weltordnung einhegen bzw. zu überwinden trachten, sehen wie folgt aus (entnommen aus BRAND et al. 2000: 158-181):

- **Erweiterter Politikbegriff**

Ein nicht auf die etablierten Institutionen und Verfahren verkürzter Politikbegriff, bedeutet dass Politik sich nicht auf Wahlen beschränken lässt, sondern Prozesse in der Zivilgesellschaft und Ökonomie umfassen sollte (ebd.: 158f.).

- **Rehabilitation von Gesellschaftskritik**

Die Reflexionskapazität sozialer Akteure dient als Grundlage selbstbestimmten Handelns (ESSER et al. 1994a: 218 zit. in BRAND et al. 2000: 164). Die kritische Gesellschaftsanalyse der herrschenden Verhältnisse kann emanzipative Bewegungen und Ansätze sichtbar machen und Impulse für Strategiedebatten geben (BRAND et al. 2000: 164f.).

- **Normative Orientierung emanzipativer Politik**

In Abgrenzung zum konservativen Begriff von Realpolitik wird an normativen Leitbildern und Wertvorstellungen (Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Menschenwürde, Selbstbestimmung) festgehalten (ebd.: 166).

- **Subjekte emanzipatorischer Politik**

Damit eine Gegenmacht etabliert wird müssen konkrete Träger der Veränderung benannt werden. Drei Akteurstypen werden grundsätzlich unterschieden: soziale Bewegungen (ATTAC beispielsweise), NGOs und Gewerkschaften (ebd.: 172).

Anhand dieser soeben beschriebene Kriterien und Leitlinien werde ich versuchen herauszufinden inwieweit der breite Diskurs um eine NWWO die kapitalistische Weltordnung einzuhegen bzw. zu überwinden trachtet, bzw. inwieweit Aspekte der solidarischen Lebensweise darin enthalten sind.

### **3.3 Annales-Schule und Regulationstheorie**

Um den Entstehungskontext des Diskurses um eine NWWO besser zu verstehen, gehe ich einen Schritt zurück und erweitere mein analytisches Blickfeld. Dabei gehe ich auf die französische Geschichtsschreibung der Annales-Schule (Fernand Braudel) und auf die Regulationstheorie ein. Beide Ansätze dienen mir die hegemonial etablierte, kapitalistische Weltordnung, welche auf Wachstum und auf einer Akkumulationslogik basiert, präziser zu erfassen. Mit dem Aufzeigen der historisch gewachsenen Widersprüchlichkeiten, Ausbeutungsverhältnisse, Akkumulationsstrategien und Herrschaftsstrukturen in Anlehnung an der Annales-Schule und Regulationstheorie, versuche ich die analytische Dimension der NWWO zu rekonstruieren. Gleichzeitig wird dadurch der Entstehungsgrund bzw. Kontext dieses Diskurses um eine NWWO hervorgehoben.

### 3.3.1. Soziohistorische Analysen des Akkumulationsregimes

Unter dem Begriff der Annales-Schule werden Theorien, Ansätze und Strömungen der französischen Geschichtsschreibung zusammengefasst, welche sozialwissenschaftliche Disziplinen im Fachbereich der Geschichte integrieren (vgl. PFISTER/FERTIG 2004). Ich fokussiere mich in dieser Arbeit auf den bedeutendsten Vertreter der zweiten Generation, nämlich Fernand Braudel (1902-1985). Braudel betonte die Prägung der menschlichen Geschichte durch die Bedingungen der Umwelt und des Raumes und der Ungleichzeitigkeit der Geschichte auf den Ebenen von Mentalitätsverschiebungen, Wirtschaftsentwicklungen und politisch-militärischer Ereignisabfolge (PFISTER/FERTIG 2004). Seine soziohistorischen Analysen über die Entstehung der kapitalistischen Weltordnung inkludieren somit Aspekte der institutionellen Verdichtung bestimmter kultureller Entwicklungslinien sowie politische Macht- und Herrschaftskonstellationen (insbesondere in BRAUDEL 1981). Veränderungen von Subjektivitäten sowie gesamtgesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen werden daher gleichermaßen berücksichtigt. Mit der Betonung der Ungleichzeitigkeit der Geschichte wird darüber hinaus das Nord-Süd-Gefälle strukturell erklärt und analysiert. Mit dieser soziohistorischen Analyse von Braudel gelingt es mir die Entstehungsgeschichte des hegemonial etablierten kapitalistischen Akkumulationsregimes zu skizzieren. Erweitert wird dieses Blickfeld um Gedanken und Ansätze der Dependenztheorie und Post-Colonial Studies. Diese Ansätze stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern eröffnen verschiedene Perspektiven und ermöglichen eine Verfeinerung des bislang existierenden theoretischen Instrumentariums (vgl. JEP 2008).

Die zentrale Frage die sich die Regulationstheorie stellt ist folgende: warum bleibt trotz Ausbeutung, eine auf Dauer betrachtete Unhaltbarkeit der Grundannahmen (unendliches Wirtschaftswachstum und Kapitalakkumulation) und trotz Krisen dieses Akkumulationsregime samt seinen widersprüchlichen Akkumulationsstrategien „stabil“? Es ist eine Frage die sich schon Antonio Gramsci gestellt hat und eine Frage welche Vertreter\*innen der Regulationstheorie zu beantworten versuchen. Regulationstheoretik\*innen gehen, dem Marxismus folgend, von einem Zwang zur Akkumulation des Kapitals im Kapitalismus aus (BECKER 2013: 26f.)<sup>7</sup>. Diese Annahme wird unter dem Begriff des Akkumulationsregimes subsumiert. Dieses Regime kann als Organisation der Produktivkräfte verstanden welche

---

<sup>7</sup> Joachim Becker (2013: 26f.) geht von der Marx aufgestellten Gleichung  $G-W-G'$  aus, welche besagt dass das Geld (G) in Kapital umgewandelt würde, um Waren (W) zu erzeugen und diese mit Profit zu verkaufen, um schlussendlich mehr Geld ( $G'$ ) zu akkumulieren.

historisch betrachtet verschiedene Formen annehmen kann. Das fordistische Akkumulationsregime basierte beispielsweise auf standardisierte (Massen-)Produkte, Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, steigendem Lohnniveau und warenförmige Bedürfnisbefriedigung. Mit der Krise des Fordismus in den 1970er entstand der sog. Postfordismus, ein Akkumulationsregime welches auf Deregulierung, Neoliberalismus, Abschaffung von Handelsbarrieren, Schwächung sozialstaatlicher Institutionen und u.a. Privatisierung gemeinschaftlich-öffentlicher Güter (Betriebe, Leistungen, Einrichtungen etc.) basiert. Der Übergang von Fordismus zum Postfordismus wird nicht nur aufgrund der zeitlichen Überschneidung mit dem Diskurs um eine NWWO in dieser Arbeit von großer Bedeutung sein, sondern auch um das Scheitern dieses Diskurses besser zu verstehen (Kap. 6). Abschließend sei noch erwähnt, dass zwischen produktiver Akkumulation (Profite einer Volkswirtschaft durch den Erlös von Güter) und einer finanziellen Akkumulation (liquide aber krisenanfällige Kapitalform) unterschieden werden kann (vgl. BECKER 2007: 74f.).<sup>8</sup> Ebenso kann zwischen extensiver (Ausweitung der Produktionskapazitäten bzw. absolute Mehrwertsteigerung) und intensiver Akkumulation (relative Mehrwertaneignung; Effizienzgewinne) unterschieden werden (ebd.). Für diese Arbeit von großer Bedeutung ist die Differenzierung zwischen extravertierter und intravertierter Akkumulation. Die Ausrichtung der Außen- bzw. Binnenorientierung volkswirtschaftlichen Waren-, Personen-, (Brain Drain) und Kapitalströme hängt von der Größe des jeweiligen Staates und dessen Diversifizierungsgrad an Warenproduktion zusammen (ebd.: 70ff.). Man spricht von Introversion wenn die Akkumulation primär auf den Binnenmarkt konzentriert ist. Extraversion (bzw. extravertierte Akkumulation) hingegen bedeutet ein hoher internationaler Verflechtungsgrad. Bei einer hohen Importabhängigkeit, also einer Abhängigkeit von Weltmarktpreisen und anderen Staaten bzw. internationalen TNKs, liegt eine passive Extraversion vor (BECKER 2006: 14f.). Der letztgenannte Punkt hängt mit einer gewissen Abhängigkeit vom kapitalistischen „Weltmarkt“<sup>9</sup> ab. Auch diese Form der Außenorientierung bzw. Abhängigkeit wird uns noch in Folge beschäftigen.

---

<sup>8</sup> Eine kritische Auseinandersetzung mit der anarchistischen Geldkritik von Pierre Joseph Proudhon, der Marx'schen Kritik am Wert des Geldes und der Zins- und Wachstumskritik bei Silvio Gesell findet sich bei Nadja Rakowitz (2010) wieder.

<sup>9</sup> Walter Ötsch (2009) folgend gibt es „den einen (freien) Markt“ nicht. Vielmehr handelt sich es um ein Netzwerk bestehend aus Industrienationen, Banken, Börsen, Konzerne und verschiedene zivilgesellschaftliche Einrichtungen. Mit dem Begriff „kapitalistischen Weltmarkt“ beschreibe ich lediglich die Kommodifizierung, die Bemessung und die Extraktion von Güter, um diese weltweit abzusetzen.

### 3.3.2. Regulationsmodus

Die kapitalistische Akkumulation basiert auf vielen Widersprüchen. Der Widerspruch des unendlichen Wachstums auf einen endlichen Planeten (ökologische Dimension), dem Widerspruch von sozialer Ungleichheit und Demokratie (politische Dimension) oder der Widerspruch von Kapital und Arbeit (sozial-ökonomische Dimension). Verschiedene Staaten finden verschiedene Mittel und Wege um diese Widersprüche zu befrieden, zu moderieren bzw. diese kurzfristig sogar zu überwinden. Die Bearbeitungsstrategie wird auch als Regulationsmodus oder Regulationsweise beschrieben (vgl. BECKER 2007: 11ff.). Stabilisiert und aufrechterhalten werden die verschiedenen Akkumulationsregime aufgrund staatlicher Herrschaft, ideologischen Denkmustern, institutionelle Formen der (imperialen) Lebensweise und (kultureller) Hegemonie (vgl. CANDEIAS 2004: 44ff.). Ideologische Staatsapparate (Althusser) spielten beispielsweise bei der Absicherung des Fordismus eine erhebliche Rolle, da sie eine Legitimationsgrundlage des Wohlfahrtsstaates, der Massenproduktion und der imperialen Lebensweise darbot. Der Klassenkonflikt, also der grundlegende Widerspruch zwischen (Lohn-)Arbeit und Kapital wurde in der Periode des Fordismus mittel sozialstaatliche Schutzmaßnahmen, Kollektivverträge und Formen der Absicherung befriedet, jedoch nicht grundsätzlich gelöst.

Aus regulationstheoretischer Perspektive und in Anlehnung an Blotevogel (2003) kann folgende historische Abfolge, samt seiner Herrschaftslogik, dem Akkumulationsregime, der Leittechnologie, dem Regulationsmodus und den Namen der jeweiligen Ära skizziert werden:

*Tabelle 1: Regulationsmodus im historischen Kontext*

| <b>Zeit</b> | <b>Logik</b>     | <b>Akk.Regime</b>                                    | <b>Regul.Modus</b>                      | <b>Ära</b>                  | <b>Leittechnologie</b>  |
|-------------|------------------|--|---|-----------------------------|-------------------------|
| ~1850       |                  | Handwerkli.<br>Einzelfertigung                       | Nachtwächterstaat<br>Ständegesellschaft | vorindustriell              | Maschinisierung         |
| ~1923       | Extensivierung   | Kleinindustrielle<br>Serienfertigung                 | Liberalismus                            | Manchester-<br>Kapitalismus | Elektrifizierung        |
| ~1975       | Intensivierung   | Großindustrielle<br>Massenproduktion                 | Wohlfahrtsstaat;<br>Korporatismus       | Fordismus                   | Erdöl;<br>Automobilität |
| ~2006       | Flexibilisierung | Netzwerkunternehmen;<br>Outsourcing                  | Neoliberalismus                         | Post-<br>Fordismus          | Miko-Elektronik         |
| 2006~       | Nachhaltigkeit   | Individualismus;<br>Selbstaussbeutung;<br>Biopatente | Dehumanisierung;<br>Posthumanismus;     | Anthropozän;                | Wissens-<br>Ökonomie    |

Um die Interessen der Staaten des Globalen Südens und den gesamten Kontext des Diskurses um eine NWWO besser analysieren zu können, hilft diese Tabelle indem sie verschiedene Machtkonstellationen und paradigmatische Entwicklungslinien skizziert. Diese Paradigmen kann man auch als „Entwicklungs“- , Modernisierungs-, bzw. Wachstumsmodelle des Kapitalismus bezeichnen, welche je eine eigene und spezifische Herrschaftskonfiguration und Art der Kapitalakkumulation ermöglichen.<sup>10</sup>

### **3.4 Zwischenfazit – Theoretischer Rahmen**

Der theoretische Rahmen dient mir einerseits Kriterien zur Bemessung der Einhegung bzw. Überwindung der kapitalistischen Weltordnung festzulegen, andererseits die analytische und normative Dimension der NWWO präziser zu rekonstruieren.

**Das Konzept der ILW** dient mir als Strukturkategorie um die negativen Erscheinungen und Folgen der kapitalistischen Weltordnung zu beschreiben und um diese anschließend mit dem Konzept der **solidarischen Lebensweise** zu kontrastieren. Erweitert wird dieses Blickfeld mit Degrowth und Post-Development Ansätzen. Aus dieser Trias von solidarischer Lebensweise (BRAND/WISSEN 2017), Degrowth (D’ALISA et al. 2015) und Post-Development (ACOSTA et al. 2019) beziehe ich meine theoriegeleiteten Kriterien zur Bemessung der Einhegung bzw. Überwindung der kapitalistischen Weltordnung – im Sinne einer Aufscheinenden solidarischen Lebensweise.

Die analytische Dimension der NWWO erfasse ich mit Hilfe der historischen **Annales-Schule** (BRAUDEL 1981; PFISTER/FERTIG 2004) und möchte dadurch die Ungleichzeitigkeit der Geschichte auf den Ebenen von gesellschaftlichen Naturverhältnissen, Mentalitätsverschiebungen, Wirtschafts-(„unter“)entwicklungen und politisch-militärischer Ergebnisabfolge analysieren. Mit anderen Worten möchte ich die „Entwicklung der Unterentwicklung“ des Globalen Südens deskriptiv-analytisch beschreiben. Mit der Betonung der Ungleichzeitigkeit der Geschichte wird darüber hinaus das internationale Machtverhältnis bzw. das Nord-Süd-Gefälle strukturell erklärt.

---

<sup>10</sup> Zu den Entwicklungsdimensionen des Kapitalismus siehe BACHINGER&MATIS 2009, insbesondere das Kapitel 5.1: Der „Amerikanische Weg“ als Heilslehre“. Die Ursachen für „Unterentwicklung“, also die Folgen des Kolonialismus und Imperialismus werden aus liberaler Perspektive nicht gestellt. Industrieländer, bzw. kapitalistische Zentren bilden das Vorbild für kulturelle, ökonomische, militärische, technologische, politische und ökonomische Entwicklungsprozesse (BACHINGER/MATIS 2009: 98f.).

Mit Hilfe der **Regulationstheorie** erkläre ich warum es trotz zahlreicher Widersprüche der kapitalistischen Weltordnung und ihrer gewalttätigen Absicherung zu einer relativen Stabilität kommt und warum sich diese ILW trotz dieser Widersprüche intensiviert und verbreitet (auch im Globalen Süden). Darüber hinaus versuche ich die kapitalistische und internationale Arbeitsteilung analytisch zu erfassen. Die Frage der Arbeitsteilung wird im Kontext der Forderungen und Resolutionen der NWWO eine zentrale Rolle spielen (vgl. Kap. 5). In Anlehnung an der Regulationstheorie gelingt es mir die Differenzierung zwischen extravertierter und intravertierter Akkumulation zu treffen. Diese zwei Formen des Akkumulationsregimes verursachen entweder eine gewisse Autonomie oder eine gewisse Abhängigkeit vom Weltmarkt. Mit dieser analytischen Unterscheidung von Joachim Becker (2006; 2007) kann ich sowohl die Außenorientierung, als auch die Abhängigkeit des Globalen Südens von internationalen TNKs, dem Globalen Norden bzw. dem Weltmarkt besser erfassen.

Mit diesen theoretischen Rahmen und konzeptuellen Überlegungen schreite ich nun voran und versuche den Diskurs um eine NWWO im gesellschaftlich-historischen Kontext zu rekonstruieren und darzustellen.

#### **4. Gesellschaftlich-historischer Kontext der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“**

Hier in diesem Kapitel wird es darum gehen den Diskurs um eine NWWO im Lichte einer historischen Entwicklungslinie zu skizzieren. Dabei werden die Grundzüge der kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsweise, die globalen Machtverhältnisse von Kolonialismus und Imperialismus, das Wachstums- bzw. Modernisierungsmodell des Fordismus sowie die vier Entwicklungsdekaden aus Perspektive der UNCTAD zwar skizzenhaft, aber dennoch deskriptiv-analytisch und in Anlehnung der Annales-Schule (BRAUDEL 1981; 1983; 1984) beschrieben. Erweitert und ergänzt wird diese Perspektive mit Hilfe postkolonialer Theorien (vgl. FANON 1985; BHABHA 2000).

##### **4.1 Historische Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise**

»Der erste Gefangene, der nicht getötet, sondern als Sklave verwendet wurde, war daher auch der erste Arbeiter an fremdem Eigentum« (SCHUBERT-SOLDERN 1908: 450).

Es gibt zwar keine einheitliche Definition des Kapitalismus und auch ist der exakte Beginn dieser Produktions- und Lebensweise umstritten, jedoch können einigen Grundzüge klar umrissen werden (vgl. KOCKA 2013). Die erste Phase kann als „Frühkapitalismus“ (ROSENBAUM et al. 1972: 9), bzw. „Handels- oder merkantiler Kapitalismus“ (FULCHER 2004) bezeichnet werden. Bezeichnend für diese bürgerliche Form der Herrschaft ist die

Entstehung der Britischen Ostindien-Kompanie (British East India Company, BEIC) im Jahre 1600/01 (ebd.). Diese „Kaufmannsgesellschaft“ bzw. dieser Transnationale Konzern (TNK) stellt eine Symbiose aus staatlichen Interventionismus, Kolonialismus und Kapitalismus dar. Deren Bindeglied ist die Börse, welche zwischen dem interventionistischen Staatskapitalismus und dem bürgerlichen Finanzkapitalismus oszilliert. Mit offener Gewalt wurden in Indien koloniale Waren extrahiert und auf den europäischen Märkten verkauft, wobei die Gewinne unter der britischen Krone und unter europäischen Kaufleuten aufgeteilt wurden (vgl. FULCHER 2004: 9ff.). Gewalt, Raubzüge, Enteignungen, Plünderungen, Mord, Vertreibungen, Versklavung, Monopolisierung, Eroberung, Unterjochung – alles Kennzeichen des Kolonialismus – sind die wesentlichen Merkmale der „ursprünglichen Akkumulation“ (Marx/Engels 1986: 741-791; vgl. LOSURDO 2010; HARDT/NEGRI 1994; GRÄBER 2014). Diese brutale Form der Akkumulation, nämlich die ursprüngliche Akkumulation ist die Grundlage aller weiteren kapitalistischen Akkumulationsformen (HARVEY 2005: 139ff.). Sie wird in Zeiten der Krise zur dessen Überwindung eingesetzt (ebd.: 147ff.) und das nicht nur in der Peripherie des Kapitalismus, sondern auch in den kapitalistischen bzw. imperialistischen Zentren (ebd.: 145f.). Mit Foucault gesprochen lässt sich anhand dieser kapitalistischen Akkumulation ein gesellschaftlicher Antagonismus herauslesen. Mit anderen Worten: man muss unter dem Frieden den Krieg herauslesen. Der Krieg ist die Chiffre eben des Friedens (FOUCAULT 1986: 12). Genau diese Chiffre gilt es nun zu beschreiben.

Die auf dem Weltmarkt verbreiteten Kolonialwaren sind gleichzeitig Motor für Wirtschaftswachstum und der Schaffung einer ungleichen Welt (PFEISINGER/SCHENACH 1989). Diese brutale Art des Wachstums und der Akkumulation ist nicht das Resultat, sondern der Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktionsweise. Die monopolisierte Staatsgewalt spielte hierbei eine erhebliche Rolle bei der Etablierung dieses gewaltförmigen Systems der Akkumulation, denn der „Müßiggang“ wurde verboten, die „Sesshaftigkeit“<sup>11</sup> etabliert, Papiergeld wurde staatlich eingeführt, somit monopolisiert und die (Lohn-)Arbeit<sup>12</sup> wurde als Ware auf dem Markt kommodifiziert (vgl. ROSENBAUM et al. 1972; Marx/Engels 1986: 741-791).<sup>13</sup> Das Ziel ist bis heute gleichgeblieben, obwohl sich die Mittel der Durchsetzung verändert haben – es ging und es geht um die Vermehrung des Geldes (Mehrwertformel bei

---

<sup>11</sup> Zur Kriminalisierung der Unseßhaften siehe HÖTZENDORFER 1995.

<sup>12</sup> Zu einer aktuellen Kritik an (Lohn-)Arbeit siehe GRÄBER 2018; KOMLOSY 2021.

<sup>13</sup> Die prärogative Dimension des Staates kann auch als Erzwingung- und Extraktionskreislauf verstanden werden, bei dem es zu Prozessen von Elitenbildungen, Machtkonsolidierung und einer hegemonialen Etablierung der kapitalistischen Produktionsweise kommt – die gewaltförmig abgesichert wird. (vgl. TILLY 1985; INGHAM 2004; REINHARD 2002; ROTH 2003; FINER 1997; BRAUDEL 1981; 1983).

Marx)<sup>14</sup>. Obwohl die Sklaverei in fast allen Ländern der Welt nicht mehr praktiziert wird, transformierte sich diese Form der Ausbeutung in Lohnabhängigkeit.<sup>15</sup> Es ist heutzutage die gängigste Form der sozialen und strukturell-institutionalisierten Ausbeutung: anstelle der patriarchalen Beziehung des Meisters zum Gesellen, anstelle der feudalen und antiken Sklaven- und Leibeigenenverhältnisse trat ein rationales, kalkulierbares, unpersönliches Geldverhältnis zwischen Kapitalbesitzer\*innen und Lohnarbeiter\*innen (vgl. Braudel 1983, 1984). Letzteres verschleiert zum einen personifizierte Machtverhältnisse und zum anderen reduziert es Lohnabhängigkeit auf eine „freiwillige Übereinkunft“ der rational-handelnden Vertragsbeteiligten (Negri 2013: 83-89; vgl. Braudel 1983, 1984). Die Geschichte von Eigentum und Moderne ist im Grunde die Geschichte der modernen Sklaverei. In den USA und bis weit ins 19. Jahrhundert lassen sich Sklaverei und die auf Sklavenarbeit beruhende Produktion zweifellos als Grundpfeiler der Republik und ihrer Ökonomie ansehen (Negri 2013: 83). Die kapitalistische Freiheit definiert sich negativ, durch die Tatsache, dass Lohnarbeiter ihre eigene Arbeitskraft besitzen und daher frei sind, sie gegen Lohn (der Preis der Freiheit) einzutauschen (ebd.: 84; vgl. HARDT/NEGRI 1994). Die Haitianische Revolution zeigt den Widerspruch der Moderne, bzw. der kapitalistischen Produktionsweise am deutlichsten: Sklaven zu befreien verstößt gegen die Eigentumsordnung, denn Gesetze gegen eine Unterteilung nach Rassen zu verabschieden untergräbt die institutionalisierte rassistische Hierarchie (ebd.: 85f.; vgl. LOSURDO 2010). Dieses durchwegs rassistische Element des Kapitalismus werde ich in den nächsten Kapiteln (4.1.1 und 4.2) im Detail aufdecken.

Neben diesem Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital(akkumulation) wurde ein weiterer Widerspruch des Kapitalismus bislang wissenschaftlich präzise erfasst: das Prinzip der Gleichheit in der Demokratie steht dem Prinzip der ungleichen Machtverteilung aufgrund des Kapitalismus diametral entgegen (vgl. WOOD 2010; MOUFFE 2000). Mit dem Bestseller Buch *Unequal Democracy* traf Larry Bartels (2016) den Zeitgeist. Der Politikwissenschaftler von Princeton beschrieb darin wie die US-Demokratie systematisch die Wohlhabenden des Landes begünstigt, während ärmere Teile geringere Einfluss- und Partizipationsmöglichkeiten haben (ebd.). Die Klassendimension, sei es in Form von Kapitalbesitz, Bildungsgrad oder in

---

<sup>14</sup> Für weitere Details siehe BECKER (2013: 26f.).

<sup>15</sup> Die Frage hier ist nicht, ob kapitalistische Kontrolle „despotischer“ ist als der streng personengebundene Autoritarismus des Sklavenhalters mit seiner Peitsche in der Hand. Auch nicht, ob die kapitalistische Ausbeutung unterdrückerischer ist als die Forderungen pachtungriger Feudalherrn. Der Grad der vom Kapital über die Produktion ausgeübten Kontrolle ist nicht notwendigerweise abhängig vom Grad des „Despotismus“. Die Kontrolle wird gewissermaßen nicht durch persönliche Autorität, sondern durch die unpersönlichen Sachzwänge der Maschinenproduktion und der technischen Integration des Arbeitsprozesses ausgeübt (WOOD 2010: 51).

ihrer intersektionalen Verknüpfung mit dem Migrationshintergrund – oder kurz: soziale Ungleichheit – hat gravierende Folgen für die Demokratie. Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit geringeren bzw. keinen akademischem Abschluss sind demokratisch unterrepräsentiert und profitieren ungleich (schlechter) vom politischen System (vgl. SCHÄFER 2010; LIJPHART 1996; GEIßEL 2012). Mit einem Zitat vom Juristen und Wirtschaftsexperten Anton Menger wird dieser auf Eigentum und Gewalt basierende Zusammenhang des Kapitalismus und das dahinter liegenden Macht- und Herrschaftsverhältnis nochmal verdeutlicht:

Das „(...) Privateigentum, welches den Mittelpunkt des gesamten Privatrechtes bildet, macht es unmöglich, die Privatrechtsordnung als ein Produkt des Geistes oder Willens der gesamten Nation zu begreifen, denn wie kann aus dem Geist des ganzen Volkes eine Privatrechtsordnung hervorgehen, welche eine kleine Volksgruppe auf Kosten der weit überwiegenden Mehrheit begünstigt? Und wie kann man annehmen, dass die große Mehrheit der Zurückgesetzten zu dem drückendsten Unrecht, das Menschen von Menschen scheidet, ihre ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung gegeben hat. Deshalb kann eine Theorie, welche nicht den Interessen, sondern den Tatsachen dient, unseren Rechts- und Gesellschaftszustand nicht als eine Lebensäußerung der gesamten Nation hinstellen, sondern sie ist zu der Auffassung genötigt, dass dieser ursprünglich zugunsten einiger Lebenskreise durch die Gewalt entstanden ist und auch heute in seinem wesentlichen Bestandteil auf Machtverhältnissen beruht“ (Menger zit. in: Ramus 2000: 161).

Und das kapitalistische Prinzip der exponentiellen, bzw. auf Dauer angelegten Akkumulation (samt Wirtschaftswachstum) widerspricht den bestehenden Naturgesetzen (Endlichkeit der Ressourcen, räumliche Begrenztheit etc.) (vgl. KLEIN 2016). Während Naomi Klein von einem „Katastrophen-Kapitalismus“ spricht und Wissenschaftler\*innen die planetaren Grenzen aufzeigen (MEADOWS et al. 1972), hält sich das TINA-Prinzip (There-Is-No-Alternative) und der Wachstumszwang dogmatisch (vgl. RICHTERS/SIEMONEIT 2019). Bis heute besteht das alternativlos dargestellte Wachstumsparadigma welches von Serge Latouche (2010: 519), einem der Gründerväter der Degrowth-Bewegung, als neue Religion bezeichnet wird. Der Historiker Eric Hobsbawm bezeichnet die Verteidiger dieser „Zivilreligion“, nämlich die Ökonomen spöttisch als „Hohepriester der Moderne“ (zit. in ALTVATER 2009: 12). Zum Konnex Religion, Glaube und Schuld muss aus gesellschaftskritischer Perspektive folgendes kurz bemerkt werden: eine systematische Verknüpfung von Religion und Kapitalismus finden wir bei den Soziologen Werner Sombart (1911) und Max Weber (2011)[1904]. Kapitalismus als Religion zu betrachten ist in den Sozialwissenschaften auch eine gängige Betrachtungsweise

(vgl. ALTVATER 2009: 28; PFLEIDERER/SEELE/MATERN 2015; FLEISCHMANN 2010; PALAVER 2002; SENF 2001; BENJAMIN 2003; THIESSEN 1994).<sup>16</sup>

Zusammenfassend können die Grundzüge der kapitalistischen Produktionsweise unter den Auspizien ursprüngliche Akkumulation; Privateigentum (an Produktionsmittel); (unendliches) Wirtschaftswachstum; monopolisierte Staatsgewalt<sup>17</sup>; Glaube/Religion/Narrativ (große Erzählung bzw. Meta-Erzählung in LYOTARD 2005) verstanden werden.

#### **4.1.1 Kolonialismus und Imperialismus – eine Geschichte des strukturellen Rassismus**

„Der schwarze Mensch erscheint aus der Perspektive des Weißen als minderwertig, aber umgekehrt ist der Weiße mit seinen Errungenschaften Zivilisation, Kultur, kurz Intellekt, nachahmenswert“ (FANON 1985: 42).

Mit der europäischen Entdeckung des amerikanischen Kontinents (sog. „Neuen Welt“) im Jahre 1492, also mit der weltgeschichtlichen Ära des Kolumbus oder des Vasco da Gamas, je nachdem welcher plünderungsbegieriger Abenteurer zuerst die jeweilige Küste der Verheißung betrat, entstand eine „neue Weltordnung“, die unterschiedliche Namen erhalten hat: Imperialismus, Neokolonialismus, Nord-Süd-Konflikt, Zentrum vs. Peripherie, G-7 und ihre Satelliten vs. den Rest der Welt (CHOMSKY 1995: 27). Die Geschichte des Kolonialismus, später Imperialismus ist zweifelsfrei verbunden mit der ursprünglichen Akkumulation, Raub, Enteignung, Dehumanisierung und der Schaffung eines Weltmarktes für koloniale Rohstoffe (vgl. ebd.).

Während die Russen vom Pelzfieber getrieben wurden, waren für die Spanier (Cortes; Pizarro) Gold und Silber Objekte der Begierde (MORRIS 2012: 444). Rund 50.000 Tonnen Silber wurden alleine im Zeitraum von 1540 bis 1700 von Amerika nach Europa transportiert (ebd.: 445). Millionen von Menschen wurden aus verschiedenen Teilen Afrikas von weißen Europäer versklavt und als Ware behandelt. Es entstand eine „erste“ Globalisierung der kapitalistischen Spielart: Kaufläute schafften westeuropäische Gebrauchsgüter (Textilwaren, Gewehre usw.) nach Westafrika und tauschten sie dort mit Gewinn gegen Sklaven, die sie dann in die Karibik

---

<sup>16</sup> Eine systematische Abhandlung über Schuld als Kernelement des Kapitalismus, dargestellt im historischen und religiösen Kontext, findet sich bei David Gräber (2014) wieder.

<sup>17</sup> Eine materialistische Staatskritik findet sich bei Frank Deppe, der den Staat u.a. als Schutzmechanismus des Eigentums betrachtet. „Der Widerspruch zwischen sozialer Ungleichheit und den darauf beruhenden Machtasymmetrien in Gesellschaft und Politik und der Überhöhung des Staates als quasi von Gott legitimierte Instanz bzw. als das Reich der politischen Gleichheit und der universalen Menschenrechte ist in die Konstitution des feudalsolutistischen bzw. des bürgerlichen Staates eingeschrieben. Seit Anfängen des Staates wird dieser Widerspruch von demokratischen Volksbewegungen „von unten“ immer wieder artikuliert“ (DEPPE 2015: 104).

brachten und dort, auch wieder mit Gewinn, gegen Zucker eintauschten, um schließlich diesen mit noch größeren Gewinn in Europa abzusetzen (ebd.: 449). Die Ausbeutung von Menschen durch Sklaverei ist somit eng mit der Geschichte des Kapitalismus und Rassismus verbunden (vgl. JOBS 2016).<sup>18</sup> Die entmenschlichende Dimension der Sklaverei kann folgendermaßen beschrieben werden: nicht nur die menschliche Arbeit wurde kommerzialisiert und zur Ware kommodifiziert, sondern das Individuum und seine Nachkommen wurden als Gegenstände einer Eigentumsordnung verstanden (ebd.).

Das tägliche Leben der subalternen Europäer sollte sich im Zuge der brutalen Expansion des Kolonialismus jedoch verbessern. Ihnen wurde der Konsum von „Luxusgütern“ ermöglicht, der ursprünglich nur Adeligen, König\*innen und reichen Kaufleuten zugänglich war. Im 18. Jh. konnte sich ein(e) europäische(r) Arbeiter\*in ein Laib Brot zusätzlich kaufen; er\*sie kam in den Genuss von Luxuswaren wie Tee, Kaffee, Tabak und Zucker (vgl. BRAUDEL 1981; MORRIS 2012: 451). Den billigen Preis für diese neu entdeckten Konsumgüter zahlten die unbezahlten Arbeitskräfte, nämlich die Sklaven.<sup>19</sup> Diese auf Sklavenhaltung basierende Weltwirtschaft brachte ein neues Wissen bzw. neue „Wissenschaften“ hervor, integrierte einen großen Teil der europäischen Bevölkerung an den Profiten der Raubzüge und schuf die ersten kapitalistischen Zentren und deren unterjochten Kolonien (vgl. BRAUDEL 1981). Dieser Prozess der Wissensgenerierung, bzw. die Schaffung neuer Berufsgruppen (Buchhalter; Banker; Versicherungskaufleute; Juristen; Betriebswirten; Seefahrer; Beamte...) die sich dem kapitalistischen Weltsystem angepasst haben, entstanden im Laufe des 14. Jh. und breiteten sich rasch in Europa aus (ebd.). Dies sind die historischen Anfänge der Expansion, der Intensivierung und der hegemonialen Durchsetzung der ILW.

Einerseits macht die geographische Distanz es den Europäer\*innen leicht, die Verwerflichkeit der Sklaverei und des Kapitalismus zu vergessen und ihr Gewissen zu erleichtern, andererseits hat die jüdisch-christliche Tradition eine jahrtausendelange „große Erzählung“ (LYOTARD 2005) einer „höheren“ bzw. „auserwählten“ Rasse aufgebaut, welche Versklavung, Ausbeutung, Be-HERR-schung und Unterjochung legitimiert (vgl. FOUCAULT 2001). Die

---

<sup>18</sup> Gewisse Formen der Exklusion und des Rassismus sind historische Teile des Nationalstaates (vgl. FOUCAULT 2001: 34-97; HUND 2017). Durch und mit dem Staat etablierte sich ein Diskurs von einer homogenen Gesellschaft in Abgrenzung zu heterogenen Elementen („Unterrassen“), welche den „Staatskörper“ schädigen können. Dieser rassisierende Diskurs lässt sich schon vor dem 17. Jh. aber insbesondere mit der Entstehung von Nationalstaaten im 19. Jh. festhalten (vgl. Foucault 2001: 82-104).

<sup>19</sup> Genau hier knüpft die Dependenztheorie an und stellt fest, dass der Reichtum des Globalen Nordens, auf Kosten des Globalen Südens basiert und aufrechterhalten werden kann (vgl. SENGHAAS 1977). Dieser Ansatz zeigt Anknüpfungspunkte zu den Imperialismustheorien von Wladimir Lenin, Rosa Luxemburg und u.a. Samir Amin.

große Erzählung bzw. der rassisierende Diskurs kann schon in dem „Alten Testament“ (bzw. Tanach/ Septuaginta) entdeckt werden:

„Nehmt meine Weisungen ernst und zwingt keinen Israeliten zur Sklavenarbeit. Wenn ihr Sklaven und Sklavinnen braucht, könnt ihr sie von euren Nachbarvölkern kaufen (...) Ihr könnt sie für immer als euer Eigentum behalten und auch euren Söhnen vererben; sie müssen nicht freigelassen werden“ (Lev 25, 43–46 zit. in JOAS 2015).

Koloniale Gesetzgeber legitimierten die Sklavenhaltung, weil sie den Sklaven die Fähigkeit Christ zu werden pauschal absprachen – aufgrund ihrer „barbarity, rudeness, weakness and shallowness of their minds“ (JOAS 2015).<sup>20</sup> Im deutschen Idealismus von Hegel finden wir darüber hinaus die höhere Mission des weißen Mannes, nämlich die Kultivierung der Sklaven:

„Bei den Negern [sic] sind (...) die sittlichen Empfindungen vollkommen schwach oder, besser gesagt, gar nicht vorhanden. Die Eltern verkaufen ihre Kinder (...). Die Polygamie der Neger [sic] hat häufig den Zweck, viele Kinder zu erzielen, die samt und sonders zu Sklaven verkauft werden könnten. Dieser Zustand ist keiner Entwicklung und Bildung fähig (...). Insgesamt hat die Sklaverei sogar mehr Menschliches unter den Negern [sic] geweckt – bedeutet sie doch eine Weise des Teilhaftigwerdens höherer Sittlichkeit und mit ihr zusammenhängender Bildung“ (HEGEL 1970 zit. in CHOMSKY 1995: 29).

Diese Art des Rassismus führte zu einer Dehumanisierung, also einer diskursiven Strategie die wir im Zuge von Volksaufständen und Widerständen wiederfinden können. Kaiser Maximilian beschimpfte das widerständige „Volk“ als hinterhältige, grobschlächtige hirnlose Bauern, die weder Tugend, noch edles Blut, noch richtiges Maß kennen, sondern nur Unmäßigkeit, Untreue und Hass (zit. in CHOMSKY 1995: 47). Die aufständischen Bewegungen wurden in England als „gemeiner Haufen, Tiere in Menschengestalt, als verkommen und verdorben“ verleumdet (ebd.). Diese rassistische und klassizistische Ideologie rechtfertigt wiederum die Herrschaft weißer, kalkulierender, vorausblickender, wohlhabender, gebildeter, heterosexueller Staatsmänner – eine Ideologie die tief in den liberalen Demokratietheorien wurzelt (ebd.).<sup>21</sup> Diese Wurzeln der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft sind eng verbunden mit der liberalen Demokratie (man denke nur an das Zensuswahlrecht) (vgl. LOSURDO 2008; 2010).

---

<sup>20</sup> Diese große Erzählung und Rechtfertigungsstrategie der Sklavenhaltung darf nicht als rein jüdisch-christliches Phänomen betrachtet werden, da sie in fast allen großen Religionen vorkam (vgl. CLARENCE-SMITH 2015).

<sup>21</sup> Abgesehen vom methodologischen Individualismus, fördern die liberalen Demokratietheorien von Josef Schumpeter oder Anthony Downs eine elitäre Spielart der Herrschaft. Diese Rechtfertigungsstrategie finden wir bei Walter Lippmann, Robert Lansing, Reinhold Niebuhr und Edward Bernays, einem der Gründerväter der Public Relations und Kommunikationswissenschaft wieder (vgl. CHOMSKY 1995).

Angefangen von den ersten staatlich geförderten Seereisen, über zur BEIC (British East-India Company) im Jahre 1600/01 und staatlichen Infrastrukturprojekten, bis hin zum expansiven Imperialismus, war „der Staat“ (als Ausdruck eines sozialen Kräfteverhältnis) stets mit dem Bankenwesen, der Börse und mit der Rüstungs-, Schwer-, und Chemieindustrie verwoben und gekoppelt. Die Interessen des Staates und die der großen Konzerne fielen somit oftmals zusammen (ROSENBAUM 1972: 19-31; vgl. BRAUDEL 1984; 1986). In Anlehnung an Polanyis *The great transformation*, könnte man dieses zusammenfallende Interesse mit dem Begriff „eingebetteter Liberalismus“ begreifen. Er beschreibt einerseits die Logik von Expansion, Akkumulation, Imperialismus und verbindet diese mit dem Liberalismus: nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Bekenntnis zu offenen Märkten gekoppelt an Normen und Praktiken zum Schutz verschiedener Gesellschaftsgruppen, wobei die Regierungen eine Schlüsselrolle bei der Einführung und Aufrechterhaltung dieses (liberal-kapitalistischen) Systems spielten (vgl. POLANYI 1973 [1944] zit. in RUGGIE 2018: 8f.). Doch darauf komme ich noch in den nächsten Abschnitten im Detail zu sprechen. Der „Staat“ spielt auch eine erhebliche Rolle bei der Etablierung einer Leitkultur bzw. einer Doktrin. In den USA entstand die im 19. Jh. die Doktrin *Manifest Destiny*, welche besagt dass die USA einen göttlichen Auftrag zur Expansion hätten. Amerikanische Werte und Ideale sollen über die eigenen Grenzen hinweg verbreitet werden. Die historisch gewachsene Frontierkultur (MARTSCHUKAT 2002: 8f.)<sup>22</sup> spiegelt sich hier wieder und zeigt den „amerikanischen Exzeptionalismus“<sup>23</sup> und gleichzeitig die Rechtfertigung des Imperialismus (vgl. MCEVOY-LEVY 2001; LIPSET 1997).

Da Kolonialwaren zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Bedarfs- und Konsumstruktur der industrialisierten Ländern wurde, entfaltete sich eine kapitalistisch-imperialistische Logik der Intensivierung, Expansion und Akkumulation, die tiefe Eingriffe in die Natur und eine irreversible Festlegung eines Systems der Ungleichheit, Abhängigkeit und Ausbeutung legitimierte (PFEISINGER/SCHENNACH 1989: 11). Noch lange vor Karl Marx und Michail Bakunin hat – der von (Neo-)Liberalen oftmals zitierte – David Ricardo, der Theoretiker des

---

<sup>22</sup> „Häufig wird das Vertrauen der USA in die Todesstrafe mit einer historisch gewachsenen Kultur der Gewalt und eng mit dem Mythos der Nationsbildung erklärt. Durch die Kriege gegen die Ureinwohner an der sog. „Frontier“ habe sich ein besonderes US-amerikanisches Wesen in Abgrenzung zu „den Wilden“ gebildet. Diese weiße US-Identität des Frontiers dient in der neoliberalen Gesellschaftsordnung seit der Reagan-Ära als das tradierte Muster des gewaltbereiten Einzelkämpfers im Sinne der guten Sache als ideale männliche Identifikationsfigur“ (MARTSCHUKAT 2002: 8f.).

<sup>23</sup> Der amerikanische Exzeptionalismus fällt zusammen mit der Schaffung einer „modernen neuen Weltordnung“, welche mit Missionierung und der Verbreitung von universalistischen Ideale wie „Demokratie“ und „Progress“ einhergeht (vgl. KARP & LAVINE 1991).

komparativen Kostenvorteils, diese Weltordnung „Kapitalismus“ genannt: „Kapitalismus ist die Erfindung einer ungleichen Welt“ (RICARDO zit. in PFEISINGER/SCHENNACH 1989: 12). Seit dem Ende des deutsch-französischen Krieges (1870/71), hatte sich die Rivalität der europäischen Großmächte auf das Feld der Kolonien verlagert und dadurch entstand nicht nur ein imperialer Wettlauf um Afrika und Rohstoffe, sondern ein Prozess der Aufteilung der Welt. Rosa Luxemburg stellte die These auf, dass die kapitalistische Akkumulation ein Außen benötige, also vor- und nicht-kapitalistische Räume benötige, um die eigene imperiale Lebensweise aufrecht erhalten zu können (vgl. LUXEMBURG 1913).<sup>24</sup> Die historischen Einzelheiten der größten kapitalistischen Imperien können in den Werken von Oliver Stone & Peter Kuznick (2012), Piers Brendon (2008) und Howard Zinn (2005) nachgelesen werden – und werden uns in Bezug auf die institutionelle Verdichtung der imperialen Lebensweise im fünften Kapitel weiter beschäftigen. Die (Neo-)Imperialismustheorien (Lenin, Luxemburg...) oder auch exogene Erklärungsansätze werden uns ebenfalls im Kap. 5 wiederbegegnen.

#### **4.1.2 Prozess der Dekolonialisierung und die Regulation des Fordismus**

“Since the beginning of the eighteenth century, Blackness and race have constituted the (unacknowledged and often denied) foundation, what we might call the nuclear power plant, from which the modern project of knowledge—and of governance—has been deployed” (MBEMBE 2017: 131, zit. in SALT 2019: 153).

Die Kreation des „Anderen“, rassisierende Diskurse, aber auch Anti-Kolonialismus und Staatenbildungen können – wie das Zitat deutlich machen möchte – eine koloniale Herrschaft formell zwar abschaffen, informell durch den Konnex von Macht/Wissen (Foucault) jedoch festigen und legitimieren. Um das zu verdeutlichen gehe ich einen Schritt zurück: der Prozess der Dekolonialisierung beginnt im 18. Jh. mit der (unvollendeten, lt. SALT 2019) Revolution in Haiti, also mit jenem Sklavenaufstand von 1791 bis 1804, der zur formalen Unabhängigkeit Haitis führte. Die europäischen Kolonialmächte Spanien und Frankreich bekriegten sich gegenseitig aufgrund ihrer konkurrierenden Ambitionen, die Zucker- und Kaffeeproduktion Haitis zu kontrollieren (ebd.: 4). Haiti konnte als profitabelste Plantagenwirtschaft der Welt und das Rückgrat des französischen Außenhandels betrachtet werden. Als Toussaint Louverture den Sklavenaufstand erfolgreich führte und Haitis Autonomie aussprach, somit die „erste schwarze Republik“ gründete, kam es zu Spannungen mit den ansässigen Eliten („Kompradoren-

---

<sup>24</sup> Dieser Ansatzpunkt wird in ähnlicher Manier von Dependenztheoretiker\*innen (SENGHAAS 1977) und Imperialismustheoretiker\*innen (LENIN 1961: 837f. zit. in BRAUN 1985: 93) vertreten.

Bourgeoisie“)<sup>25</sup>, nämlich den farbigen *landlords* (Nachkommen weißer Kolonialisten) die ihre Klassenposition gefährdet sahen. Auf der anderen Seite schickte Napoleons Frankreich Truppen um alle Sklaven auf Haiti zu töten, um somit ein Exempel zu statuieren und einen Dominoeffekt dieser Revolution zu verhindern (vgl. SALT 2019: 63ff.). Diese Revolution beinhaltete eine intersektionale Dimension, die den Geist der französischen Revolution trug und eine Gefahr für imperiale Mächte darstellte. Einerseits wurden nämlich Privilegien weißer Plantagenbesitzer durch die Nationalisierung aller Plantagen dezimiert, andererseits wurden weiße und schwarze in der ersten Verfassung gleichgestellt (ebd.: 13).<sup>26</sup>

1915 erlitt Haiti erneut ein tragisches Schicksal, als es von den USA besetzt wurde. Eine paternalistische Besatzungsherrschaft wurde rassistisch begründet indem die Haitianer als Unmündige behandelt wurden und angeblich einer weißen Führung bedurften (GLIECH 2010). Weiße monopolisierten alle technischen, administrativen und ökonomischen Schlüsselpositionen, die zum Betrieb von Staat und Wirtschaft unentbehrlich waren (ebd.). Nach dem Zweiten Weltkrieg fielen einige Imperien. Zwischen 1945 und 1975 erklärten zahlreiche – von den kapitalistischen Zentren abhängige – Territorien (Kolonien, Mandatsgebiete, Satellitenstaaten, Protektorate...) ihre Unabhängigkeit. Der Prozess der Dekolonialisierung ist jedoch ambivalent zu betrachten, da in einigen Fällen (Sri Lanka, Ghana, Tschad etc.) sich die Kolonialmacht friedlich zurückzog und eine indigene Elite die Macht übernahm, in anderen Fällen wiederum (Algerien, Malaysia, Kenia...) die kolonialen Herrscher blutige Kriege und Kämpfe ausgefochten haben (FISCHER-TINÉ 2016).

Es kam darüber hinaus zu einem ideologischen Wandel: das Warren Hastings (Generalgouverneur in Britisch-Ostindien) Paradigma des brutalen, kolonialen Zwangs und Unterwerfung wurde vom Charles Grants (liberaler Handelspolitiker in Britisch-Indien) Paradigma der sublimen Kooption durch kulturelle Hegemonie (in Form von Religion [„Burdwan-Plan“], Sprache [English] und Wissenszirkulation) abgelöst (BHABHA 2000: 126; vgl. STRUVE 2013: 82ff.). Mit Gramsci gesprochen erfüllte das Schwert alleine nicht mehr die Aufgabe der hegemonialen Machterhaltung. Effizienter wurde diese koloniale Macht mittels *soft power* (Joseph Nye) bzw. kultureller Hegemonie aufrechterhalten. Dieses Feld der postkolonialen Studien verbindet den Poststrukturalismus von Michel Foucault, die

---

<sup>25</sup> Laut Nicos Poulantzas (vgl. 1977: 11ff.) fungiert die Kompradoren-Bourgeoisie als finanzielles und kommerzielles Gelenk für Operationen des imperialistischen bzw. kolonialistischen Auslandskapitals.

<sup>26</sup> In one of Haiti's earliest constitutions, all Haitian citizens were legally defined as black, regardless of skin-pigmentation or prior racial categorisation. These political moves and assertions put the nation at odds with the nation-states in the Atlantic that surrounded it. (SALT 2019: 13)

existentialistisch-phänomenologische Strömung Franz Fanons mit den Begriff der Hegemonie von Antonio Gramsci und dem Orientalismusverständnis von Edward Said. Diese postkoloniale Denkrichtung öffnet eine neue Perspektive auf Macht und Herrschaft: die Zirkulation von Wissen kann zu gewissen Einstellungen, Werten und Handlungsmustern führen, welche wiederum gewisse Macht- und Herrschaftsverhältnisse und rassistische, sexistische und/ oder klassizistische Diskurse spiegeln. Die Konstruktion des „Anderen“, bzw. die Beschreibung des Orients, des Schwarzen ist gleichzeitig ein konstitutiver Moment zur Bildung der okzidentalen, bzw. der weißen Identität.<sup>27</sup> Herrschaftssprache – als Sprache der jeweiligen Kolonialmacht, die sich hegemonial in den kolonialisierten Territorien durchgesetzt hat, ist mit den Worten Foucaults als gewisse Machttechnologie zu verstehen. Gayatri Spivak (2007) wirft daher die Frage auf: „can the subaltern speak?“ und deutet auf die kulturelle Macht der Sprache hin. Die Wissenschaft brachte/bringt auf der anderen Seite „organische Intellektuelle“ (Gramsci) hervor: Archäolog\*innen, Sozialanthropolog\*innen, Literat\*innen, Historiker\*innen und Philolog\*innen (etc.) haben historisch betrachtet eine zentrale Rolle gespielt bei der Konstruktion des Anderen. Sie spiegeln eine eurozentrische, paternalistische, patriarchale und imperiale Sichtweise und Sehensweise wieder (vgl. FANON 1985; BHABHA 2000). Frantz Fanon spricht daher von einer „Rassisierung des Denkens“. Ein Denken das Begriffe wie „Neger“<sup>28</sup>, „Eingeborener“ oder „Farbiger“ hervorbrachte. Rassismus wird somit zu einer „von oben“ implementierten Ideologie, bzw. zu einem Klassifikationssystem welches dazu dient, soziale, ökonomische und politische Praxen zu legitimieren, die bestimmte soziale Gruppen vom Zugang zu materiellen, staatlichen, oder symbolischen Ressourcen ausschließen (HALL 1989: 913; vgl. HALL 1997).

Der jahrhundertelange Prozess der Dekolonialisierung wurde nicht nur vom Prozess der Staatenbildung (nach europäisch-westlichen Vorbild), sondern auch seit den 1950er von der Regulationsweise des Fordismus begleitet. Der dadurch entstehende bürgerliche Staat ist jedoch keine neutrale Einrichtung, sondern ist ein politisches Herrschaftsverhältnis, eingelassen in Produktionsverhältnisse, die durch den Zwang zu Kapitalakkumulation und durch Lohnarbeit gekennzeichnet sind (BECKER 2008: 10). Somit trägt der Staat zur Sedimentierung der durch

---

<sup>27</sup> Dieser Gedanke geht auf den Strukturalismus von Saussure und auf Hegels Master/Slave-Dialektik zurück.

<sup>28</sup> Historische und zugleich abwertende Begriffe wie „Rasse“ oder „Neger“ werden in meiner Arbeit deswegen verwendet, weil es einen offenen Diskurs über die koloniale Vergangenheit und dem damit einhergehenden strukturellen Rassismus braucht. Eine Tilgung dieser Worte (z.B. aus dem Grundgesetz) führt nicht zur gewünschten Delegitimierung des Rassismus, sondern „bereinigt“ bzw. blendet nur die rassistische Entstehungsgeschichte und die dahinter liegende Struktur dieser Begriffe aus. Für diesen Gedankengang danke ich der akademischen Aktivistin, Autorin, Filmregisseurin und Soziologin Dr. Natasha Kelly (2021).

strukturelle Ungleichheit geprägten Produktionsverhältnisse bei (ebd.).<sup>29</sup> Da verschiedene Kapitalfraktionen um Hegemonie ringen und das Auslandskapital Strukturbedingungen stellt, kommt es zu einer „strategischen Selektivität“ (JESSOP 2002: 40, zit. in BECKER 2008: 10). Unter strategischer Selektivität versteht sich ein spezifischer gesellschaftlicher Koordinationsmodus, bei dem strukturell bestimmte sozio-ökonomische oder kulturelle Ergebnisse, bzw. bestimmte soziale Gruppen asymmetrisch bevorzugt werden, indem ihr Zugang zu staatlichen, materiellen und wirtschaftlichen Ressourcen erleichtert wird (vgl. ebd.).

Dieser Art der bürgerlichen Herrschaft ist in der Peripherie durch zwei zentrale Aspekte gekennzeichnet: Extraversion und strukturelle Heterogenität (EVERS 1977, zit. in BECKER 2008: 11). Extraversion deutet auf die Außenorientierung der Staaten im Globalen Süden hin. Kennzeichnend hierfür ist, dass externe Akteure die ökonomisch stärkste Fraktion der herrschenden Klasse stellen und die Staatsfinanzierung stark von außen konditioniert ist (EVERS 1977: 80-84, zit. in BECKER 2008: 12). Es handelt sich bei den meisten Staaten des Globalen Südens um eine passive Extraversion, das heißt es stehen nicht Exportüberschüsse im Vordergrund, sondern der Akzent liegt bei der Importabhängigkeit.<sup>30</sup> Diese (passive) Extraversion, bzw. Außenorientierung hat eine koloniale Vergangenheit:

„Die Extraversion ist durch die Kolonialmächte unmittelbar oder – in den wenigen Fällen unter Bewahrung der formalen Unabhängigkeit – über ungleiche Verträge durchgesetzt worden. Sie betraf zunächst die Ausrichtung des Handels. Die Länder der Peripherie wurden auf den Rohstoffexport ausgerichtet, die Entwicklung des Gewerbes wurde blockiert und zum Teil sogar zurückgeworfen. Eine einseitige Orientierung auf den Rohstoffexport ist vielfach heute noch festzustellen, vor allem in Afrika, Westasien, aber auch Teilen Lateinamerikas“ (vgl. OMINAMI 1986: 126ff., zit. in BECKER 2008: 13).

Damit geht eine strukturelle Abhängigkeit vom Investitionsgüterimport und Technologietransfer einher. Schlüsselsektoren der Ökonomie werden darüber hinaus durch Auslandskapital kontrolliert. Die dadurch entstehenden chronischen Leistungsbilanzdefizite, werden in Form von sog. „Entwicklungshilfen“ zu Auslandsverschuldungen (BECKER 2008: 14). Zentrale Besteuerungsquellen des peripheren Staates ist in rohstoffreichen Ländern die mit

---

<sup>29</sup> Der Staat ist ein Ausdruck eines polit-ökonomischen bzw. sozialen Kräfteverhältnisses und ist durchdrungen durch verschiedene Kapitalfraktionen die unterschiedliche und gar widersprüchliche Interessen verfolgen. Somit ist der Staat nicht als ein homogener Akteur/ Block zu verstehen. Um das analytisch zu erfassen hilft das Konzept der „strategischen Selektivität“ (JESSOP 2002: 40, zit. in BECKER 2008:10).

<sup>30</sup> BECKER (2008: 12f.) unterscheidet darüber hinaus zwischen Extraversion im Handel, beim produktiven Kapital und beim Geldkapital.

den Rohstoffen verbundenen Rente (ebd.: 15). Dadurch entsteht ein stillschweigender Klassenkompromiss: der Staat verzichtet auf Besteuerung der „unteren Klassen“, diese nehmen hingegen hin, dass die „Rentierklasse“ sich die externen Renten weitgehend aneignet (CARNEIRO 2004: 58; SANTOS 2005: 229, zit. in BECKER 2008: 15). In der Konsequenz sinkt das staatliche Legitimitätsanfordernis gegenüber der subalternen Klasse. Es kommt vor, dass soziale Wohltaten staatliche finanziert werden – beispielweise in den erdötreichen Golfstaaten – jedoch nicht in formellen staatsbürgerlichen Rechten übergehen. Solch eine Einbindung in produktive Aktivitäten führt zur starken Abhängigkeit vom Ressourcenextraktivismus, von der Außenorientierung und von staatlichen Outputs (ebd.). Daher spricht Marzouq al-Utaybi (2007: 152, zit. in BECKER 2008: 15) von einer „Legitimierung der Abhängigkeit“.

Diese Extraversion hat Auswirkungen auf die Sozialstruktur dieser Staaten. Zwischen lokalen Eliten und dem internationalen Kapital kann es zu Interessensübereinstimmungen und Bündnissen kommen (BECKER 2008: 16). Die Sozialstruktur ist darüber hinaus geprägt von einer klientelistischen Politik, städtischen Marginalbevölkerung, vom System weitestgehend ausgeschlossener vorkapitalistischer Produktionsweisen (Subsistenzwirtschaft) und einer schwach ausgeprägten Zivilgesellschaft (vgl. ebd.: 17f.). Ausdruck des Klientelismus sind der Konsens über materielle Konzessionen an subalterne Gruppen (Akzeptanzgewinnung), das kapitalistische Wachstumsparadigma samt seinem Konsumversprechen und der staatliche Zwang (SVAMPA 2003: 220f. zit. in BECKER 2008: 19). Offene Gewalt und Zwang sind in der Peripherie sowohl in Phasen etatistisch geprägter Industrialisierung als auch in Phasen neoliberaler Politik immer wieder im Vordergrund (BECKER 2008: 20). Die Regulation der Kapitalakkumulation und der Krisenbewältigungsstrategien in den westlichen Industriestaaten hat seit den 1950er einen anderen und besonderen Weg eingeschlagen.

### **Die Regulation des Fordismus**

„Fordismus“ ist ein komplexer Begriff, der die betriebliche effizienzgeleitete Rationalisierungsbewegung der Massenproduktion (Henry Ford; Frederick Taylor)<sup>31</sup> sowie die sozialtechnische Regulierung der gesellschaftlichen Interessenkonflikte (soziale Wohlfahrt) ab den 1950er Jahre beschreibt. Merkmale der fordistischen Regulation waren Massenproduktion und Massenkonsum sowie eine sozialverträgliche Stabilisierungsstrategie, die auf

---

<sup>31</sup> Als Vater dieser Rationalisierungsbewegung gilt der Automobil-Mogul, Antisemit und Rechtsextremist Henry Ford.

keynesianischer Fiskalpolitik und auf einem Neokorporatismus beruht, in deren Verlauf die Sozialversicherungssysteme ausgebaut worden sind. Der Staat sichert das Akkumulationsregime durch Tarifverträge und einer kompromissbereiten Sozialpartnerschaft ab (vgl. HACHTMANN/VON SALDERN 2009).

Seit den 1950er Jahre entstanden semi-freie Handelsbeziehungen die die fordistischen, also die größten Industrienationen des euro-atlantischen Raumes verbanden. Mit der US-Hegemonie etablierte sich der US-Dollar als Weltleitwährung und zementierte die privilegierte Position der USA noch weiter (LIPIETZ 1992: 9). Simplifiziert kann das fordistische Paradigma in den kapitalistischen Zentren aus der regulationstheoretischen Perspektive von Alain Lipietz (1992: 11) folgendermaßen beschrieben werden:

- Die Organisation der Produktion liegt bei einer gesellschaftlich dominanten Gruppe (Technokraten, Bürokraten)
- Durch Wirtschaftswachstum steigt im Idealfall das Lohnniveau und dadurch steigert sich die Kaufkraft – was wiederum mehr Konsum bedeutet und somit die Produktion zum Anstieg verhilft.
- Das Konsumversprechen wird entweder durch das Lohnniveau oder durch „wohlfahrtstaatliche Mechanismen“<sup>32</sup> abgesichert („New Deal“).
- Makroökonomische Ziele sind Vollbeschäftigung<sup>33</sup>, Massenkonsum, technischer Fortschritt und Wirtschaftswachstum.

Staaten des Globalen Südens waren nie ein Teil dieser fordistischen „Konsumgesellschaft“ (ebd.). Doch auch in den westlichen Industrienationen hielt das „goldene Zeitalter des Kapitalismus“ nicht lange an. Mehrere Faktoren sind ausschlaggebend für die Krise des Fordismus: in den 1970er Jahre begann die Lohnquote als Anteil des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu sinken. Soziale Bewegungen kritisierten die steigende Bürokratie des fordistischen Wohlfahrtstaats und zeigten auf die ökologischen Grenzen dieses Wachstumsregimes auf. Aufgrund der Ölkrise (1973) sank zusätzlich die Güternachfrage, was zu Überproduktion, steigende Staatsschulden und sinkende Akkumulationsmöglichkeiten führte (vgl. HIRSCH/ROTH 1986). Der dystopische Roman von Aldous Huxley (1980) verbindet in

---

<sup>32</sup> Solidarität in diesem fordistischen Paradigma nimmt eine exklusiv administrative Rolle des Staates ein. Dieses Modell wurde getragen von dem „fordistischen Kompromiss“ und wurde aufgrund der starken Beteiligung sozialdemokratischer und kommunistischer Parteien sowie gewerkschaftlicher Akteure konsolidiert (LIPIETZ 1992: 12f.).

<sup>33</sup> Aus feministischer Perspektive muss erwähnt werden, dass weibliche Reproduktions- und Carearbeit nicht mit einberechnet wurde.

seinem Roman *Schöne neue Welt* die Kritik am Fordismus mit einer grundlegenden Gesellschaftskritik, genauer mit einer Kritik an der kapitalistischen und bürokratisch organisierten Lohnarbeit und Fabrikdisziplin. Dennoch blicken sozialdemokratische Parteien, gewerkschaftliche Funktionäre, Keynesianer\*innen nostalgisch auf diesen „demokratischen Wohlfahrtskapitalismus“ (T. H. Marshall) zurück. Und dieser hat auch eine gewisse Anziehungskraft für Staaten aus dem Globalen Süden (vgl. JEP 2012).

#### **4.1.3 Post-Fordismus und der Aufstieg des Neoliberalismus**

Dieses Kapitel wird mir dazu dienen die in der Forschungsfrage angelegte Teilfrage – was wir aus dem Diskurs der NWWO heute lernen können – präziser zu beantworten. Die Zeitperiode der 1970er mit deren gesellschaftlichen Umbruch in Richtung Postfordismus spielt ebenfalls eine zentrale Rolle bei der Beantwortung der Frage warum die Forderungen der NWWO nicht realisiert worden sind. Darüber hinaus spielt die Krise des Fordismus eine zentrale Rolle in der regulationstheoretischen Perspektive von Alan Lipietz (1992), welche erklären kann inwieweit postfordistische Entwicklungen einen Einfluss auf den Globalen Süden gehabt haben.

**Zur Begriffsbestimmung:** laut der Philosophin Nancy Fraser (vgl. 2009: 44) befinden wir uns seit der Krise des Fordismus im Übergang zu einer neuen Gesellschaftskonfiguration, die sie als transnational, neoliberal und postfordistisch beschreibt. Der Begriff des Postfordismus bezeichnet „keine neue und kohärente kapitalistische Formation, sondern eher das inzwischen lange anhaltende Fortdauern einer globalen kapitalistischen Krise“ (HIRSCH 1995: 178, zit. in BRAND 2018: 145). Diese globale Krise möchte ich nun anhand einer feministischen, staatstheoretischen und regulationstheoretischen Perspektive durchleuchten.

Aus feministischer Perspektive kann eine Transformation der Geschlechterverhältnisse beobachtet werden. Das männliche Ernährermodell (Male Bread Winner Model) wurde vom Paradigma Adult Worker Model abgelöst, wobei der unbezahlten Care- und Reproduktionsarbeit der Frauen weiterhin nicht Rechnung getragen wird (WALGENBACH/STACH 2015: 8). Aufgrund der neoliberalen Neuordnung von Staat und Ökonomie kann eine Erosion der Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre beobachtet werden, was zu einer Entgrenzung von Arbeit und Leben führt. Der Care-Bereich unterliegt immer mehr der neoliberalen Marktlogik und verursacht weltweit Care-Chains (Versorgungsketten). Bevölkerungsorientierte Familienpolitik und Gleichstellungsfragen werden unter den Auspizien von Humanressourcen, also einer neoliberalen Biopolitik behandelt. Die Förderung von „Top Girls“ und Elitenfeminismus und nicht die substantielle

Gleichstellung aller stehen hierbei im Vordergrund der biopolitischen Machttechnologien (vgl. MCROBBIE 2010). Die Umdeutung feministischer Ideale – wie Selbstbestimmung, Empowerment oder Unabhängigkeit – in ökonomisch verwertbaren Eigenschaften wie Flexibilität, Mobilität oder individueller Eigenverantwortung führen zur Legitimation des strukturellen Umbaus der neoliberalen Gesellschaft (vgl. WALGENBACH/STACH 2015: 8f.).

Aus staatstheoretischer Perspektive kann eine autoritäre Wende beobachtet werden. Joachim Hirsch, der die Regulationstheorie mit den historisch-materialistischen Staatstheorien von Gramsci und Poulantzas verbindet, konstatiert eine sicherheitspolitische Wende und eine Erosion der sozialen Grundlage des Staates. Der Modus der Massenintegration des Fordismus wurde durch selektive materielle Zugeständnisse auf Kosten marginaler Gruppen und die Politiken der korporatistischen Integration verantwortungsvoller Gewerkschaften und Parteien reorganisiert (JESSOP 2018: 81). Parlamente wurden zunehmend zu Mechanismen, um makrosoziale Probleme in politische Fragestellungen zu verkleinern. Dieser Transformationsprozess umfasste sowohl die Durchkapitalisierung als auch die Durchstaatlichung der Gesellschaftsformation (ebd.). Der Sicherheitsstaat des Fordismus wurde auf der Suche nach neuen Akkumulationsmöglichkeiten des Kapitals zum „nationalen Wettbewerbsstaat“ (vgl. BRAND 2018). Ideologische Apparate und die Zivilgesellschaft spielen hierbei eine entscheidende Rolle bei dieser Suche.

Der Rahmen des internationalen Wettbewerbs, der kapitalistischen Globalisierung und die Orientierung am Wachstum und Akkumulation von Kapital werden als reale Sachzwänge dargestellt (BRAND 2018: 138). Im Zuge dessen wurden Geld- und Kapitalmärkte liberalisiert und dereguliert. Der Staat zeigt vor allem im Postfordismus seinen komplexen und widersprüchlichen Charakter. Autoritäre Maßnahmen im „Überwachungskapitalismus“ (ZUBOFF 2018) werden nationalstaatlich durchgesetzt, Maßnahmen zur Wettbewerbssicherung, Deregulierung, und Liberalisierung im Sinne des Akkumulationsregimes werden hingegen mittels Global Governance zum Sachzwang deklariert. Das Strukturprinzip einzelstaatlicher politischer Organisation diene als Voraussetzung globaler Akkumulation und der Regulation der Klassenverhältnisse. Transnationale Firmen unterliefen einerseits die Struktur des Staatensystems und benötigten andererseits eben diese Einzelstaaten zur Formulierung und politischen Absicherung ihrer Interessen (BRAND 2018: 144). Auch der Staat wurde im Postfordismus von den neoliberalen Leitprinzipien „Effizienz“ und „Konkurrenzfähigkeit“ getrieben. Öffentliche Einrichtungen wie Universitäten, Krankenhäuser und Pflegeheime oder soziale Errungenschaften des Roten

Wiens wie z.B. „der Gemeindebau“ wurden im Zuge des Postfordismus marktwirtschaftlich umstrukturiert. Aus den sozialen Elementen des Wohlfahrtsstaates hat sich der postfordistische Staat weitestgehend zurückgezogen. In den Bereichen Migrations-, Militär-, oder Sicherheitspolitik kann hingegen eine deutliche Zunahme von staatlichen Aktivitäten beobachtet werden (BRAND 2018: 145). Die formellen Staatsapparate griffen zur Absicherung ihrer jeweiligen Projekte auf Wirtschaftsverbände und das Top-Management der weltmarktorientierten Unternehmen zurück (ebd.: 146). Diese „Privatisierung von Politik“, die in der Governance-Debatte als „Öffnung des Staates“ begrüßt wurde, wertet den Einfluss privater, am neoliberalen Markt erfolgreicher Akteure auf und führt zur Abwertung demokratisch-institutionalisierter Willensbildungs- und Entscheidungsmechanismen (ebd.). Der Staat wurde dadurch nicht obsolet, sondern es erfolgte eine Stärkung der dominanten Klassen gegenüber den Lohnabhängigen, wobei innerhalb des Machtblocks das Finanzkapital die Hegemonie gewann (vgl. BRAND 2001). Der nationale Wettbewerbsstaat im Postfordismus (bzw. im „disziplinierenden Neoliberalismus“) sichert durch hochgradig machtförmige Kämpfe und Überwachungstechnologien den Akkumulationsprozess ab (vgl. ebd.). International abgesichert werden neoliberale (Verfassungs-)Vorstellungen über einen „globalen Konstitutionalismus“, demzufolge die zentrale Orientierung internationaler Politik in der Sicherung des Privateigentums besteht (ebd.). Dies spiegelt sich bzw. verdichtet sich in Institutionen wie der WTO oder der Weltbank.

Aus diesen hier beschriebenen Regulationsmodus der kapitalistischen Weltordnung verfestigten sich nicht nur die ungleichen Nord-Süd-Beziehungen, sondern auch soziale Disparitäten innerhalb der Gesellschaften des Globalen Nordens. Mit der fortschreitenden ökonomischen Internationalisierung und der sie begleitenden neoliberalen Politik hat sich also eine Debatte um die Folgen der kapitalistischen Globalisierung entsponnen. Neben einer positiven Erwartungshaltung, Globalisierung würde Menschenrechten, Demokratie und Wohlstand zu weltweiter Verbreitung verhelfen, führten Berichte über menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, Kinder- und Sklavenarbeit in der Dritten Welt oder mit den Zwängen internationalen Wettbewerbs begründete Kürzung von Sozialleistungen und Löhnen in den Hochlohnstandorten des Globalen Nordens zu einer wachsenden Aufmerksamkeit für die negativen Folgen. Festzuhalten ist: die Arbeitsbedingungen weltweit, aber vor allem im Globalen Süden sanken (vgl. EHMKE et al. 2009: 12).

Die „vier Entwicklungsdekaden“ der U.N. die sich explizit gegen diese verheerenden Arbeitsbedingungen wenden und soziale Verwerfungen thematisieren werden nun im Kontext des Diskurses um eine NWWO beschrieben.

#### **4.2 Entwicklungsdekaden und die „Neue Weltwirtschaftsordnung“**

Vor diesen – in den letzten Kapiteln aufgezeigten – historischen, wirtschaftlichen und geopolitischen Hintergrund kann der Diskurs um eine NWWO kontextualisiert und der Prozess der intentionellen Verdichtung der UNCTAD erklärt werden. Nun werden die sechs Entwicklungsdekaden (vgl. STOCKMANN/MENZEL/NUSCHELER 2016) vorgestellt, um den Rahmen des Diskurses um eine NWWO analytisch präziser und aus entwicklungstheoretischer Perspektive nachzeichnen zu können. Bevor ich darauf eingehe, ist es wichtig den Beginn der Klassifizierung von „entwickelten“ und „unterentwickelten“ Menschen bzw. Staaten zu erwähnen.

„More than half the people of the world are living in conditions approaching misery[...].Their poverty is a handicap and a threat both to them and to more prosperous areas[...].I believe that we should make available to peace-loving peoples the benefits of our store of technical knowledge in order to help them realize their aspirations for a better life[...] What we envisage is a program of development based on the concepts of democratic fair dealing[...] Greater production is the key to prosperity and peace. And the key to greater production is a wider and more vigorous application of modern scientific and technical knowledge.“ (Amtsantrittsrede von Henry Truman aus dem Jahr 1949, zit. in ESCOBAR 1995: 3).

Die(se) Amtsantrittsrede vom damaligen US-Präsidenten Truman kann vor dem Hintergrund des Kalten Krieges auch als Konkurrenzkampf der Modernisierungs- bzw. Entwicklungsmodelle gedeutet werden (vgl. FISCHER et al. 2004: 15). Wie das Zitat deutlich zeigt wird Modernisierung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ausschließlich im Lichte von Wirtschaftswachstum, (liberaler) Globalisierung, technologischen „Fortschritt“ und mit paternalistischen Zügen gezeigt, verstanden und verbreitet (STOCKMANN/MENZEL/NUSCHELER 2016: 1). Dieser Paternalismus und Drang zur Missionierung sah man anhand der Truman-Doktrin und der US-amerikanischen Pflicht, die „unterentwickelten“ und Armen durch die Liberalisierung der Volkswirtschaft, Wirtschaftshilfen und durch die Implementierung des westlichen Wachstumsmodells zu unterstützen (GOMES et al. 2003: 13ff.).<sup>34</sup> In den unterschiedlichen Entwicklungsdekaden

---

<sup>34</sup> „Der Glaube an die universelle Wiederholbarkeit des westlich-kapitalistischen Entwicklungswegs erzielte bei den Eliten der armen und reichen Länder allgemeinen Konsens.“ (STOCKMANN/MENZEL/NUSCHELER 2016: 435).

wurden verschiedene Ansätze zur Verkleinerung der Armut und der Schere zwischen Arm und Reich entwickelt, die allesamt keine deutliche Verbesserung der Lebenslagen der breiten Bevölkerungsschicht des Globalen Südens mit sich brachten. Sogar das Gegenteilige ist oftmals der Fall: für Sozialwissenschaftler\*innen wie Thomas Roithner stellen gewisse Strategien der Armutsbekämpfung, der Entwicklungshilfe oder der humanitären Interventionen ein trojanisches Pferd einer neoimperialen Ordnung dar (ÖSFK 2009; vgl. auch PERKINS 2005).<sup>35</sup>

Der Begriff der Entwicklung gewann in den Sozialwissenschaften eine hohe Popularität und fand Eingang in den Konzepten und Theorien von Karl Marx (Ökonomischer Determinismus), Comte (Positivismus, mathematischer Materialismus), Spencer (Sozialdarwinismus) oder Toynbee (historische Kulturtheorie) (vgl. STOCKMANN/MENZEL/NUSCHELER 2016: 1). Seit dem 19. Jh. dient der Begriff für die Übertragung westlicher, wirtschaftlicher, kultureller, sozialer und politischer (und imperialer) Lebensweisen auf außereuropäische Gesellschaften (vgl. ACOSTA 2019 et al.). Die christliche Auffassung von der Welt als Heilsgeschichte wird durch einen säkular definierten Entwicklungsbegriff ersetzt, der „dem Globalen Süden“ eine nachholende Entwicklung und damit Teilhabe an der westlichen „imperialen Lebensweise“ (BRAND/WISSEN 2016) bzw. am westlichen Konsum- und Wohlstandsmodell verspricht (STOCKMANN/MENZEL/NUSCHELER 2016: 1). Auch der Begriff „Entwicklungsdekade“ muss definiert werden.

„Entwicklungsdekade“ ist ein Begriff der internationalen Entwicklungspolitik und bezeichnet eine Periode von zehn Jahren, in denen Ziele der U.N. verwirklicht werden sollen, bzw. bezeichnet es ein idealtypisches, theoretisches Paradigma (und Ideologie), welches sich hegemonial zum Mainstream durchgesetzt hat (vgl. ebd.: 18ff.). Als ursprüngliches Leitbild diente die Industrialisierungsgeschichte Europas (ebd.: 435). Die Formationsphase der 1940er, die vom Keneysianismus und einer Ost-West sowie Nord-Süd Konfliktdimensionen geprägt war und die Pionierphase der 1950er, die geprägt war von einem Denken eines linearen Wirtschaftswachstums und Steigerung der Arbeitsproduktivität (ebd.: 73; 88) wurden bereits in den vergangenen Kapitel zum Teil angeschnitten und werden hier ausgelassen. Der Fokus liegt daher auf den vier Entwicklungsdekaden der U.N. Diese Zeiteinteilung der U.N. in Dekaden ist als politische Deklaration zu verstehen und ist nicht zu verwechseln mit der analytischen und sozialwissenschaftlichen Klassifizierung der Regulationstheorie (siehe Tabelle 1. auf S.29).

---

<sup>35</sup> Von 1971 bis 1981 war John Perkins als verdeckter „Economic Hit Man“ im Auftrag der USA unterwegs, um mit großen Geldsummen Länder aus dem Globalen Süden in ein Netzwerk bestehend aus IWF und u.a. der Weltbank und somit in eine finanzielle und politische Abhängigkeit zu treiben (vgl. PERKINS 2005).

Die „Erste Entwicklungsdekade“ von 1961-1970 markiert eine Periode, in der das Ziel verfolgt wurde weniger industrialisierte Staaten mittels Wirtschaftswachstum, internationale „Fördergelder“ (Trickle-Down-Effekt) und einer Industrialisierung nach westlichen Vorbild, stärker an dem kapitalistischen Weltmarkt zu integrieren (STOCKMANN/MENZEL/NUSCHELER 2016: 435). Dieser Prozess wurde von einem großen Optimismus begleitet, welcher in der Vorstellung begründet war, dass Entwicklung durch Nachahmen und Aufholen (nach westlichem Vorbild) für alle machbar und wünschbar sei (ebd.: 434). Auf Initiative von John F. Kennedy wurde am 19. Dez. 1961 die erste Entwicklungsdekade proklamiert. 1964 wurde die United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) durch Beschluss der UN-Vollversammlung, unter dem Dach der Vereinten Nationen mit Sitz in Genf als entwicklungspolitische Ergänzung zum General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), institutionalisiert (ebd.). Diese Maßnahmen resultierten jedoch in der Förderung regionaler Eliten („Kompradorenbourgeoisie“)<sup>36</sup> und einer Vergrößerung der Disparität (zwischen Armen und Reichen). Strukturelle Veränderungen im egalitären Sinne blieben aus und die Armut stieg in gewissen Staaten sogar an (vgl. ebd.: 90; 437). Zu dieser Erkenntnis kam der Pearson-Report (1969), der vom ehemaligen kanadischen Premierminister und Friedensnobelpreisträger Lester B. Pearson verfasst und von der Weltbank beauftragt wurde. Heute wird diese Debatte unter dem Begriff „Good Governance“ unter neoliberalen Auspizien thematisiert (ebd.: 437). In Summe zeigte der Bericht, dass die bisherige Entwicklungsstrategie weitgehend gescheitert war. So kam es zu einer Neuausrichtung, bzw. Adjustierung der bisherigen Entwicklungsziele und Strategien.

Die „Zweite Entwicklungsdekade“ von 1971 bis 1980 kann als Antwort auf die Erste betrachtet werden. Lateinamerikanische Dependenztheorien thematisierten stärker die strukturellen Aspekte des kolonialen Erbes und die Prebisch/Singer-These erhielt eine weitere Bestätigung (Kap. 5.2.2). Dieser These nach betreiben die zwei Wirtschaftsräume der Industrienationen und der Staaten des Globalen Südens eine Arbeitsteilung gemäß dem neoklassischen Modell des komparativen Kostenvorteils (David Ricardo), wobei beide Seiten nicht gleichmäßig vom Außenhandel profitieren (STOCKMANN/MENZEL/NUSCHELER 2016: 109ff.). Die These geht davon aus, dass Industrieländer typischerweise Fertigwaren exportieren und Primärgüter (Rohstoffe) importieren, während Staaten des Globalen Südens genau umgekehrt Primärgüter

---

<sup>36</sup> Nicos Poulantzas definiert die Kompradorenbourgeoisie als Vermittler des ausländischen Kapital und Systemerhalter des Kolonialismus (KANNANKULAM/WISSEL 2005: 1136ff.). Mit diesem Begriff möchte ich zeigen, dass regionale Eliten ein Interesse an der Weltmarktintegration haben bzw. mit TNKs oder Institutionen der kapitalistischen Globalisierung verbunden sind.

exportieren und Fertigwaren importieren. Die Folgen für Staaten des Globalen Südens: sinkende Importkapazitäten, wachsende Zahlungsbilanzprobleme und zu geringe Einkommen in den Exportsektoren (ebd.: 110). Während sich Prebisch und Singer im Rahmen neoklassischer Theorien bewegen, gehen Paul Baran, Paul Sweezy, Harry Magdoff, Leo Hubermann, Andre Gunder Frank, Samir Amin, Giovanni Arrighi und Christian Palloix von einer neoimperialistischen bzw. neomarxistischen Gegenposition aus. Sie sprechen von einer „Entwicklung der Unterentwicklung“ und machen nicht innergesellschaftliche, kulturelle oder gar mentale, sondern außergesellschaftliche, vor allem außenwirtschaftliche Faktoren für die Entwicklungsprobleme des Globalen Südens verantwortlich (ebd.: 113). Aufgrund der europäischen Expansion in Übersee kam es zum Transfer von Surplus aus den Kolonien, sodass vorkapitalistische Strukturen im Globalen Süden aufrechterhalten wurden (ebd.).<sup>37</sup> Diese Positionen werden detaillierter im Kap. 5.2.2 analysiert.

Die U.N. wandte sich in dieser Dekade stärker den Bedürfnissen und Grundbedingungen der Staaten des Globalen Südens zu. Deswegen wurde sie als Dekade der Grundbedürfnisstrategie bezeichnet (ebd.: 438). Die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Beschäftigung, Wohnen und Bildung sollte durch Wirtschaftswachstum erzielt werden. So formulierte der Weltbankpräsident Robert McNamara im ersten Jahr der Ölkrise (1973) einen Ansatz einer Grundbedürfnisstrategie, der auf den Pearson-Bericht zurückgeht:

„The basic problem of poverty and growth in the developing world can be stated very simply. The growth is not equitably reaching the poor. And the poor are not significantly contributing to growth“ (MCNAMARA 1973: 5).

Der auf Wachstum basierende Ansatz der 1960er wurde nicht überdacht, sondern lediglich durch eine Forderung nach einer gerechteren Verteilung der Wachstumschancen ergänzt. Zwar zeigten verschiedene Studien (MEADOWS et al. 1972; BARNEY 1980) die düsteren Prognosen und Umweltprobleme die auf die Menschheit zukommen werden, die aufgrund unserer gesellschaftlichen Naturverhältnisse verursacht wurden, aber dennoch hielt man an das BIP-orientierte Wirtschaftswachstum fest.

Die „Dritte Entwicklungsdekade“ von 1981 bis 1990 kann mit dem Worten: „more of the same“ zusammengefasst werden. Der Fokus blieb weiterhin auf den zwei Säulen

---

<sup>37</sup> Diese Argumentation war das eigentliche Leitmotiv im linken Spektrum des entwicklungstheoretischen Ansätze und Debatten der 1970er mit weitreichender Ausstrahlung in das bürgerliche und vor allem kirchliche Lager (STOCKMANN/MENZEL/NUSCHELER 2016: 113).

Wirtschaftswachstum und Lohneinkommenserhöhung, obwohl 1983 die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED) von der U.N. ins Leben gerufen und der Brundtland-Bericht (HAUFF 1987) mit seiner Definition von „nachhaltiger Entwicklung“ veröffentlicht wurde. Eine intergenerative ökologische Gerechtigkeit (Generationengerechtigkeit) ist seitdem Bestandteil aller danach vereinbarten internationalen Umweltvereinbarungen. Rhetorisch bewegte man sich in Richtung Nachhaltigkeit und Klimaschutz, praktisch gesehen hielt man jedoch am BIP-orientierten Wirtschaftswachstum fest.

Der, von der Weltbank in Auftrag gegebene und unter der Leitung von Willy Brandt von der Independent Commission on International Development Issues erarbeitete, Bericht („Brandt-Report“) stellte die Tatsache fest, dass die Armut weiter wuchs, vor allem in Ländern die ohnehin von der Armut geprägt waren (vgl. BRANDT 1980; vgl. Kap. 5.2.5). Neoliberale Kritiker warfen dem Report vor er habe das Versagen des Staates, die Macht und Korruption von inkompetenten Bürokratien und die Behinderung von Marktkräften zu wenig berücksichtigt (vgl. STOCKMANN/MENZEL/NUSCHELER 2016: 441). Die Lösung wurde in folgenden neoliberalen Prinzipien gesucht: Entstaatlichung, Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung (vgl. NUSCHELER 1992: 41). Diese Prinzipien haben sich hegemonial durchgesetzt und institutionell (WTO, Weltbank etc.) verdichtet. Diese wurden in der Entwicklungsgeschichte auch als „Washington Consensus“ zusammengefasst. Der „Konsens von Washington“ wurde als Begriff von John Williamson geprägt und beschreibt strukturelle Anpassungsstrategien bzw. Anpassungsprozesse, die IWF und Weltbank den verschuldeten Ländern verordnet hatten (STOCKMANN/MENZEL/NUSCHELER 2016: 441). Zu den Strukturanpassungsmaßnahmen zählen bis heute: Haushaltsdisziplin (ein schöneres Wort für Austeritätspolitik), Steuerreformen (im Grunde Steuersenkungen zugunsten reicher Akteur\*innen), Zinspolitik (ausländisches Kapital anziehen), Handelsliberalisierung (im Grunde Investitionsschutzgesetze), Förderungen ausländischer Investitionen (Senkung der Arbeiter\*innenrechte), Privatisierung vormals öffentlicher Einrichtungen, Deregulierung (Abbau staatlicher Einflussnahme), Stimulierung von (Kapital)Akkumulation und (Wirtschafts)Wachstum (ebd.; vgl. CHOMSKY 2015). Es dreht sich in dieser Dekade alles um die „Magie des Marktes“ (ebd.). Obwohl die Industrieländer ihre protektionistischen Barrieren, vor allem im Agrarsektor, nur zögerlich abbau(t)en, verkündeten die Propheten des „freien Welthandels“ das Theorem des komparativen Kostenvorteils (vgl. NUSCHELER 2005: 83). Diese Anpassungsmaßnahmen wurden formal von den Regierungen in so genannten Absichtserklärungen dem IWF vorgelegt, sodass der Schein der Freiwilligkeit und

Eigenverantwortung gewahrt bleibt (STOCKMANN/MENZEL/NUSCHELER 2016: 442; vgl. PERKINS 2005). Die, durch diese neoliberale Schocktherapie (vgl. KLEIN 2007) der Strukturanpassungsprogramme ausgelösten Auswirkungen verschlimmerten in vielen Fällen die Lage für die Mehrheit der Menschen in den Entwicklungsländern (vgl. SIEBOLD 1995; CHOSSUDOVSKY 2002; FRITSCH 2004; STIGLITZ 2004 zit. in STOCKMANN/MENZEL/NUSCHELER 2016: 443). Aufgrund des Versagens dieser neoliberalen Strategie und aufgrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion resultierte eine Notwendigkeit einer Neuausrichtung der internationalen Ordnung. Vor diesen geopolitischen Hintergrund brach mit dem Beginn der 1990er-Jahre die vierte Entwicklungsdekade an.

Erst mit der „Vierten Entwicklungsdekade“ von 1991 bis 2000 wurde das Prinzip des Wirtschaftswachstums kritischer betrachtet. Diese Veränderung geht einher mit dem neuen Regulationsmodus der kapitalistischen Zentren, welcher auf Nachhaltigkeit setzt. Der Fokus lag daher auf den – vom kapitalistischen Weltmarkt verursachten – Umweltschäden wie etwa: Raubbau, dem Anlegen von Monokulturen (Cash-Crops), Verschmutzung von Flüssen, Seen und Weltmeere aufgrund der Erdölindustrie und der Vergrößerung des Ozonlochs aufgrund der zunehmenden CO<sub>2</sub>-Emissionen, um nur einige wenige zu nennen. Mit der U.N. Conference on Environment and Development (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 und der Verabschiedung der Agenda 21 erhielt das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung einen explizit zivilgesellschaftlichen Bezug. Neben der „horizontalen Integration“ der drei Zieldimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales, die bereits in der Stockholm Konferenz angestrebt wurde, und der „intergenerationalen Integration“ zwischen den Bedürfnissen der heutigen und zukünftigen Generationen, die vor allem der Brundtland-Bericht hervorhob, stellt nun noch die „vertikale Integration“ zwischen der lokalen (Handlungs-)Ebene und der internationalen (Steuerungs-) Ebene das dritte Standbein des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung dar (STOCKMANN/MENZEL/NUSCHELER 2016: 447). Auf der Konferenz in Rio de Janeiro 1992 wurde nachhaltige Entwicklung mit wirtschaftlichen und sozialen Aspekten gedacht. Demnach inkludiert nachhaltige Entwicklung die Bekämpfung von Armut, eine „angemessene Bevölkerungspolitik“ (Biopolitik), die Verringerung und der Abbau nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsweisen und die umfassende Einbeziehung der Bevölkerung in politischer Entscheidungsprozesse (ebd.). Die neuen Dekaden die darauf folgten stehen mit ihren Millenniumszielen ebenfalls im Zeichen des neuen „grünen“ Regulationsmodus und im Zeichen nachhaltiger Entwicklung. Diese werden seit den Terroranschlägen vom 11. Sept. 2001 jedoch durch eine konträr laufende, sicherheitspolitische Komponente ergänzt, die bis heute

nicht an Bedeutung verloren hat (ebd.: 448). Konzepte wie „Green New Deal“ (EU KOMMISSION 2019) zeigen die Kontinuität des „konsumistischen Zirkels“ (HIRSCH 1998), bzw. des „Produktivismus“ (LIPIETZ 1992) im Postfordismus, auch wenn eine Veränderung der Konsumstrukturen zu verzeichnen ist (SCHACHTSCHNEIDER 2002: 173). Der Konsum wird nicht rückläufig – wie es Ansätze der Degrowthbewegung fordern (LATOUCHE 2010), sondern modifiziert sich entsprechend dessen Gesellschaftsstruktur in Richtung stärkerer Differenzierung und Segregation (SCHACHTSCHNEIDER 2002: 173):

„Trotzdem bleibt der Massenkonsum ein bestimmendes Merkmal des postfordistischen Kapitalismus. Die Konsummuster und damit auch die Lebensweisen werden aufgrund materieller Ungleichheiten und einer Verkaufsstrategie, die drohenden Marktsättigungen durch ein ‚individualisierende‘ Vervielfältigung des Warenangebotes begegnen will, zunehmend unterschiedlicher. Möglich wird diese Differenzierung durch die postfordistische Flexibilisierung der Massenproduktion, die die Unternehmen in die Lage versetzt, das Immergleiche in unzähligen Designvarianten anzubieten.“ (HIRSCH 1998: 116).

Diese Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Akkumulationsregimes spiegelt sich auch in der gleichzeitigen Forderung nach mehr Wirtschaftswachstum und nach ökologischer Nachhaltigkeit in der SDG-Zielsetzungen der U.N. wieder (vgl. die SDG Ziele 8 und 12 der Agenda 2030, UNRIC 2021). Das heutige Konzept der „Green Economy“ stellt ebenfalls ein Oxymoron dar, da es gleichzeitig die ökonomische, ökologische und soziale Krise der Armut mit sich widersprechenden Mitteln, nämlich Wirtschaftswachstum und intergenerative Nachhaltigkeit zu lösen versucht (vgl. BRAND/LANG 2019: 57). Dieser Gedanke wird im Ausblick (Kap. 6.1) noch näher expliziert.

Mit diesen skizzenhaften Vorstellungen der einzelnen Entwicklungsdekaden habe ich versucht den Entwicklungskontext und Entstehungsgrund des Diskurses um eine NWWO innerhalb des institutionellen Rahmens der U.N. zu analysieren.

#### **4.3 Zwischenfazit – NWWO als analytische Kategorie**

„Die unterdrückte Weltordnung von gestern bedingt die Forderung eines Entwicklungsvölkerrechts im Werden von heute“ (BORGSMIDT 1998: 61)

Wie bereits erwähnt (Kap. 3.1) gehe ich davon aus, dass der Begriff der NWWO sowohl als analytische als auch normative Kategorie verwendet werden kann. Mit anderen Worten: die deskriptive Analyse der Herrschaftsverhältnisse ging mit dem Wunsch nach einer normativen Veränderung der internationalen Beziehungen einher. Aus der Perspektive der G77 beschreibt

der Begriff der NWWO und die Etablierung der UNCTAD einen Bruch mit einer historischen Konstante (Kolonialismus; Imperialismus; neorealistic Geostrategie; Postkolonialität). Das dadurch entstandene Entwicklungsvölkerrecht (Soft Law Corpus) stellt einen Protest gegen die Kolonialzeit und deren Folgen dar (BORGSMIDT 1998: 61). Mit der deskriptiv-analytischen Beschreibung der historischen Entwicklung der kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsweise – samt der globalen Macht- und Herrschaftsverhältnisse (angefangen vom Kolonialismus und Imperialismus) bis hin zum Wachstums- und Modernisierungsmodells des Fordismus und den vier Entwicklungsdekaden der U.N. – wurde gleichzeitig der Begriff der NWWO als eine analytische Kategorie beschrieben. Es beschreibt jene „alte“ bzw. hegemoniale Weltwirtschaftsordnung wogegen die NWWO-Forderungen protestierten und weshalb Reformvorschläge anvisiert wurden. Die kritische Gesellschaftsanalyse der herrschenden Verhältnisse, abgeleitet aus der analytischen Dimension des Begriffs der NWWO, hat emanzipative Bewegungen und Ansätze sichtbar gemacht und Impulse für Strategiedebatten gegeben (vgl. Ansätze einer solidarischen Lebensweise, BRAND et al. 2000: 164f.).

Der Begriff der NWWO als analytische Kategorie erklärt darüber hinaus warum die Verhandlungen der UNCTAD und die reale Umsetzung von Präferenzen und Verträgen so schwerfällig und teilweise widersprüchlich ausgegangen sind. Schwierigkeiten bei den Verhandlungen um eine NWWO ergaben sich aufgrund des fehlenden Vertrauens der Beteiligten, der ungleichen Verhandlungsposition (Machtgefälle), der konträren Zielsetzungen der einzelnen Regionen und Staaten (Geopolitik) und nicht zuletzt aufgrund der verschiedenen Vorstellungen über die Vergangenheit (Kolonialismus), der Gegenwart (Postkolonialität) und der Zukunft (Substantive Gleichstellung vs. Aufrechterhaltung des Status quo (vgl. ROTHSTEIN 1979: 10f.).

„In the context of North-South relations in which interdependence has historically been primarily a euphemism for asymmetrical dependence, the oil crisis and fear of potential resource conflicts may seem to have created the basis for a more symmetrical – a less unequal – bargaining relationship. (...) Pluralists systems tend to favor the interests of large, powerful groups that can organize effectively. The interests of the poor and weak can easily be left aside. (...) [C]onservative countries (USA, Japan, West Germany) appeared to feel economically and ideologically threatened by Third World demands, and they insisted that concessions that might

undermine existing rules of the game hat do be resisted – unless of course, they could be shown to be in the interest of the conservatives countries. (ebd.: 11; 14; 23 Herv. durch den Autor).<sup>38</sup>

Die analytische Dimension des Begriffs der NWWO zeigt, dass die internationalen Rahmenbedingungen und Institutionen sowie die herrschende Ideologie (zB der „Washington Consensus“; Reagan Doctrine)<sup>39</sup> darauf ausgerichtet waren (und noch immer sind) die westliche imperiale Lebensweise aufrecht zu erhalten.<sup>40</sup> Die weltweite soziale Ordnung unterliegt einer Herrschaftslogik die mit ideologischen und geostrategischen Kämpfen einhergeht. Man denke hierbei nur an die Reagan-Doktrin der 1980er, also an die Zeit des Kalten Krieges (siehe insbesondere PRATT 1987), oder an den neoimperialistischen bzw. neorealistischen Interventionismus der USA nach dem Fall der Mauer (vgl. ACHARYA 1992). Die Analyst\*innen des CIA finanzierten Think Tanks „Rand Cooperation“ publizierten bislang einige Beiträge mit dem Appell die westliche imperiale Lebensweise und die nationalen Interessen der USA mittels militärischer Macht durchzusetzen bzw. aufrechtzuerhalten (vgl. PAUKER 1977; JOHNSON 1962; KELLY/DOBBINS et al. 2014; ROSENAU 2001). Auch Institutionell wurde diese Lebensweise aufrechterhalten und stabilisiert, auf Kosten einiger Staaten des Globalen Südens (vgl. PERKINS 2005). Diese Taktiken erinnern an die merkantile, monopolkapitalistische Handelspolitik des kolonialen bzw. imperialen Zeitalters (vgl. BORGSMIDT 1998: 61-68).

Aus Perspektive der historisch-analytischen Annales-Schule kann festgehalten werden: Die Forderungen und akademischen Debatten rund um eine NWWO (Kap. 5) können z.T. aus diesem historischen Kontext abgeleitet werden, da die strukturelle Abhängigkeit des Globalen Südens vom Globalen Norden und dem Weltmarkt darin beschrieben und kritisch reflektiert wurden. Die „Entwicklung der Unterentwicklung“ wurde mit Hilfe der Annales-Schule (BRAUDEL 1980; 1981) und die Aufrechterhaltung bzw. relative Stabilität der hegemonial etablierten ILW bzw. kapitalistischen Weltordnung wurde mit Hilfe der Regulationstheorie

---

<sup>38</sup> Conservatives countries followed a strategy of „trying to keep the lid down on a boiling pot“. Tactics included delay, ambiguous verbal concessions, and minimal concessions that might split some of the developing countries away from the others (ROTHSTEIN 1979: 24).

<sup>39</sup> Seit dem 15. Jh. war die herrschende Ideologie der Merkantilismus (koloniale Monopolpolitik), die seit dem 19. Jh. durch die Freihandelslehre von Adam Smith (1723-1790) abgelöst wurde. Die Freihandelslehre dient als Grundlage für GATT und hat sich institutionell mit Hot Springs (1942), Bretton Woods (1944) und der „Atlantik-Charta“ (1941) in Form des IWF, der Weltbank und der FAO zu einer „wirtschaftspolitischen Weltordnung“ verdichtet (vgl. BORGSMIDT 1998: 29).

<sup>40</sup> Die EU Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen deklarierte die Verteidigung des „European way of life“ und meinte im Grunde die Verteidigung der westlichen imperialen Lebensweise, die Promotion „freier Märkte“ auf Kosten des Globalen Südens sowie den neoliberalen Abbau wohlfahrtstaatlicher Einrichtungen (vgl. TECHET 2019).

(Akkumulationsregime und Regulationsmodi) analytisch erfasst. Mit dem Aufzeigen dieses geschichtlichen Kontextes wurde die analytische Dimension der NWWO rekonstruiert.

Im nächsten Schritt werde ich auf die Ambitionen der Veränderungen, die im Zuge der UNCTAD und der NWWO aufgekommen sind eingehen. Konkret gesprochen gehe ich auf die Forderungen, Reformen, Resolution und Diskurse der NWWO genauer ein. Somit komme ich zur normativen Dimension des Begriffes der NWWO.

## **5. Forderungen, Reformen, Resolutionen und Diskurse der NWWO**

In diesem Kapitel gehe ich auf die zentralen Forderungen der G77 Staaten bzw. des Globalen Südens ein, die im Rahmen der NWWO bzw. im institutionellen Rahmen der UNCTAD diskutiert wurden. Es wäre unmöglich alle Themen rund um die NWWO – wie etwa Brain Drain, Strukturanpassungsprogramme, Agrar- und Ernährungspolitiken, Seerechte, auswärtige Beziehungen, Militärhilfe(n), unsichtbare (Finanz-)Transaktionen sowie Staatsschuldenerlass(e) im Rahmen dieser begrenzten Forschungsarbeit – zu analysieren. Daher fokussiere ich mich auf Aspekte der Außenorientierung, Abhängigkeiten von Weltmarktmechanismen, imperiale Rohstoffe (insbesondere auf Erdöl) sowie auf den technologischen Transfer. Darüber hinaus werden die zentralen Forderungen der NWWO, also die Forderungen nach mehr Partizipationsrechte und Selbstbestimmung sowie das Konzept der Collective Self-Reliance (CSR) analysiert. Beginnen möchte ich mit einem Überblick über die zentralen Forderungen und Reform(vorschläge) die sich aus den UNCTAD Konferenzen ergeben haben.

### **5.1 Zentrale Forderungen und Reformen**

Nach dem Erlangen der politischen Unabhängigkeit entstand zwar eine formelle Unabhängigkeit, dennoch blieb eine strukturell bedingte Abhängigkeit der Staaten des Globalen Südens fortbestehen (vgl. Kap. 4). Eine Abhängigkeit die mit der internationalen Arbeitsteilung und dem kapitalistischen Weltmarkt in Verbindung steht (vgl. BORGSMIDT 1998: 67f.). Diese Problemstellung wurde bereits aus einer postkolonialen Perspektive erwähnt (vgl. Kap. 4.1.1. und Kap. 4.1.2). Um nicht nur eine politische, sondern auch wirtschaftliche und kulturelle Unabhängigkeit zu erlangen, setzten sich die Staaten des Globalen Südens im Rahmen der UNCTAD zusammen und beschlossen eine Schlussakte (UNCTAD I) worin eine neue internationale Arbeitsteilung mit 15 „allgemeinen“ und 13 „besonderen“ Prinzipien festgelegt wurde (ebd.: 76). Laut einer Auflistung von UNITAR können die Prinzipien der NWWO wie folgt beschrieben werden (BORGSMIDT 1998: 82f.):

- Pflicht der Staaten zur Zusammenarbeit für Entwicklung
  - Es geht hierbei um eine Zusammenarbeit auf wirtschaftlichen Gebieten, auf der Basis der vollen, beständigen und unantastbaren Souveränität jedes Staates (HEINRICHS 1976: 51).
- Ständige Souveränität über Naturressourcen, wirtschaftliche Aktivitäten und Wohlstand
  - Freie Wahl der wirtschaftlichen Ordnungsprinzipien und die Sicherung der Einnahmen aus der Rohstoffausbeutung (HEINRICHS 1976: 50).
    - Buffer-Stock (Rohstofflager)
- Präferenzielle und nicht-reziproke Behandlung von Staaten des Globalen Südens
  - Die präferenzielle Behandlung soll als Ausgleich des kolonialen Erbes dienen
- Stabilisierung von Exporteinnahmen von Entwicklungsländern
  - Hierbei geht es zentral um die natürlichen Rohstoffe (vor allem Erdöl und Erdgas) die auf dem Weltmarkt abgesetzt werden.
    - Indexierung der Rohstoffpreise
- Anspruch von Entwicklungsländern auf Entwicklungshilfe
  - Geht einher mit einer Reform des internationalen Währungssystems (HEINRICHS 1976: 50).
  - Technologischer Transfer
- Partizipatorische Gleichheit von Entwicklungsländern in den IB
  - Hier wird der Ruf nach einer demokratischen Egalität in den zentralen Organisationen (IWF, Weltbank, U.N. etc.) laut.
- Gemeinsames Erbe der Menschheit
  - Der Schutz vor Kinderarbeit, Umweltschutzaufgaben und ähnliche Themen werden hier unter den Aspekten der Menschenrechte verhandelt.

Die Rechtsverbindlichkeit der NWWO-Charta ist umstritten, da sie aus der Sicht des Globalen Südens eine Charta mit rechtsverbindlichen Rechten und Pflichten darstellt, aus westlicher Sicht jedoch abgelehnt oder ignoriert wurde (BORGSMIDT 1998: 82). Angesichts der veränderten Praktiken der Großmächte, indirekte Gewaltausübung durch wirtschaftlichen Zwang anzuwenden, um nicht genehme Regierungen zu stürzen („*Regime Change*“)<sup>41</sup> oder

---

<sup>41</sup> Die USA hat eine lange und blutige Geschichte voller Sanktionen, Kriege, Coups, Terroraktionen in Lateinamerika zu verzeichnen und forciert ihre Strategie des Regimewechsels als neue Form des Interventionismus weiterhin. Trumps Berater Bolton äußerte sich öffentlich: „*Die Troika der Tyrannei – Kuba, Venezuela und Nicaragua – hat schließlich ihren Gegner gefunden.*“ (TEICHMANN 2019).

zumindest ihre Herrschaft zu destabilisieren, vertritt der Globale Süden die Auffassung, dass das Interventionsverbot auch die Ausübung wirtschaftlichen Zwangs erfassen sollte (ebd.: 88).

Jürgen Heinrichs schlussfolgert aus den Forderungen der NWWO-Charta:

„Mag man dem Prinzip der wirtschaftlichen Souveränität positive Aspekte abgewinnen können, so muss man doch zugleich die systematische Beschränktheit dieser Charta und damit der gesamten NWWO herausstellen. Und das in zweierlei Hinsicht: einmal, sofern sie sich allein auf den Staat als Träger wirtschaftlicher Rechte und Pflichten bezieht, und zum anderen, sofern sie, ohne eine Alternative, ein liberales Marktsystem [kapitalistische Produktions- und Wirtschaftsweise] für den internationalen Austausch von Gütern und Dienstleistungen zur Richtschnur macht.“ (...) Sie [die NWWO] ist kaum neu und ist vor allen Dingen keine neue Ordnung. Sie ist in erster Linie zu begreifen als eine – zeitgemäße – Form der Darstellung der Gegensätze, die dem bestehenden Wirtschaftssystem zugrunde liegen; sie ist in keiner Weise aber schon die Aufhebung dieser Gegensätze in einer neuen Ordnung“ (HEINRICHS 1976: 53; 55).

Weiters kann mit Heinrichs (1976: 55) bemerkt werden, dass die Forderungen der NWWO zum Teil für die Verwertungsstrategien des transnational agierenden Kapitals nützlich gemacht werden kann, da es zur Öffnung der Märkte und Liberalisierung des Handels kommt. Inwieweit nationale Eliten von dieser Charta profitieren, auf Kosten ausgebeuteter und unterdrückter Bevölkerungsschichten, wird ebenfalls von Heinrichs (ebd.) und wie wir später noch sehen werden von neomarxistischen Theoretiker kritisch hinterfragt. Genau das ist auch die Kritik vom Friedensforscher Dieter Senghaas (1977), der die Forderungen der NWWO, also den Drang des Globalen Südens in den Weltmarkt besser integriert zu werden (durch Wirtschaftswachstum, Liberalisierung und Schuldenerlasse) als „Konservatismus der Radikalen“ bezeichnet. Er ist ein Verfechter von Dissoziation, also dem eigenständigen Aufbau einer Wirtschaft, (Re-)Industrialisierung und einer weitest gehenden Unabhängigkeit vom Weltmarkt und daher kein Freund von Integrationist\*innen. Doch diese akademische Debatte wird uns im Verlauf noch näher beschäftigen. Nun möchte ich auf die Aspekte der Außenorientierung aus regulationstheoretischer Perspektive eingehen.

### **5.1.1 Außenorientierung, Abhängigkeit vom Weltmarkt und imperiale Rohstoffe**

Der Verkauf von Rohstoffen, die damit einhergehende Außenorientierung und die Abhängigkeit vom Weltmarkt und Importgütern – sind alles Charakteristika eines kapitalistischen Entwicklungsmodells das auch (Neo-)Extraktivismus genannt wird (vgl. BRAND 2016). Dies trifft insbesondere auf Staaten Lateinamerikas und Afrikas zu. Seit der

kolonialen Eroberung basiert die Wirtschaft Lateinamerikas auf der Ausbeutung von Rohstoffen, deren Nutzung im Lauf der Geschichte maßgeblich zum Wohlstand im Globalen Norden beigetragen hat. Die Folgen für den Globalen Süden: extraktive Industrien wie Bergbau, Erdöl und Agrobusiness sind verantwortlich für massive Menschenrechtsverletzungen, weisen eine verheerende soziale und Umweltbilanz auf und geben wenig Impulse für die lokale Ökonomie. Rohstoffreiche Länder sind in der Regel abhängig von äußeren Faktoren wie Weltmarktpreisen und leiden unter ungerechten Welthandelsstrukturen. Die Fixierung auf den Export einzelner Rohstoffe führt zudem dazu, dass andere Sektoren kaum ausgebeutet werden und ein Großteil der benötigten Gebrauchsgüter, wie z.B. Lebensmittel, importiert werden müssen (FORSCHUNGS- u. DOKUMENTATIONSZENTRUM CHILE-LATEINAMERIKA & ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG 2012: 7f.). Diesen Zusammenhang wurde mehrfach empirisch festgehalten und ging in die volkswirtschaftliche Lehre als „Holländische Krankheit“ (*Dutch Disease*) (vgl. CORDEN 1984) bzw. *Paradox of Plenty* ein (LYNN 1997).<sup>42</sup> Es handelt sich um ein volkswirtschaftliches Modell, welches die negativen Folgen des stark ansteigenden Rohstoffsektors (hauptsächlich Erdöl) auf den produzierenden Wirtschaftssektor beschreibt. Die Exporterlöse steigen rapide durch den Verkauf von Rohstoffen und daher kommen vermehrt ausländische Investitionen und Devisen ins Land. Das wiederum führt dazu, dass es zu einer realen Aufwertung der inländischen Währung kommt (Wechselkursmechanismus). Doch der Teufelskreis (oder *resource curse*) endet hier nicht. Da der Wechselkurs gestiegen ist werden Importe billiger, was die heimische Industrie und Landwirtschaft (bis auf den Rohstoffsektor) unter wirtschaftlichen Druck bringt. Da die heimische Produktion zu erodieren beginnt, werden Exporte weniger rentabel und so verschlechtert sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit. In Folge dessen entstehen Probleme der Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit vom Rohstoffpreis auf dem Weltmarkt, Rentenökonomien, patrimoniale politischen Systemen und im schlimmsten Fall ist sogar mit Ressourcenkriegen zu rechnen (vgl. OOMES/KALCHEVA 2007; LYNN 1997).

Aus regulationstheoretischer Perspektive weist diese Art der bürgerlichen Herrschaft in der kapitalistischen Peripherie zwei Aspekte auf: Extraversion und strukturelle Heterogenität (EVERS 1977, zit. in BECKER 2008: 11). Externe Akteure (WTO, GATT, Weltbank, IWF, Konzerne...) stellen eine starke Fraktion der herrschenden Klasse dar und die Staatsfinanzierung dieser Länder ist von außen konditioniert, also von der Weltmarktsituation

---

<sup>42</sup> Weitere Infos zum Konnex Ressourcenfluch, Patrimonialismus und Globaler Süden, siehe das Interview mit Dr. Hannes Meissner (2019).

abhängig (vgl. BECKER 2008: 12). Damit geht eine strukturelle Abhängigkeit vom Investitionsgüterimport und Technologietransfer einher. Schlüsselsektoren der Ökonomie werden darüber hinaus durch Auslandskapital kontrolliert. Die dadurch entstehenden chronischen Leistungsbilanzdefizite, werden in Form von sog. „Entwicklungshilfen“ zu Auslandsverschuldungen (BECKER 2008: 14). Zentrale Besteuerungsquellen des peripheren Staates ist in rohstoffreichen Ländern die mit den Rohstoffen verbundenen Rente (ebd.: 15). Diese Extraversion hat Auswirkungen auf die Sozialstruktur dieser Staaten. Zwischen lokalen Eliten und dem internationalen Kapital kann es zu Interessensübereinstimmungen und Bündnissen kommen (ebd.: 16).

Um diesen negativen Tendenzen des Ressourcen-Extraktivismus Einhalt zu gebieten, wurde vom Generalsekretär der UNCTAD im Februar 1975 das Integrierte Rohstoffprogramm (IRP) mit seinen fünf Grundelementen vorgestellt (vgl. ABUDAWIA 1988: 54)<sup>43</sup>:

- Schaffung eines gemeinsamen Fonds (Common Fund) zur Finanzierung von rohstoffpolitischen Maßnahmen (z.B. Ausgleichslagern)
- Bildung internationaler Vorrats- und Ausgleichslager (Buffer-Stocks), um Angebots-, Nachfrage-, und Ernteschwankungen auf dem Weltmarkt auffangen zu können
- Verbesserung der Maßnahmen zur Ausgleichsfinanzierung von Exporterlösschwankungen
- Förderung eines Programms zur Diversifizierung der Produktionsstruktur der rohstoffexportierenden Entwicklungsländer
- Ein System multilateraler, direkter Versorgungs- und Abnahmeverpflichtungen, um (Börsen-)Spekulationen zu umgehen

Dieses Programm dient mit anderen Worten der Stabilisierung der weltweiten Rohstoffpreise und hilft Rohstoffexporteure des Globalen Südens Spekulationen und große Schwankungen zu umgehen. Diese Forderungen wurden sowohl beim Ministertreffen in Manila (April 1976) als auch bei der Konferenz in Nairobi (Mai 1976) diskutiert. Nach Ansicht der westlichen Industrieländer wäre die Institution des Common Fund eine Behörde mit hohen Verwaltungskosten die zugleich den Marktmechanismus mit allen seinen dynamischen Allokations- und Distributionseffekten durch dirigistische Maßnahmen außer Kraft setzen könnte (vgl. ABUDAWIA 1988: 60). Trotz dieser Bedenken haben die westlichen

---

<sup>43</sup> ABUDAWIA (1988: 54) bezieht sich direkt auf die offiziellen Dokumente der UNCTAD: TD/B/498 vom 8. Aug. 1974; TD/B/C.1/184/Add.1; TD/B/IPC/CF/L.2 und TD/B/IPC/CF/L.4.

Industrienationen auf dem Gipfeltreffen der EG-Staaten in Rom (1977) und auf der Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIVZ) in Paris (1977) grundsätzlich zugestimmt (ebd.: 61).

**Imperiale Rohstoffe:** der internationale Rohstoffmarkt ist durch monopolistische bzw. oligopolistische multinationale Konzerne beherrscht. Diese bestimmen somit über die Verkaufspreise und Eigentumsrechte. Harmut Brandt hat 1978 diese Tendenzen empirisch festgehalten: es entfallen ca. 70% des Weltbananenhandels auf lediglich drei Firmengruppen, die durch eigene Pflanzungen bzw. Abnahmeverträge mit der Produktion verbunden sind. Der Absatz in den Importländern läuft über eigene Absatzketten, Tochtergesellschaften oder Verträge mit unabhängigen Handelsketten (ebd.). Die United Fruit Company (heute *Chiquita*), die sich insbesondere auf Bananen konzentrierte, hatte in ganz Zentralamerika Ländereien und besitzt heute noch unzählige Plantagen. Der CIA-Direktor Allen Dulles fungierte 1953/54 als Pate des Putsches in Guatemala als er die Geheimoperation PBSUCCESS startete, um so die sozialistische Landreform des demokratisch gewählten Präsidenten Jacobo Árbenz Guzmán zu verhindern (vgl. ÖTTLER 2014; COHEN 2013). Dieser Versuch der Zerschlagung des Bananenmonopols wurde medial durch den Propagandaspezialisten Edward Bernays als kommunistisches Komplott Moskaus diffamiert (TRIBELHORN 2018).

Was den Rohstoff „Tee“ betrifft, so kontrollieren fünf Firmengruppen ca. 75% des Importhandels der westlichen Industrieländer (ABUDAWIA 1988: 79). Diese oligopolistischen bzw. monopolistischen Strukturen lassen sich für andere imperiale Rohstoffe von Kakao bis hin zu Gewürzen und Heilkräutern nachweisen (BRANDT 1978: 14).

Dieser Trend oligopolistischer Strukturen kann laut einer Oxfam-Studie (Konzernatlas 2017) im Bereich der Landwirtschaft (Land Grabbing; Monokultur), Wasserversorgung und der Nahrungsmittelbranche auch heute noch beobachtet werden. Anbetracht des bisher gesagtem erscheint das Dirigismus-Argument der westlichen Industrieländer und mancher liberaler Vertreter\*innen, die eine Marktverzerrung durch den Common Fund oder Buffer-Stock der G77 Staaten zu wittern scheinen, als Heuchelei oder schlichte Unwissenheit bzw. Ignoranz. Aus dem Standpunkt der UNCTAD bilden die Buffer-Stock-Abkommen keine Gefahr für die marktwirtschaftliche Ordnung (ABUDAWIA 1988: 79). Durch diese Forderungen wurden die bestehenden kapitalistischen Marktmechanismen nicht aufgehoben, sondern lediglich deren negativen Auswirkungen gemildert. In diesem Sinne wollte „der Westen“ seine Privilegien am Weltmarkt, also seine imperiale Lebensweise (auf Kosten des Globalen Südens) nicht aufgeben.

Auf der anderen Seite wurde das Ressourcen-extraktivistische Entwicklungsmodell seitens der UNCTAD nicht radikal in Frage gestellt. Es wurde lediglich darauf geachtet, dass das Wirtschaftswachstum der Rohstoff-exportierenden Länder stabil bleibt.

### **5.1.2 Der wichtigste und blutigste imperiale Rohstoff der Welt: Erdöl**

Der Handel mit Erdöl ist von zentraler geostrategischer, ökonomischer und politischer Bedeutung (vgl. YERGIN 1991; UNCTAD 2000). Verschiedene Mechanismen wie das Zwei-Preis-System, Gesetze und Regulierungen wie das Kartellrecht und verschiedene Institutionen wie etwa die WTO, GATT und vor allem OPEC<sup>44</sup> thematisieren den weltweiten Handel mit dem Erdöl. Das Zwei-Preis-System wurde 1982 beim GATT Ministertreffen diskutiert und soll den Erdölpreis für nationale Märkte niedriger festlegen, als den Preis für internationale Märkte (UNCTAD 2000: 2). Erdöl wird aus zweierlei Hinsicht von den fundamentalen Prinzipien der GATT 1994 ausgenommen, denn es gilt der Artikel XX (General Exceptions) und der Artikel XXI (National Security). Da Erdöl die nationale Sicherheit der Staaten tangiert, wird diese Kommodität vom Glauben an die freien Marktkräfte (Liberalisierung) exkludiert. Eine weitere Ausnahme bildet das Kartellrecht. Eine Studie der UNCTAD (2004) untersucht die Regulierungen des Kartellrechts der WTO und deren möglichen Auswirkungen auf das OPEC-Kartell. Das Fazit der Studie: der Handel mit Erdöl wird von den Prinzipien des freien Handels und Wettbewerbs sowie der Liberalisierung ausgenommen, weil es keine sanktionierende Körperschaft dafür gibt und weil die sicherheitspolitischen Interessen einzelner Staaten dominieren. Dies gilt nicht nur für Erdöl. Wichtige Industrien wurden und werden mit protektionistischen Politiken weiterhin auf nationaler Ebene geschützt (bspw. die U.S. domestic escape-clause)<sup>45</sup>.

Da der endliche und immer knapper werdende Rohstoff Erdöl („peak oil“)<sup>46</sup> für Nationalstaaten ein Thema der nationalen Sicherheit darstellt, verwundert es kaum, dass es historisch zu zahlreichen Ressourcenkriegen kam (SCOTT 2003; KALDOR et al. 2007; YERGIN 1991).

---

<sup>44</sup> OPEC wurde 1960 auf der Bagdad Konferenz von fünf Staaten initiiert: Venezuela, Irak, Iran, Saudi Arabien und Kuwait. Heutige Mitglieder der OPEC wie etwa Indonesien, Kuwait, Nigeria, Katar und Venezuela sind gleichzeitig Mitglieder der WTO (UNCTAD 2004: 1).

<sup>45</sup> Die USA hat ihren Willen durchgesetzt und den GATT Artikel XIX („Emergency Action of Imports of Particular Products“) auf internationaler und den Trade Act of 1974 (Section 201) auf nationaler Ebene durchgesetzt, um so die heimische Industrie vor Importen, Verlusten und Ineffizienz zu schützen (DERRICK: 1988: 348).

<sup>46</sup> Um die Produktionsrückgänge aufgrund erschöpfender Ölfelder auszugleichen und gleichzeitig die laut Prognosen jährlich 1,6% steigende Nachfrage zu decken, müssten nach Berechnungen der IEA pro Tag neue Kapazitäten in Höhe von 64 Millionen Barrel hinzukommen. Um diesen Eroi geht es auch beim „Peak Mineral“, der sich heute schon beim Uranabbau und bei der Förderung von Kupfer, Silber, Gold und Zink bemerkbar macht (MAHNKOPF 2015: 62f.).

Analysieren möchte ich diesen Sachverhalt anhand des US-Imperiums: das US-Imperium ist seit 2014 nicht nur der weltweit größter Erdöl- und Erdgasproduzent (DANILJUK 2015: 534) sondern auch Händler bzw. Investor: Petroleum accounts for two-thirds of U.S. investment in Africa, more than one-quarter of U.S. investment in the Middle East, and significant shares of U.S. investment in Canada, Asia, and Europe (UNCTAD 2000: 12). Historisch betrachtet waren private US-Erdölkonzerne größer als staatliche und dies mündete 1911 in der Zerschlagung des Standard Oil Trust von J.D. Rockefeller (ebd.: 125). Das US-Imperium forciert die Privatisierung und Liberalisierung der Erdölbranche weltweit und involviert sich aktiv in die Innen- und Sicherheitspolitik anderer souveräner Staaten und demokratisch gewählter Regierungen (Kolumbien 1983, vgl. SCOTT 2003: 72; Iran 1953, vgl. YERGIN 1991: 450). Die US-Sicherheitspolitik kann angesichts des Irak-Kriegs 2003 auch als „neuen Imperialismus“ gewertet werden (HARVEY 2005). Vor allem der Nahe und Mittlere Osten galt wegen des Reichtums an fossilen Brennstoffen als strategisch „entscheidend“ für US-Interessen (CHENEY 2001: 131, zit. in DANILJUK 2015: 529). Die US-Sanktionen gegen einen der größten Erdölexporture der Welt Venezuela (2014/15) bzw. Iran (2018), die beiden Golfkriege des US-Imperiums gegen den Irak (1991; 2003), die US/NATO Kriege gegen das Erdöl-reiche Libyen (2011), die westliche/US Intervention (Regime Change) im Ressourcen-reichen Syrien (2011), die energiepolitischen Dimensionen des Ukrainekrieges (2014) und des Nigerdeltas – um nur einige zu nennen – sind alles Beispiele der „Petroaggression“ (COLGAN 2013; SEELKE 2021; STAHNKE 2008; HARVEY 2005; KALDOR et al. 2007; UMBACH 2015).

Seit dem Energy Policy Act von 2005 entstand darüber hinaus ein „Fracking-Boom“. Schieferressourcen wurden und werden noch trotz neuer Technologien umweltschädlich gewonnen. Zudem geriet die US-Regierung bei der Erdöl-Förderungen in Konflikt mit der indigenen Bevölkerung. Das Ziel dieser Fracking-Strategie ist es die globalen Erdölpreise zu senken (ebd.: 530). *„Den volkswirtschaftlichen Effekt der niedrigen Rohölpreise beschreibt der IWF als ein „gigantisches Konjunkturprogramm für die entwickelten Volkswirtschaften“ (IMF 2015), von dem vor allem die USA profitieren“* (DANILJUK 2015: 539).

Für Länder des Globalen Südens die selbst kein bzw. wenig Erdöl besitzen sind energiepolitische Aspekte ebenfalls von zentraler Bedeutung: in Ecuador – so konstatiert Alberto Acosta – kann Erdöl als „Werkzeug einer qualvollen und nicht enden wollenden Strukturanpassung betrachtet werden (ACOSTA 2004: 205). „Die Schwächung der Ölpreise und die gleichzeitige Erhöhung der Zinssätze waren Bestandteile ein und derselben Strategie zur Reorganisation der weltweiten Machtverteilung (in der auch der Falklandkrieg eine

wichtige Rolle spielte, da hier britische und US-amerikanische Interessen in Einklang gebracht wurden). Die IEA – 1974 als Antwort auf die OPEC eingerichtet – und die transnationalen Erdölkonzerne verbanden ihre Kräfte, um die Abhängigkeit der industrialisierten kapitalistischen Länder von externen Energieressourcen zu verringern. Konkret versucht man die Kosten für das Öl aus den OPEC Ländern zu reduzieren, um so Defizite der westlich-kapitalistischen Zentren zu verringern“ (ACOSTA 2004: 205f.). So stieg die Auslandsverschuldung Ecuadors. Eine neoliberale Sparpolitik wurde als Heilmittel gepriesen, während sozialstaatliche Mechanismen ausgesetzt wurden (vgl. ebd.).

Die Forderungen des Globalen Südens die mit der NWWO einhergehen betreffen auch mineralische industrielle Grundstoffe wie Erdöl, Uranerze, Bauxit, Kupfer, Zinn, Manganerz, Wolfram und u.a. Eisenerz. Eine Forderung ist, dass diese Grundstoffe nicht mehr Gegenstand von Börsenspekulationen werden können. Diese Rohstoffe sollen daher in einem rechtlich-politischen Rahmen geschützt werden, damit die Rohstoffpreise relativ stabil bleiben können und damit es zu keinen „künstlich“ erzeugten Verknappung dieser Güter kommen kann. Darüber hinaus fordern die Länder des Globalen Südens innerhalb der NWWO die uneingeschränkte Verfügung über die nationalen Bodenschätze, die Sicherung eines hohen Preisniveaus und Verhinderung extremer Preisschwankungen (geregelte Preisfixierung), den freien Zugang zu den Märkten der Industrienationen und eine Hilfe im Wettbewerb gegen synthetische Produkte (LEFRINGHAUSEN 1976: 56f.). Staaten des Globalen Südens verfolgen die Strategie Erzeugerkartelle zu bilden, die Relation zwischen Export- und Importpreisen (Indexierung) festzulegen, die heimische Grundstoffherzeugung zu nationalisieren und mit Geldern der Industrienationen Rohstofflager zu schaffen (ebd.: 59ff.). Das – auf fossile Energieträger basierende – extraktivistische Entwicklungsmodell wird jedoch seitens der NWWO weder analytisch ins Blickfeld genommen, noch kritisiert.

### **5.1.3 Technologischer Transfer und (Re-)Industrialisierung**

1949 veröffentlichte der argentinische Ökonom Raul Prebisch einen wissenschaftlichen Aufsatz, der als „Manifiesto de los periférico“ den lateinamerikanischen Strukturalismus begründete und der gegen die liberalen Wirtschaftswissenschaftler\*innen argumentierte (FISCHER 2013: 9). Laut liberaler Ökonomie sollten die lateinamerikanischen Staaten sich auf Agrarexporte – gemäß dem Theorem des komparativen Kostenvorteils am Weltmarkt – spezialisieren und somit auf Industrialisierung und Technologisierung verzichten (ebd.). Für Prebisch war klar, dass solch eine internationale Arbeitsteilung die Ungleichgewichte

vergangener Tage (sprich der kolonialen Zeit) reproduziert und den kapitalistischen Zentren zugutekommt. Eine eigenständige Industrialisierung der Region war in dieser Weltwirtschaftsordnung unter der Führung der USA nicht erwünscht (vgl. BERNECKER 2000). Dadurch entstanden strukturell bedingte Abhängigkeiten der Staaten des Globalen Südens. Halbfertige und fertige Produktionserzeugnisse mussten zu einem höheren Preis vom Globalen Norden importiert werden, da es an Knowhow mangelte und entsprechenden Industrien fehlte. In der Funktion als Exekutivsekretär der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) setzte Prebisch daher die politische Umsetzung des ISI (importsubstituierte Industrialisierung) Entwicklungsmodells durch (FISCHER 2013: 9). Mit dieser Industrialisierungsstrategie wollte Prebisch die Benachteiligungen des Globalen Südens aufheben, die durch sinkende Rohstoffpreise bei gleichzeitig steigenden Preise für Industrie- und Technologiegüter verstärkt wurden (ebd.: 11).

Die Ursache für diese hier von Prebisch problematisierte strukturelle Heterogenität und Außenorientierung liegt laut Dieter Senghaas darin, dass die dynamischsten Sektoren fremdbestimmt sind, was sich exemplarisch am Technologietransfer zeigt: die Ergebnisse metropolitaner Technologie werden, je nach den Bedürfnissen des international agierenden Kapitals, den Peripherien aufgepfropft; eine aus den Reproduktionszwängen des Kapitalismus entstandene und in die Peripherien transferierte Technologie löst folgerichtig weitere sozioökonomische Deformationen aus, da diese Technologie nicht das organische Ergebnis einer an Ort und Stelle sich entfaltenden autonom bestimmten Produktionsweise ist. So kommt es zu Produktionsunterschieden innerhalb einzelner Wirtschaftssektoren und zu einer verstärkten Penetration ausländischen Kapitals und TNKs (SENGHAAS/MENZEL 1976: 57). Eine weitere Dimension struktureller Heterogenität wird sichtbar: es kristallisierte sich eine Funktions- und Rollenteilung zwischen dem internationalen und nationalen Kapital. Das internationale Kapital beherrscht die dynamischen Branchen für die Produktion langlebiger Konsumgüter und hält den Grundstoff- und Kapitalgütersektor besetzt. Zum Teil geschieht dies in Verbindung mit dem lokalen Staatsapparat („*Joint Ventures*“). Dieser Sektor einer internationalisierten, auf den Binnenmarkt orientierten Produktion, ist hochmonopolisiert und geschieht mit dem Einsatz moderner und kapitalintensiver Technologie (ebd.: 58). Im Zuge dessen entsteht die Herausbildung einer neuen Mittelschicht (Manager, höhere Angestellte, qualifizierte Facharbeiter u.a.) deren Konsolidierung durch relativ hohe Einkommen erfolgt und deren Konsummuster, die des Globalen Norden ähnlich sind (ebd.).

Die Staaten bzw. die Konzerne des Globalen Nordens waren historisch betrachtet wenig darauf bedacht auf die speziellen technologischen Bedürfnissen der wenig industrialisierten Staaten einzugehen (HELLEINER 1977: 296f.). *Technologie ist die Trumpfkarte der TNKs (STOPFORD/WELLS 1972: 177) und ein wichtiges Element von Marktmacht der industrialisierten Staaten (HELLEINER 1977: 297)*. Dieses Ungleichgewicht wird durch Patentrechte fixiert und steht spätestens seit der Forderung eines Verhaltenskodex bezüglich des Technologietransfers im Rahmen der UNCTAD (1978-1985) zur Debatte.<sup>47</sup> Hierbei wird Technologie als das systematische Wissen definiert welches zur Herstellung von Gütern oder der Erbringung einer Dienstleistung angewandt wird (UNCTAD 2014: 1). Während arbeitsintensive und umweltverschmutzende Industrien ihre Produktionsstätten in den Globalen Süden auslagerten (vgl. SENGHAAS 1977: 173ff.), hemmen Faktoren wie Patent- und Lizenzrechte, Brain Drain und fehlende Finanzierungsmöglichkeiten und Infrastrukturen die Förderung einer eigenständigen technologischen Entwicklung und einheimischen Industrie. Die Produktion von nicht-dauerhaften Gütern (Textilien, Getränke, Nahrung, Kleidung, Möbel) erfolgt zwar weiterhin durch lokale Industrien, Produktivitätssteigerungen erfolgen jedoch im internationalisierten, technologieintensiven und außenorientierten Industriesektor (SENGHAAS/MENZEL 1976: 58).

Um diesen Faktoren entgegenzusteuern wurden bei der U.N. Generalversammlung von 1974 folgende Forderung und Reformvorschläge zu den Themen Technologietransfer und Industrialisierung eingebracht (U.N. Resolution 3201& 3202):

- Industrienationen sollen mittels Hilfgelder und internationale Organisationen die Entwicklung der Industrie finanziell unterstützen.
- Industrienationen sollen exportorientierte Güter des Globalen Südens fördern.
- Der Globale Süden soll einen höheren Anteil am Weltsozialprodukt haben.
- Die Formulierung eines international code of conduct (Verhaltenskodex) im Bereich des Technologietransfers wird gefordert.
- Der Zugang zur modernen Technologie und deren Adaptierung in den jeweiligen Staaten des Globalen Südens soll ermöglicht werden.

---

<sup>47</sup> Debattiert wurde das Thema Technologietransfer auf der Earth Summit in Rio de Janeiro (1992), des Öfteren im Rahmen der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) und nicht zuletzt im Rahmen der Commission on Intellectual Property, Innovation and Public Health (CIPIH) (vgl. UNCTAD 2014: 3).

- Die Ausweitung von Forschungs- und Entwicklungsprogrammen im Globalen Süden soll assistiert werden.
- Patent- und Lizenzrechte sollen umgestaltet werden, sodass Staaten des Globalen Südens keinen Schaden davon tragen.
- Eine internationale Kooperation im Bereich der Forschung und umweltfreundlicheren Förderung von Energieträger und Ressourcen soll forciert werden.
- Und nicht zuletzt sollen Regulationen und Kontrollmechanismen die Aktivitäten von TNKs überwachen.

Weitere wichtige Strukturanpassungsmaßnahmen lauten (GOLDSCHMIDT 1976: 109ff.):

- Im Sinne der Ruralisierung ist die Ausbildung technischer Grundfertigkeiten möglichst unter Einbeziehung lokaler Traditionen und Bedürfnissen und in Verbindung mit produktiven Aufgaben (Geräteherstellung, Hausbau u.ä.) intensiv zu fördern.
- Im Sinne landesweiter Planung der Technisierung sind Planungsingenieure hoher Qualifikation auszubilden.
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch Konferenzen wie sie beispielsweise durch die kanadische „International Development Research Centre“ geschieht sollen intensiviert werden.

Ein Thema das eng mit dem Technologietransfer verbunden ist und zudem die nationale Sicherheit der Staaten des Globalen Südens beeinflusst ist die Frage nach politischer und wirtschaftlicher Souveränität.

### **5.1.3 Souveränität und Selbstbestimmung**

Wie schon zuvor im Kontext der Dekolonialisierung erwähnt (Kap. 4.1) streben die G-77 Staaten nach Souveränität. Und zwar nach wirtschaftlicher, politischer und kultureller. Staaten des Globalen Südens betrachten sich selbst in Abhängigkeit zu den ehemaligen Kolonialherren. Der Präsident Tansanias Julius Nyerere sprach öffentlich über die Differenz zwischen der erlangten politischen Freiheit und der einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten zu den früheren Kolonialländern:

„What we [G-77] have in common is that we are all, in relation to the developed world, dependent-not interdependent-nations. Each of our economies has developed as a by-product and a subsidiary of development in the industrialized North, and is externally oriented. We are not prime movers of our destiny. We are ashamed to admit it; but economically we are

dependencies-semi colonies at best-not sovereign states.” (NYERERE vom 12. Feb. 1979 beim vierten Ministertreffen der G-77, zit. in: HAGEMANN 1987: 55).

Der Begriff der „Interdependenz“ wurde spätestens seit dieser Rede Nyereres zu einem Kampfbegriff (HAGEMANN 1987: 55). Die Loslösung aus dieser Abhängigkeit sah man in der Erlangung der Souveränität. Die politische Souveränität wollten die Staaten des Globalen Südens durch mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten und unter anderem durch mehr Stimmgewicht in internationalen Organisationen erlangen. Wirtschaftliche Unabhängigkeit bzw. Souveränität wurde durch eine gewünschte Regulierung der TNKs und u.a. der ausländischen Direktinvestitionen angestrebt. Auf diese wirtschaftlichen und politischen Forderungen werde ich im Folgenden näher eingehen.

Eine Kontrolle und Regulierung der TNKs und der ausländischen Direktinvestitionen soll die Abhängigkeit der Staaten des Globalen Südens von außen vermindern. Diese (Kapital-)Formen der bürgerlichen Ökonomie steigern nicht zwangsweise das Realeinkommen und die Beschäftigung des jeweiligen Landes (HOLTHUS 1977: 240f.). Insofern wird durch die Öffnung für ausländisches Kapital und TNKs noch kein Wirtschaftswachstum (was ja eines der Ziele der NWWO ist) erreicht. Schon 1961 wurde ein „Kodex der Liberalisierung des Kapitalverkehrs“ verabschiedet, um die ökonomische Souveränität der Staaten des Globalen Südens zu stärken. In der *Manila Declaration and Programme Action* (UNCTAD 1976) wurde die Forderung auf Schuldenerlass der staatlichen Schulden aufgestellt. Im selben Dokument wird ebenfalls die künftige Rolle der TNKs für den Globalen Süden diskutiert. TNKs sollten strenger reguliert werden, sie sollten den Exporthandel der Staaten des Globalen Südens helfen. Weitere Forderungen bezüglich der Regulierung der TNKs lauten (UNCTAD 1976: 115):

“The developed countries should take steps to adjust their policies, particularly in the field of tariff and non-tariff protection, foreign-exchange regulations, foreign investment and fiscal and financial incentives, to facilitate the above-mentioned measures to be adopted by the transnational corporations;

Measures to strengthen the participation of national enterprises of developing countries in the activities under-taken by transnational corporations in their territories, particularly those relating to the export of manufactures and semi-manufactures;”

Die Forderung, TNKs sollen dem nationalen Interesse des jeweiligen Staates im Globalen Südens und weniger das Interesse ihres Ursprungslandes bzw. die Interessen der Aktionäre befolgen, ergibt aus der neoklassischer Wirtschaftslogik keinen Sinn – so der liberale

Kritikpunkt (vgl. HOLTHUS 1977: 246.). Aber nur weil es aus der Perspektive des neoklassischen Wirtschaftsmodells keinen Sinn macht, ist damit kein politisches Gegenargument erbracht. Man muss die Prämissen dieses liberalen Modells nicht teilen und genau darum geht es ja schlussendlich wenn man über die Souveränität ehemals kolonialisierter Staaten politisch debattiert.<sup>48</sup> Ein weiterer Kritikpunkt aus liberaler Perspektive wurde laut: den Unternehmen wurden – oft in Verhandlungen mit korrupten Regierungen – Vergünstigungen eingeräumt, die in keinem Verhältnis zum gesamtwirtschaftlichen Nutzen der Investitionen standen. Als Beispiel hierfür wurde das Verhalten der United Brands CO. in Honduras und anderen Ländern zitiert. Es ging hierbei um die „Spendenaktion“ an den Präsidenten Oswaldo Lopez (vgl. JUNGnickel/KOOPMANN 1977: 232). Gerade weil eine korrupte Kompradorenbourgeoisie mit dem internationalen Marktkräften und dem Interesse einzelner TNKs in Verbindung steht, ist eine tiefe Weltmarktintegration als ein widersprüchlicher Prozess zu stehen (vgl. OLOWU 1991 am Beispiel Nigeria; SENGHAAS/MENZEL 1976: 8). In diesem Licht sind die Forderungen nach Regulierung der TNKs und des ausländischen Investitionskapitals als ein Verlangen nach Souveränität zu interpretieren. Diese Analyse wird von Dependenztheoretiker geteilt:

„[D]ie exportorientierten Aktivitäten multinationaler Firmen in der Dritten Welt haben nicht zur Herausbildung kohärenter sozioökonomischer Strukturen an Ort und Stelle beigetragen. Im Gegenteil haben sie vielmehr dem herkömmlichen, enklavenförmig organisierten Rohstoffbereich und der zu Wohlstands-enklaven führenden Internationalisierung des Teilbinnenmarktes für den gehobenen Konsum einen neuen Enklavenbereich, oft augenfällig in sogenannten freien Produktionszonen dokumentiert, hinzugefügt. Sieht man vom Rohstoffbereich ab, so hat dies gesamtwirtschaftlich gesehen zu dem Paradoxon geführt, das jüngst ein englischer Wissenschaftler folgendermaßen umschrieb: es sei, so formulierte er, für Entwicklungsländer sowohl unangemessen, jene Güter zu konsumieren, die die Industriegesellschaften produzieren, als auch jene Güter zu produzieren, welche die Industriegesellschaften konsumieren. In dieser Feststellung wird verdeutlicht, dass sowohl die binnenmarkt-orientierten als auch die exportgerichteten Aktivitäten multinationaler Konzerne

---

<sup>48</sup> Zum Mainstream hat sich die neoklassische Theorie des „freien Welthandels“ bzw. das Theorem des komparativen Kostenvorteils hegemonial durchgesetzt. „Dabei sind die Handelsstrukturen, die zwischen Metropolen und Peripherien in der Phase des Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus herausgebildet haben, nicht deshalb problematisch, weil sie gewissermaßen hinter den normativen Postulaten des Theorem zurückgeblieben wären und die Realität also diesbezügliche Defizite aufwiese. Das Problem bzw. die Ideologiekritik des Theorems liegt darin, dass von allseitigen Wohlfahrtsgewinnen keine Rede sein kann.“ (SENGHAAS/MENZEL 1976: 48).

nicht dazu führen können, selbstbestimmte entwicklungsfähige Gesellschaftsgebilde entstehen zu lassen.“ (SENGHAAS/MENZEL 1976: 8).

Doch die Debatte endet hier nicht. Die Nationalisierung ausländischen Kapitals – wird als Dirigismus von liberale Denker betrachtet (vgl. HOLTHUS 1977). In der Welthandelscharta wurde das Recht verbrieft „ausländisches Vermögen zu verstaatlichen, zu enteignen oder das Eigentum zu übertragen“ und zwar im Ermessen des jeweiligen Staates des Globalen Südens und nicht gemäß dem geltenden Völkerrecht (GLISMAN/JUHL/STECHEER 1976: 39). Ausländisches Kapital kann auf diese Weise vor Konfiszierungen nicht geschützt werden, auch nicht durch bilaterale Investitionsschutzabkommen oder durch staatliche Kapitalanlagegarantien, weil diese Regulierungen ebenfalls auf dem Völkerrecht basieren (ebd.). Das Argument dagegen wird wieder einmal auf Basis (neo)liberaler Prämissen gestützt: aufgrund der verstärkten Ungewissheit vor ökonomischer Nationalisierung steigt die Kalkulation mit höheren Risikoäquivalenten und somit die Kapitalkosten (ebd.). Was bei diesem Argument nur am Rande erwähnt wird, ist die Tatsache dass das Nationalisierungsinteresse des Globalen Südens am stärksten auf den Bereich der Rohstoffherzeugung und Rohstoffverarbeitung liegt (ebd.). Die Staaten des Globalen Südens berufen sich hierbei auf jenen Punkt der Souveränität über die nationalen Ressourcen verfügen zu dürfen. Gemäß der Strategie der *Self-Reliance* des Friedensforscher Johann Galtung versucht der Globale Süden nicht nur nationale Bodenschätze (gegen den Ressourcenfluch), landwirtschaftliche Anbauflächen (gegen Landgrabbing), von einheimischer Tradition übernommene kulturelle und soziale Errichtungen (gegen Privatisierung) sowie einheimische Arbeitskräfte (gegen Brain Drain) zu schützen und politisch zu steuern (vgl. HAGEMANN 1987: 48). Außerdem ist es wichtig zu erwähnen, dass Staaten des Globalen Nordens in gewissen Bereichen der Wirtschaft protektionistische Politiken führten und noch immer führen, in Bezug auf einzelne Produkte, aber auch in Bezug auf neue Industrieländer bzw. Staaten des Globalen Südens (vgl. ebd.).

Mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten und mehr Stimmgewicht in internationalen Abstimmungen und Organisationen – so die weiteren Forderungen die aus der UNCTAD-Konferenz aus Nairobi (1976) hervorgingen. Man wollte folgendes damit bezwecken: Entscheidungen über monetäre Politikfelder sollen künftig mit der vollen Partizipation in allen Etappen der Diskussion mit den Staaten des Globalen Südens ausgehandelt werden (UNCTAD 1976: 119). Darüber hinaus wurde ein größeres Stimmgewicht in internationalen Organisationen verlangt: „the system of voting in IMF and the World Bank should be

reformed so as to accord developing countries greater representation and weight in decision-making in these institutions (ebd.). Damit wurde der Versuch unternommen die institutionelle bzw. strukturelle Asymmetrie zwischen den Globalen Süden und Norden zu verkleinern.

Die(se) zentralen Forderungen der UNCTAD-Konferenzen die im Rahmen einer NWWO besprochen wurden, lösten eine breite akademische Debatte aus, auf die ich nun eingehen möchte.

## **5.2 Akademische Debatten**

Die Debatte um eine NWWO lässt aus mehreren Gründen einen Spielraum für verschiedene Interpretationen. Einerseits wurden einige Prinzipien wie zB. das „Prinzip des gemeinsamen menschlichen Erbes“ relativ offen gehalten. Andererseits wurden viele Reformvorschläge von Staaten des Globalen Nordens nicht akzeptiert bzw ignoriert. Insofern prallen hier mindestens zwei Positionen aufeinander: diejenigen die eine Veränderung der Weltwirtschaftsordnung anstreben und diejenigen die den Status quo behalten wollen. Zudem entfachte sich ein wissenschaftlich-theoretischer Streit. Zwei gegensätzliche Positionen können in Bezug auf die Eingliederung des Globalen Südens in den kapitalistischen Weltmarkt festgemacht werden, nämlich die dissoziationistische und die integrationistische. Über die akuten „Entwicklungsprobleme“ stimmen beide (im Grunde alle wissenschaftlichen) Gruppierungen überein, doch unterscheiden sie sich im Hinblick auf die Analyse der Ursachen und die Propagierung von Strategien zur Lösung dieser Probleme (vgl. MATTHIES 1980: 37). Dissoziationistische Ansätze betrachten die Abhängigkeit des Globalen Südens vom Weltmarkt und vom Globalen Norden als Entwicklungshindernisse und plädieren daher für eine Reindustrialisierung und mehr Selbstbestimmung der Staaten des Globalen Südens. Integrationist\*innen hingegen sehen die Lösung für die Entwicklungsprobleme in einer verstärkten Integration des Globalen Südens in den kapitalistischen Weltmarkt.

Ein akademischer Diskurs über die unterschiedlichen Erklärungsmuster für die „Entwicklungsprobleme“ des Globalen Südens kann wie folgt aufgelistet werden: hier streiten sich die exogenen Ansätze (Imperialismusthese, bzw. exogene Ansätze) mit den liberalen und konservativen Positionen (endogene Ansätze). Hier spielen politisch-ideologische Interessen eine große Rolle bei der Bemessung der Ursachen für die Entwicklungsprobleme des Globalen Südens (vgl. BRAUN 1985: 79). Liberale und konservative gehen überwiegend davon aus, dass die sozio-ökonomischen Entwicklungsprobleme interne also endogene Ursachen haben (ebd.).

Das Fehlen von natürlichen Rohstoffen, ein ungünstiges Klima, staatliche Korruption, fehlende politisch-demokratische Kultur, fortschrittfeindliche religiöse Überzeugungen und ineffiziente ökonomische Strukturen, kurz: der Mangel an gesellschaftlicher Modernität sind die Hauptursachen für die „Entwicklungsprobleme des Globalen Südens“ – so die Überzeugung der meisten liberalen und konservativen Autor\*innen (ebd.). Sozialistische und marxistische Autor\*innen führen die Entwicklungsprobleme systematisch auf die historische Konsequenz des (neo-)kolonialen Weltwirtschaftssystems zurück (ebd.). Daneben stehen Ansätze die schwer zuzuordnen sind, da sich die Autor\*innen nicht klar positionierten bzw. da sie sich schwer abgrenzen lassen. Der RIO-Bericht kann – wie ich später noch argumentieren werde – als eine Degrowth-Perspektive auf die NWWO betrachtet werden. Die Prebisch-Singer-These wird als strukturalistische Perspektive klassifiziert, obwohl sie eine deutliche Nähe zu dependenz- und dissoziationistischen Ansätzen aufweist (vgl. MATTHIES 1980). Das Prinzip der Kollektiven Self-Reliance wird als Mittelweg zwischen dissoziationistischen und integrationistischen Ansätzen beschrieben (ebd.: 57).

Da es eine Vielzahl von theoretischen Erklärungsversuche gibt (vgl. BRAUN 1985: 80), beschränke ich mich auf die zentralen Positionen und Klassifikation gemäß Standardliteratur zur Entwicklungspolitik (STOCKMANN/MENZEL/NUSCHELER 2016). Nochmals sei an dieser Stelle ein Aspekt zur Situiertheit von Wissen angemerkt: Die Auswahl, Darstellung und Kritik der einzelnen Theorien bzw. Ansätze sind nicht wertfrei, da sich in den Entwicklungstheorien selbst „eine Rationalisierung der herrschenden Interessen des Globalen Nordens widerspiegelt“ (BRAUN 1985: 80).

Im Folgenden gilt es nun die verschiedenen Interessensgruppen und deren Standpunkte und die ideologischen bzw. konzeptionellen Positionen innerhalb der akademischen Debatte bezüglich der NWWO darzustellen. Ich möchte mit den beiden „neutralen“, also deskriptiven Positionen beginnen, nämlich den RIO-Bericht und den Prebisch-Singer-These. Anschließend stelle ich die beiden gegensätzlichen Positionen von Dissoziationist\*innen und Integration\*innen vor. Als Mittelweg dazu wird das Prinzip der Kollektiven Self-Reliance beschrieben. Zum Abschluss gehe ich auf die antagonistischen Positionen von endogene und exogene Ansätze ein.

### **5.2.1 Jan Tinbergen und der RIO-Bericht – eine Degrowth Perspektive auf die NWWO**

Das Projekt „Reform der internationalen Ordnung“ (RIO), in dessen Rahmen das Buch bzw. der Bericht von Jan Tinbergen (1977) verfasst wurde, geht auf eine Initiative des Club of Rome

zurück. 21 Experten aus einer Vielzahl von Ländern besprachen darin eine realistische und praktikable Formierung der internationalen Ordnung. Zunächst einmal wird im Bericht festgehalten, dass eine Notwendigkeit einer Etablierung einer neuen internationalen Ordnung gibt. Die Experten argumentieren diese Notwendigkeit in dem sie auf den Rüstungswettlauf (des damaligen Kalten Krieges), auf den exponentiellen Bevölkerungswachstum, auf die kommenden Umweltprobleme und auf die steigende soziale Ungleichheit hinweisen. Schon in der allgemeinen Einführung zum Bericht wird Rücksicht auf die künftigen Generationen und auf ein Appell zum Abbau ungerechter sozialer Strukturen hingewiesen:

„[Dieser Bericht beschäftigt sich mit] der Beseitigung bestehender Ungerechtigkeiten im gegenwärtigen System der Beziehungen zwischen Nationen und Völkern durch Schaffung einer neuen internationalen Ordnung, in der ein Leben in Würde und Wohlfahrt zum unveräußerlichen Recht für alle wird. (...) Diese Resolutionen [der NWWO] weisen auf eine allgemeine Übereinstimmung über die Notwendigkeit internationaler Reformen hin sowie darauf, dass das gegenwärtige System der Beziehungen zwischen Nationen nicht dazu geeignet ist, den gemeinsamen Interessen der Menschheit als Ganzes zu dienen, und dass nur durch die Errichtung einer neuen Ordnung die bestehenden Ungerechtigkeiten vermindert und die Grundlagen für eine gerechte und friedliche Welt geschaffen werden können.“ (TINBERGEN 1977: 13).

In diesem Bericht wird auf Macht- und Herrschaftsstrukturen sowie die ungerechte weltweite Gesellschaftsformationen hingewiesen (ebd.: 15). Unterstrichen werden diese Ungerechtigkeiten durch verschiedene Daten und Fakten sowie Zitate von Ministerpräsidenten. Der Ministerpräsident der Niederlande wird mit folgender Passage zitiert:

„(...) das internationale Wirtschaftssystem ist nicht so frei wie häufig beschrieben wird, und unsere Alternative besteht nicht in einem System auf der Grundlage freier Unternehmen auf der einen und einer vollkommenen zentral geplanten Wirtschaft auf der anderen Seite. In Wirklichkeit haben wir zu wählen, ob wir an unserem gegenwärtigen System festhalten wollen, das größtenteils ausgerichtet und manipuliert ist zum Nutzen der reichen Länder, oder ob wir für ein System optieren wollen, das daraufhin ausgerichtet ist, Lösungen für die Probleme einer gerechten Verteilung von Einkommen und Wohlstand, der Knappheit an natürlichen Rohstoffen sowie der Ausbeutung der Umwelt zu finden“ (Joop den Uyl, Ministerpräsident der Niederlande, 1975, zit. in. TINBERGEN 1977: 21).

In diesem Bericht wird nicht nur der Militarismus der 1970er kritisiert, sondern die hegemoniale Durchsetzung des Verständnis von „Entwicklung“ welches gleichgesetzt ist mit dem BIP-orientierten Wirtschaftswachstum (ebd.: 23).

Darüber hinaus wird der kapitalistische Marktmechanismus kritisiert, der „Armut zu verhöhnern oder einfach zu ignorieren tendiert, da die Armen kaum die Kaufkraft besitzen, um die Marktentscheidungen zu beeinflussen“ (ebd.: 26). Dieser Marktmechanismus wird in dem Bericht in einem historischen Prozess begriffen, der mit Kolonialismus, Eroberung und Unterdrückung in Verbindung steht (ebd.: 33f.). Diese Struktur der Macht besteht weiterhin, da das internationale System, genauer das internationale Währungs- und Handelssystem Antriebsmechanismen aufweist, die tendenziell dafür sorgen, dass die Industrieländer ihre privilegierte Positionen nicht nur erhalten, sondern sie vielfach auch noch ausbauen können (ebd.: 43).

Die Rolle der TNKs wird kritisiert, da sie schon vor Ende der 80er Jahre rund 40% der Weltproduktion kontrollier(t)en und in einer besseren Verhandlungsposition zu den Ländern des Globalen Südens standen/steht (ebd.: 50). Die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten enthalten Forderungen des Globalen Südens, wie z.B. „die Beseitigung von Ungerechtigkeiten die gewaltsam herbeigeführt worden sind und die ein Volk der für seine normale Entwicklung notwendigen natürlichen Mittel berauben“, welche nur Schweden unterzeichnete (ebd.: 61). Auch der westliche Konsumstil (bzw. die imperiale Lebensweise) wird im Bereich der Ernährungsgewohnheiten stark kritisiert:

„[d]er Wohlstand hat sich zu einer der größten Belastungen für die Nahrungsmittelversorgung der Welt entwickelt. Die Reichen verfüttern mehr Getreide an ihr Vieh, als von der Bevölkerung der armen Welt verbraucht wird, und der Weltmarkt für Futtermittel ist von größerem geschäftlichen Interesse als der Markt für die Nahrungsmittel von Hunderten von Millionen hungriger Männer, Frauen und Kinder.“ (ebd.: 86).

Auch das Thema Erdöl wird im RIO-Bericht kritisch erwähnt: die Ressource Erdöl produziert paradoxe Beziehungsgeflechte, da ölexportierende Länder des Globalen Südens von westlichen Industrienationen große Mengen moderner Technologien und Waffen gekauft haben, ihre liquiden Aktiven bei westlichen Banken angelegt oder in westlichen Länder investiert haben. Der Wohlstand dieser Staatseliten bzw. dieser Staaten wurde dadurch an den Wohlstand der reichen Industrienationen gekoppelt (vgl. ebd.: 63f.). Ein Faktum das ich bis jetzt mit Hilfe des Begriffes der Kompradorenbourgeoisie und im Kapitel 5.1.2 bereits umrissen habe.

Der Bericht geht – ab Kapitel 5 – auf spezifische Ziele auf dem Wege zu einer gerechteren Gesellschaftsordnung ein und gibt sogar konkrete Policy-Empfehlungen. Ziele, Prinzipien, Ideale und Leitlinien einer neuen Weltordnung sind laut dem Bericht folgende (ebd.: 73ff.):

- Alle Bürger\*innen der Welt sollen ein Leben in **Würde und Wohlergehen** erreichen können.
- Dieses Ziel muss sich auf alle ethnischen Gruppen erstrecken, auch auf solche, die als **Minderheiten** unterdrückt werden, obwohl sie eine eigene kulturelle Identität besitzen.
- **Generationen**: es sollen sich sowohl die Alten als auch die Jungen; die Schwachen wie die Starken entfalten können.
- Das Grundziel muss auch für beide **Geschlechter** gelten, da die Diskriminierung der Frauen in vielen Teilen der Welt eine überkommene Praxis darstellt und Ungerechtigkeiten beinhaltet, die mit einigen der schlimmsten in der Gesellschaftsordnung im allgemeinen vergleichbar sind.
- **Gerechtigkeit** kann als ein Ausdruck für den verbreiteten Wunsch angesehen werden, die Ungleichheiten in der Verteilung von Verbrauch und Leistung auf das Minimum zu verringern, das mit ausreichenden Wohlfahrts- und Produktionsniveau vereinbar ist.
- Wie die Geschichte zeigt, kann eine Zunahme an Freiheit eines Menschen oder einer Nation zu einer Abnahme der Freiheit eines anderen in demselben oder einem anderen Ausmaß führen. Die Freiheit des einen findet daher dort ihre Grenze, wo sie die eines anderen beeinträchtigt. Hier wird **Freiheit** als die Anerkennung und Annahme der in der Menschenrechtserklärung vorgesehenen Grundrechte betrachtet.
- **Demokratie und Mitbestimmung**: eine offene Gesellschaft ist eine absolute Voraussetzung für die Erreichung des Grundziels. Demokratie muss es in jedem Sinne des Wortes geben: politische Demokratie durch Mitbestimmungsformen, die sich mit den kulturellen Eigenarten decken; soziale Demokratie die einen absoluten Zugang zu allen Formen der sozialen Sicherheit gewährleistet; und wirtschaftliche Demokratie, die allen am Produktionsprozess Beteiligten das Recht gewährt, diesen Prozess zu beeinflussen, wobei die Notwendigkeit eines ausreichenden Produktionsniveau zu berücksichtigen ist. Wirtschaftliche Partizipation und politische Mitbestimmung müssen auf verschiedenen Ebenen erreicht werden.
- **Solidarität** muss auch die Gesellschaft insgesamt durchdringen und ein Gefühl des gemeinsamen Interesses und der Solidarität erzeugen. Solidarität ist eine Voraussetzung für soziale Rechte, Sicherheit und Mitbestimmung.

- **Kulturelle Vielfalt:** Entwicklung muss auf der Anerkennung der kulturellen Vielfalt und des Grundrechts nationaler und internationaler Gruppen beruhen, ihre Ziele innerhalb ihres eigenen kulturellen Rahmens zu verfolgen. (...) die westliche Welt hat den Austausch tendenziell beherrscht, was zu einer zunehmenden Homogenisierung der Kulturen geführt hat.
- Unversehrtheit der Umwelt: ein Leben in Würde und Wohlergehen setzt die Beschäftigung mit der **menschlichen Umwelt** voraus. Die Verfolgung dieses Ziels ist dadurch bedingt, dass die Ökosphäre, von der schließlich alles Leben abhängt, geschont werden muss und dass die Entwicklungsanstrengungen nicht zur Überschreitung der „äußeren Grenzen“ führen dürfen, die den menschlichen Aktivitäten von der Natur gesetzt sind.
- **Egalität:** die Befriedigung der Grundbedürfnisse muss mit Maßnahmen zur Ausrottung der Armut gekoppelt werden. Es sollte festgehalten werden, dass Armut kein ausschließliches Problem des Globalen Südens ist; sie existiert auch in isolierten Bereichen innerhalb der wohlhabenden Gesellschaften, wo diejenigen unter ihr leiden, die aus verschiedenen Gründen weniger fähig sind, am Produktionsprozess teilzunehmen (ebd.: 78).

Diese Leitlinien sind als eine Formierung einer neuen (solidarischen) Lebensweise zu verstehen, da sie nicht nur bestehende Produktions- und Konsumverhältnisse kritisieren, sondern auf drei Dimensionen eingehen (ebd.: 74f.):

1. Als Bürger\*in nimmt das Individuum auf allen Ebenen am Planungs- und Entscheidungsprozess teil, nicht nur indem es sein Wahlrecht intelligent ausübt, sondern auch indem es ein aktives Mitglied der Gesellschaft wird.
2. Als Erzeuger hat das Individuum, indem es seine Arbeitskraft anbietet, die Möglichkeit, Macht und Einfluss auszuüben.
3. Als Verbraucher hat es eine Stimme im Produktionsprozess nicht nur im Hinblick darauf, wie Güter produziert werden sollten, sondern auch was zu Befriedigung der gesellschaftlichen Grundbedürfnisse produziert werden sollte.

Staatliche und wirtschaftliche Rentabilität ist somit nicht mehr das *non plus ultra*, sondern höchstens ein positiver Nebeneffekt der aus diesen Richtlinien resultiert (ebd.: 75). Ganz wichtig zu erwähnen ist die Entkoppelung der Begriffe „Entwicklung“ und „Wachstum“, da

sonst viele materielle (menschliche Umwelt; planetare Grenzen) und immaterielle Faktoren (Solidarität; Demokratie; Würde...) unberücksichtigt liegen gelassen werden (vgl. ebd.: 77).

Die reale Umsetzung dieser Leitlinien sieht der Bericht in der Ausübung staatlicher Macht (ebd.: 80). Doch dies geht einher mit einer Neuinterpretation der nationalen Souveränität bzw. der Implementierung eines weltweiten Subsidiaritätsprinzips:

„Entscheidungen mit externen Effekten, also Entscheidungen, die Auswirkungen für andere als die Entscheidungsträger haben, müssen auf einer Ebene, die diese anderen einbezieht, d. h. auf einer höheren Ebene, getroffen werden. Allgemein ist diejenige Entscheidungsebene optimal, bei der die externen Effekte nur gering sind. Das bedeutet, dass einige Entscheidungen - die mit globalen Konsequenzen - von internationalen Foren getroffen werden müssen, die die Weltbevölkerung repräsentieren.“ (ebd.: 94).

Ich möchte diese hier vorgestellte Perspektive auf die NWWO als Degrowth-Perspektive bezeichnen, und zwar aus mehreren Gründen. Zum einen weil in dem Bericht eine begriffliche Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Entwicklung angestrebt wird und eine Orientierung an quantitativen Wirtschaftswachstum aus mehreren Gründen kritisiert wird. Dies ist zugleich die Hauptkritik der Degrowth-Vertreter\*innen (AK POSTWACHSTUM 2016; BRAND/ACOSTA 2018; LATOUCHE 2010). Auch das Aufzeigen der planetaren Grenzen und der Appell unser Produktions- und Konsumsystem zu verändern charakterisiert eine große Ähnlichkeit. Weitere sind die Leitprinzipien: Solidarität, Egalität und Demokratisierung der Demokratie und der Wirtschaft. Ein weiterer Faktor ist, dass der Initiator dieses RIO-Berichts, nämlich der Club of Rome als gedanklicher Vorläufer der Degrowth-Bewegung angesehen werden kann.

### **5.2.2 Die Prebisch-Singer-These – Strukturalistische Perspektive**

„Country after country undertook deep unilateral liberalization, not just in trade but in foreign direct investment. (...) In 1991, for example, 35 countries introduced changes in 82 regulatory regimes, in 80 of them moving to liberalize or promote foreign direct investment. In 1995 the pace accelerated, with even more countries – 65 – changing regimes, most continuing the trend of liberalization. Capital is becoming even more concentrated globally as megacorporations merge, often across borders—Chrysler and Daimler, Hoechst and Rhone-Poulenc, Exxon and Mobil. From 1990 to 1997 the annual number of mergers and acquisitions more than doubled, from 11,300 to 24,600. (...) Multinational corporations are already a dominant part of the global economy – yet many of their actions go unrecorded and unaccounted. (...) The new rules of globalization—and the players writing them—focus on

integrating global markets, neglecting the needs of people that markets cannot meet. The process is concentrating power and marginalizing the poor, both countries and people” (U.N. 1999: 29ff.; 36; 99).

Diese Analyse des *Human Development Report* (UNDP 1999) der U.N. belegt mit Zahlen und Daten, dass die soziale Schere zwischen Armen und Reichen weiter aufgeht und dass die strukturellen Bedingungen eine Liberalisierung zugunsten großer TNKs vorantreibt. Ähnlich düster prophezeit die Prebisch-Singer-These die Entwicklungen des globalen Welthandels und der internationalen Arbeitsteilung.

Die Prebisch-Singer-These (These der säkularen Verschlechterung der Terms of Trade) befasst sich mit der Außenwirtschaft, genauer mit den Auswirkungen des Weltmarkts- und Handels auf die Terms of Trade der Primärgüter-Exporte. Beide Hauptvertreter Hans Wolfgang Singer und Raul Prebisch veröffentlichten 1949 Abhandlungen die eine Diskussion über die Entwicklung der realen Austauschverhältnisse anstieß. Beide vertreten die These, dass es zwei Wirtschaftsräume („Zentrum“ und „Peripherie“) gibt, die gemäß des Paradigmas des komparativen Kostenvorteils (Ricardo) in einem Güteraustauschverhältnis stehen (internationale Arbeitsteilung). Der Globale Norden mit seinen technologischen Entwicklungen fokussiert sich primär auf die Erzeugung industriell gefertigte Produkte (Maschinen, Autos, Technologien), während der Globale Süden sich auf das Entwicklungsmodell des Ressourcenextraktivismus, also auf das Produzieren von Primärgüter (Kaffee, Kakao, fossile Rohstoffe, Edelmetalle) fokussiert. Gemäß dem liberalem Theorem von Ricardo sollten beide Seiten von dieser internationalen Arbeitsteilung gleichermaßen profitieren, weil sie sich je auf die eigenen wirtschaftlichen Stärken und somit auf Kosten-günstiger Produktionen spezialisieren können. Laut Ricardo werden die Staaten die sich auf den Export von Ressourcen konzentrieren langfristig profitieren, da die Ressourcen knapp werden könnten und sich dadurch der Verkaufspreis erhöhen würde. Prebisch und Singer vertreten genau die entgegengesetzte Meinung. Laut der Prebisch-Singer-These verschlechtern sich langfristig die realen Austauschverhältnisse des Globalen Südens strukturell bedingt, da (vgl. OCAMPO/PARRA 2003: 8ff.):

- **Primärgüter** (natürliche Rohstoffe etc.) inferiore Güter darstellen. Bei steigendem Einkommen steigt deren Nachfrage unterproportional an. Inferiore Güter sind daher von einer niedrigen Einkommenselastizität geprägt. Es herrscht nämlich auf dem Weltmarkt ein intensiver Wettbewerb dieser Primärgüter, da sie substituierbar sind

(Homogenitätsgrad der Rohstoffe). Somit kann der Preis dieser Güter zwar stark variieren, aber nicht nach den Präferenzen des Globalen Südens angesetzt werden.

- **Industriell gefertigte Güter** (industrielle Fertigwaren) auf der anderen Seite stellen superiore Güter dar, also Güter die bei steigendem Einkommen überproportional nachgefragt werden. Aufgrund der Diversifizierung dieser Produkte besteht ein geringerer Wettbewerb und die Preise behalten ein hohes Niveau. Dadurch ergibt langfristig ein Realtransfer in die Industrieländer.

Die Auswirkungen sind langfristig betrachtet verheerend: Länder des Globalen Südens müssen immer mehr Primärgüter exportieren, damit sie ihren Bedarf an industriellen Erzeugnissen abdecken können. Mit anderen Worten wird die Importkapazität der Länder des Globalen Südens geschwächt. Aufgrund des verschärften Wettbewerbs am Rohstoffmarkt müssen die Erzeuger von Primärgüter mit Preissenkungen rechnen, was wiederum zu niedrigeren Löhnen und Abschwächung wohlfahrtstaatlicher Maßnahmen führt. Der Produktionsfortschritt der Industrienationen führt hingegen zu höheren Löhnen, was zu einem Lohndifferenzial zwischen Industrienationen und Staaten des Globalen Südens führt. Diese 1949 entwickelte Prebisch-Singer-These wurde mehrfach empirisch verifiziert (BLEANEY 1993; AKIYAMA/LARSON 1994; WORLD BANK 1996; OCAMPO/PARRA 2003; UNCTAD 2003 zit. in UNCTAD 2005: 85). Enzo Grill und Maw Cheng Yang kamen 1988 zu dem empirischen Ergebnis, dass sich die Terms of Trade der Staaten des Globalen Südens jährlich um 0,6% verschlechtert.

Prebisch forderte als Lösung dieses strukturellen Problems eine (Re-)Industrialisierung der Staaten des Globalen Südens, damit diese ihre Produkte diversifizieren können, damit sie weniger abhängig sind von Preisschwankungen auf dem Weltmarkt und damit sie ihren eigenen Bedarf an industriell erzeugten Produkte decken können. Die hierarchisch aufgebaute kapitalistische, asymmetrische „Zentrum-Peripherie“-Konstellation kann laut Prebisch durch Industrialisierung, regionale Integration (Koordinierung von Policies; Entwicklung regionaler Finanzinstitutionen) und den technologischen Transfer gelingen (vgl. OCAMPO 2001: 34f.). Integration meint hier nicht liberale Marktintegration im kapitalistischen Akkumulationsregime, sondern die Schaffung eines vernetzten Raumes zur gegenseitigen Unterstützung (Open Regionalism):

„In the area of physical infrastructure, in addition to developing harmonized rules on transport, energy and telecommunications it is extremely important to develop infrastructural networks conceived with a view to regional and not solely national integration. The development of infrastructure with this aim in view also highlights the need to visualize

spaces as common rather than purely national. An interesting case in this respect was the establishment in 1994 of the Association of Caribbean States, in order to promote greater cooperation in that subregion.” (OCAMPO 2011: 35).

Makroökonomische und politische Ziele dieser sozialen, politischen und wirtschaftlichen regionalen Integration sind: soziale Entwicklung; Harmonisierung der Regulationen und enge Zusammenarbeit. Dadurch können die Staaten des Globalen Südens mehr Autonomie erlangen und die asymmetrisch angelegten Terms of Trade mit dem Globalen Norden durchbrechen (vgl. ebd.).

Prebisch war von 1964 bis 1969 Generalsekretär der UNCTAD und gilt als einer der intellektuellen Speerspitzen dieser Organisationen. Seine Thesen wurden mehrfach empirisch verifiziert und seine Forschung wird im Rahmen der UNCTAD unterrichtet (vgl. Prebisch Lectures in UNCTAD 1997). Sein Einfluss auf die Forderungen und Richtlinien der UNCTAD sind daher unbestreitbar. Eine ähnliche Position – nämlich eine dependenztheoretische und dissoziative – möchte ich im Folgenden anhand von Dieter Senghaas vorstellen.

### **5.2.3 Senghaas – Dependenztheoretische und die dissoziative Perspektive**

Dependenztheorien sind gekennzeichnet durch ihre systematische und analytische Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherie. Ohne diese grundlegende Unterscheidung lassen sich nicht nur Defizite oder Mängel schwer verorten, es wird auch problematisch, unterschwellige Konfliktlinien aufzuspüren oder Potentaten zu identifizieren (PHILLIPS 2019: 34). Mit diesem theoretischen Ansatz lässt sich die Persistenz von ungleichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse im globalen Maßstab besser analytisch erfassen (ebd.). Im Entstehungskontext der Dependenztheorien spielt die 1948 geschaffene UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) eine große Rolle. Der Dependenzansatz wurde zu einem zentralen Aspekt der Weltsystemtheorie von Immanuel Wallerstein (vgl. BACHINGER/MATIS 2009: 123; 141).

Ausgangspunkt dieser dependenztheoretischen und dissoziativen Perspektive ist die Theorie des „peripheren Kapitalismus“ abgeleitet aus einer historischen und herrschaftssoziologischen Analyse von „Unterentwicklung“ (MATTHIES 1980: 45). „Unterentwicklung“ stellt keinen natürlichen Tatbestand sogenannter „traditionaler“ Gesellschaften dar, der durch „Modernisierung“ (Liberalisierung, Privatisierung, Technologisierung, Akkumulationsregime...) nach dem Vorbild der westlichen Industriegesellschaften zu überwinden wäre, sondern ist historisch das Resultat der erzwungenen Eingliederung der

Gesellschaften Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in eine asymmetrische, ungleiche und hierarchisierende internationale Arbeitsteilung während der Ära des Kolonialismus und Imperialismus (ebd.). Dependenztheorien bezeichnen europäische Gesellschaften mit starken Industrien, die sich auf den Export von verarbeiteten Gütern (Maschinen, Autos etc.) fokussieren als „Metropolen“. Die ehemaligen Kolonialgebiete bzw. Gesellschaften des Globalen Südens hingegen die sich auf die Produktion und Absatz von natürlichen Rohstoffen spezialisieren werden als „Peripherien“ bezeichnet. Diese duale Einteilung zeigt die Ähnlichkeit zu der – im vorherigen Kapitel beschriebenen – strukturellen Perspektive von Prebisch und Singer. Beide Ansätze sind sich auch einig, dass diese Art der internationalen Arbeitsteilung bzw. Spezialisierung zu einem sich ständig vergrößernden sozio-ökonomischen Entwicklungsgefälle zwischen den sich rapide industrialisierenden Metropolen einerseits und den in der Rohstoffherzeugung verharrenden Peripherien andererseits führt (ebd.: 46).

Senghaas (1975a) hat seine Thesen zum peripheren Kapitalismus und zu den peripheren Gesellschaftsformationen gegen seine Kritiker\*innen verteidigt. Seine These lautet wie folgt. Die Formation der kapitalistischen Metropolen ist gekennzeichnet durch (SENGHAAS 1975a: 286):

- die gesteigerte Produktivität im Agrarsektor in Folge der industriellen Revolution;
- die Entwicklung von Konsumgütern für den Massenkonsum
- die Formation eines industriellen Sektors der Güter für die Gütererzeugung herstellt (Maschinen...).

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann in der Peripherie eine partielle Industrialisierung, wobei die Außenorientierung der Ökonomie und der Fokus im Absatz von natürlichen Rohstoffen auf den Weltmarkt lagen (ebd.: 287). Der in Europa übliche Antagonismus zwischen der Agraroligarchie und der industriellen Bourgeoisie blieb aber aus. Teilssektoren, vor allem die die sich auf den Export konzentrieren wurden strukturell verbessert. Somit wurde der heimische Markt für die Konsumgüterproduktion vernachlässigt. So kam es auch zur Abhängigkeit der Peripherien von Konsum- bzw. Halb- und Fertiggütern aus den kapitalistischen Zentren (ebd.). Für Senghaas liegt der Defekt der peripheren Ökonomien darin, dass sie keine heimische Produktionsgüter herstellen, über wenig hoch-komplexe Technologie verfügen können und westliche Konsummuster entwickelten die sich an privilegierte Schichten wenden (ebd.: 288). Durch diese Art der wirtschaftlichen Orientierung werden ökonomisch besser gestellte soziale Gruppen bevorzugt. Dies bezeichnet Senghaas (1975a: 288) als strukturelle Heterogenität.

Zudem problematisiert Senghaas (1975a; 1976) die wirtschaftliche Penetration durch TNKs in den Agrar-, Kapitalmarkt-, und Industriesektor. Eine weitere Dimension dieser strukturellen Heterogenität die von TNKs weiter vergrößert wird ist gekoppelt mit der Unterscheidung zwischen internationalen und nationalen Kapital: das internationale Kapital dominiert den dynamischen Produktionssektor; okkupiert den Massenproduktionssektor; ist mit der staatlichen Apparatur (Joint Ventures) verbunden und ist monopolisiert (SENGHAAS 1975a: 289). Der Absatz dieser kapital- und arbeitsintensiven Güter geschieht über den Weltmarkt. TNKs agieren zwar global, deren Hauptsitz befindet sich jedoch hauptsächlich in den kapitalistischen Metropolen (SENGHAAS 1975b: 257). TNKs nutzen die schlechten Arbeits- und Umweltbedingungen gewisser Staaten der Peripherie und nutzen diese als Ressourcenquelle aus (ebd.: 259). Die herrschenden Klassen der Peripherie lassen sich auf diese strukturelle Heterogenität ein und kooperieren mit dem internationalen Kapital bzw. den TNKs, da sie eigene Interessen verfolgen (ebd.: 261).

Zusätzlich wird die „Metapower der TNKs“ beschrieben (ebd.: 268f.):

- TNKs sind eine historisch betrachtet aktuelle Organisationsform der kapitalistischen (Re-)Produktion.
- Sie penetrieren asymmetrisch die Peripherie und verstärken die strukturelle Heterogenität.
- Man kann sie nicht isoliert analysieren, sondern nur im historischen Kontext (man denke nur an die East India Co. vgl. Kap. 4.1).
- Sie sorgen für die strukturelle Deformierung der Peripherie und festigen die Abhängigkeit der Staaten der Peripherie von dem Weltmarkt.
- This is accompanied by their shameless appropriation of the wealth of the peripheries and a scramble for investment.

Mit diesen Dependenzansatz kann man folglich die “Entwicklung der Unterentwicklung” in einem globalen Kontext und in historischer Perspektive erfassen. Und auch hier gelten als Lösungsansätze die systematische Loslösung vom kapitalistischen Weltmarkt und die Schaffung einer eigenständigen Industrie. Unter Rückgriff auf die Schutzzoll-These von Friedrich List und auf die Dependenztheorien fordern Dissoziationist\*innen zumindest eine befristete und selektive Abkoppelung des Globalen Südens bzw. der peripheren Ökonomien vom Weltmarkt und von den kapitalistischen Metropolen des Globalen Nordens (BRAUN 1985: 157).

#### **5.2.4 Integrationistische Perspektive I: Allgemein**

Bisher wurden Positionen vorgestellt die nicht mehr eine liberale Vision eines freien Welthandels sondern eine soziale bzw. sozialistische Vorstellung einer gerechten Weltordnung als Ausgangspunkt und/oder als Ziel einer Reform der Weltwirtschaftsordnung deklarierten (vgl. BRAUN 1985: 149). Die Forderungen der NWWO wurden seitens der Integrationist\*innen oftmals als Dirigismus, Interventionismus und als „Planwirtschaft“ bezeichnet. Doch diese Vorwürfe sind offensichtlich einem Ideologieverdacht ausgesetzt, da ausgerechnet im Agrar- und Rohstoffsektor seit Jahrzehnten in der Europäischen Gemeinschaft ein staatliches Interventionssystem existiert (ebd.: 155).

Der theoretische Ausgangspunkt dieser integrationistischen Position ist das bereits öfters erwähnte Theorem des komparativen Kostenvorteils (Ricardo). Nach dieser klassischen Freihandelsdoktrin gewinnen alle am internationalen Handel beteiligten Akteure und Staaten, sofern sie sich nur arbeitsteilig auf jene Waren spezialisieren, bei deren Herstellung sie ihre jeweils lokalen Produktionsfaktoren (Arbeit, Zeit, Kapital, Land) am besten einzusetzen vermögen (MATTHIES 1980: 39). Nach Auffassung der Integrationist\*innen kann nur über eine verstärkte Integrierung der Staaten des Globalen Südens am Welthandel eine Dynamisierung der Industrie und Wirtschaftswachstum entstehen (ebd.). Eine Industrialisierung des Globalen Südens führt zum Import von Investitionsgütern aus dem Globalen Norden, deren Finanzierung durch die Exporteinkünfte sichergestellt werden kann (ebd.). In Bezug auf die NWWO ist eine wesentliche Zielsetzung der Integrationist\*innen die Abhängigkeit des Globalen Südens von reinen Rohstoffexporten zu verringern und stattdessen den Aufbau einer Industrie zur Fertigung von verarbeiteten Waren zum Export in den Globalen Norden zu fördern (ebd.: 40). Mit anderen Worten: die aus der Kolonialzeit überkommene „komplementäre“ Arbeitsteilung zwischen Globalen Süden (liefern Rohstoffe) und Norden (liefern Industriewaren) soll in eine neue „substitutive“ Arbeitsteilung überführt werden (ebd.). Dadurch ergeben sich folgende Vorteile für den Globalen Süden:

- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Aufbau exportorientierter Industrien
- Verbreitung von Wissen und Technologie
- Verringerung der Abhängigkeit von Rohstoffexporten und damit von schwankenden Rohstoffexporterlösen
- Erwirtschaftung zusätzlicher staatlicher Devisen

- Verminderung von Handels- und Zahlungsbilanzproblemen

In Folge dessen können weitere Infrastrukturvorhaben finanziert und umgesetzt werden. Damit geht wiederum die Stärkung des Binnenmarktes einher. Langfristig steigert man so den Lebensstandard und das Wirtschaftswachstum. Als Musterbeispiele für eine gelungene Weltmarktintegration werden die asiatischen Tigerstaaten (hauptsächlich Südkorea, Singapur, Malaysia und Hongkong) genannt (vgl. ebd.).

Der Streit dreht sich hauptsächlich um die Unterscheidung von „positiver“ und „negativer“ Integration und um die Frage „wie frei ist eigentlich der freie Weltmarkthandel?“. Bei einer negativen Integration kann es sich um die Beseitigung von Grenzen und (Handels-)Hindernisse (z.B. Handelszölle, Regulationen) einer freien internationalen Konkurrenz handeln. Positive Integration kann hingegen als ein Prozess der Rekonstruktion von Systemregulation auf supranationaler Ebene verstanden werden (vgl. ZÜRN/ECKER-EHRHARDT 2013). Diese Unterscheidung lässt sich nicht auf eine wirtschaftliche oder politische Dimension anwenden, sondern auch auf eine kulturelle. Negative Integration wäre hierbei die kulturelle Standardisierung (Amerikanisierung bzw. McDonaldisierung der Welt, vgl. RITZER 2006), während positive Integration die Einführung eines Regulationssystems auf trans- oder supranationaler Ebene für den Aufbau einer multikulturellen bzw. kosmopolitischen Gesellschaft bedeutet (vgl. ZÜRN/ECKER-EHRDARDT 2013). Die Frage wie frei der Freihandel ist, wird kontrovers debattiert. Für einen der renommiertesten Intellektuellen Noam Chomsky ist jedes Wort in der Phrase „Freies Handels-Abkommen“ falsch, da es weder frei, noch ein Abkommen ist und sich auch nicht um Handel bezieht, sondern um Investitionsschutz und Protektionismus (CHOMSKY 2015). Er kommentierte – den in strenger Geheimhaltung<sup>49</sup> abgewickelten – „Trans-Pacific Partnership Trade Deal“ der Obama-Administration folgendermaßen:

“The Obama administration’s Trans-Pacific Partnership trade deal is an assault, on working people intended to further corporate domination. It’s designed to carry forward the neoliberal project to maximize profit and domination, and to set the working people in the world in competition with one another so as to lower wages to increase insecurity. It’s called free trade, but that’s just a joke. These are extreme, highly protectionist measures designed to undermine freedom of trade. In fact, much of what’s leaked about the TPP indicates that it’s not about trade

---

<sup>49</sup> Erst durch die von Wikileaks enthüllten Emails und Dokumente konnte der geheimgehalte Obama-Pazifik-Deal öffentlich gemacht werden (vgl. CARTER/GRIM 2014).

at all, it's about investor rights." – so Chomsky im Huffington Post Interview (CARTER/GRIM 2014).

Hier sehen wir dieselbe Kritik an TNKs die zuvor Dieter Senghaas, Dependenztheoretik\*innen, Raul Prebisch und die NWWO geübt haben. Die Kritiker\*innen der integrationistischen Perspektive kritisieren demnach nicht nur die Prämissen des komparativen Kostenvorteils, da diese die asymmetrischen historischen Entwicklungsgrade und Verhandlungsstärken außer Acht lassen, sondern auch das Konzept der substitutiven Arbeitsteilung. Es läuft nur darauf hinaus, dass die bisherige ungleiche Arbeitsteilung, auch wenn auf einem höheren Entwicklungsniveau, fortbesteht. Die technologisch anspruchsvolleren, kapitalintensiveren und stärker volkswirtschaftliche Werte schöpfende Produktion würde dabei auch weiterhin ein Monopol des Globalen Nordens bleiben (MATTHIES 1980: 42). Auch wurde die Annahme des „Trickle-Down-Effekts“ nie empirisch bewiesen (bzw. sogar von den Daten der Weltbank, ILO und einzelner Länderanalysen aus dem Jahr 1980 widerlegt, vgl. MATTHIES 1980: 43). Die Behauptung, dass über Exporte erzielt es gesamtwirtschaftliches hohes Wachstum letztlich auch bis zu den ärmsten Bevölkerungsschichten der Staaten des Globalen Südens „durchsickert“, sei es in Form von verbesserten Verdienstmöglichkeiten für den einzelnen oder in Form von verbesserten Infrastruktureinrichtungen (Schulwesen, medizinische Versorgung, öffentlicher Transport...) für alle (ebd.: 43). Auch der gewünschte technologische Transfer blieb quantitativ als auch qualitativ aus, weil in den Weltmarktfabriken der TNKs nur einfach Teilfertigungen bzw. Elementartätigkeiten erforderlich sind und diese in den kostengünstigeren Staaten des Globalen Südens vollzogen werden (ebd.: 44).

Integration im Sinne der NWWO sieht wie folgt aus (LANGHAMMER/STECHE 1980: 127-138):

- Öffnung der Industrieländermärkte für Güter aus dem Globalen Süden
  - Protektionismus, Interventionismus und Zölle sollen für Güter des Globalen Südens abgebaut werden, damit sich die Exporterlöse dieser Staaten erhöhen.
- Abbau von Zollhemmnisse damit ein stärkerer Süd-Süd-Handel entstehen kann.
  - Die Staaten des Globalen Südens müssen untereinander mehr kooperieren und Freihandelszonen schaffen.
- Kapitalabfluss soll verhindern bzw. vermindert werden
  - Statt bilaterale Kapital- bzw. Investitionsschutzabkommen, sollen allgemeingültige Regeln für den Kapitalmarkt aufgestellt werden. Diese Regeln

müssen zunächst aufgestellt und von Staaten des Globalen Südens wie des Nordens eingehalten werden. Diese Regeln können eine Verfahrensprozedur für Verstaatlichungen inkludieren.

- Das Konzept der Entwicklungshilfe soll durch die Stabilisierung der Exporterlöse abgelöst werden. Exporterlöse bestimmter Rohstoffe sollen garantiert werden. Liegen die Erlöse unterhalb eines langjährigen Mittelwerts zahlen die Staaten des Globalen Nordens die Differenz. Die bisherige Garantie für Exporteinnahmen des IWF, das auf eine Kreditbasis, also mit einer Rückzahlungspflicht verbunden ist und lediglich für nominale Exporterlöse gilt, soll demnach umformuliert werden.

Eine weitere Formulierung einer integrationistischen Perspektive erfolgte durch den Brandt-Report (auch Nord-Süd-Report genannt).

### **5.2.5 Integrationistische Perspektive II: Brandt-Report**

Auf Anregung der Weltbank und mit einem Etat von 8 Millionen DM wurde eine „unabhängige Kommission für internationale Entwicklungsfragen“ geschaffen, die Ende 1977 ihre Arbeit aufnahm und im Februar 1980 ihren - in der deutschen Ausgabe 380 Seiten umfassenden - Bericht dem UNO-Generalsekretär übergab (WENDORFF 1984: 147). Schwerpunkte dieses Berichts waren:

- Bekämpfung der weltweiten Armut
  - Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion
- Verstärkter Transfer von Kapital und Technologie
  - Neuordnung des Weltwährungssystems
  - Einführung einer (anonymen) „Entwicklungssteuer“
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Sicherung des Weltfriedens
- Umweltschutz

Viele der thematisierten Problemfelder sind heute noch brandaktuell. Die Vorschläge und Ansätze in diesem Bericht sind jedoch nach der selbstkritischen Feststellung im Bericht "nicht revolutionär" (BRANDT 1980: 87). Der Bericht befürwortet einen Wandel der internationalen Ordnung im Sinne einer sozialen und gerechten Weltwirtschaftsordnung und ist als Appell an das Gewissen von Politiker\*innen zu betrachten. Der Bericht entstand zu einer Zeit des marktradikalen Denkens (Margaret Thatcher; Ronald Reagan), des liberalen Mainstreams

(Washington Konsensus) und zu einer Zeit des US-Interventionismus im Kalten Krieg. Der Brandt-Bericht kann als gewisse Renaissance keynesianischer Ordnungs- und Gestaltungspolitik betrachtet werden (NUSCHELER 1985: 296). Als Antwort auf den Kalten Krieg forderte der Bericht die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, der Armut und den langfristigen Abbau des Nord-Süd-Gefälles (ebd.: 297).

Postuliert wird ein „gemeinsames Interesse“ der Staaten des Globalen Nordens und Südens aufgrund von Faktoren die uns alle betreffen, nämlich Krieg, Ökologie und Armut. Einerseits geht es um das Überleben der gesamten Menschheit, aufgrund der ökologischen Krise und aufgrund planetarer Grenzen. In diesem Aspekt kann dieser Bericht in eine Reihe grundlegender sozial-ökologischer Dokumente, Berichte und Prognosen eingereiht werden (Brundtland-Bericht; Global2000-Studie; Meadows et al. 1972). Laut dem Bericht betrifft Krieg und globale Armut jeden Staat und somit die gesamte Menschheit. Arbeitslosigkeit und ungenutzte Produktionskapazitäten im Norden und Armut und ungestillte Bedürfnisse im Süden sollen sich ergänzen. Der Bericht gibt keine konkreten Policy-Vorschläge, sondern strahlt den Geist Keynes aus: „[d]urch die Transferierung von viel Kapital in den Süden soll eine Initialzündung bewirkt werden: Kapital führt zum Import von Gütern aus dem Norden, und so ergibt sich aus der Nachfrage jener Kreislauf, den Keynes den Volkswirtschaften empfohlen hat und der nun auf die Welt als Ganzes übertragen wird“ (WENDORFF 1984: 167).

Der Sozialdemokrat Willy Brandt und sein Bericht versuchte ein Gegengewicht zu wirtschaftsliberale Positionen darzustellen, übersieht aber in seiner bewusst gewählten diplomatischen Haltung viele Elemente der globalen Machtpolitik (vgl. MATZKE 1983). Der Brandt-Bericht postuliert nämlich ein gemeinsames Schicksal der Menschheit und somit eine wechselseitige Abhängigkeit und daraus resultierende gemeinsame Interessen des Globalen Norden und Südens (vgl. WILLY BRANDT-STIFTUNG 2013: 16). Dieses Postulat von gemeinsamer Interessen kann als unzulässige Relativierung des Nord-Süd-Gefälles betrachtet werden. Es blendet den US/CIA-geführten Putsch der demokratisch gewählten Allende-Regierung in Chile oder der Sandinista-Regierung in Nicaragua in den 1970er vollkommen aus. Es blendet historische gewachsene Strukturen des Kolonialismus und Imperialismus ebenfalls aus.

Brandt ging von einen „qualitativen Wachstumsbegriff“ aus (ebd.). Wachstum soll demgemäß vielen Menschen zu Gute kommen, für eine gerechte Einkommensverteilung sorgen und die Grundbedürfnisse der Ärmsten befriedigen sowie die kulturelle Eigenständigkeit von Völkern

und Gesellschaften bewahren (ebd.: 17). Wie es zu diesem qualitativen Wachstum kommt, wird mit keinem konkreten Beispiel oder Policy-Empfehlung beschrieben. Stattdessen appelliert der Bericht an das Gewissen der Verantwortlichen dieser Welt und setzt Menschenrechte, Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden, gegenseitigen Respekt, Liebe, Freigiebigkeit, Vernunft, mitmenschliche Verpflichtungen, Generationengerechtigkeit, Solidarität, Mitmenschlichkeit als Eckpfeiler einer neuen Weltordnung voraus (ebd.; 19). Es lassen sich einige Parallelen zu den Forderungen der NWWO ziehen, da die Charta der NWWO ebenfalls von einer Solidarität der Völker, Frieden, sozial-gerechten Umverteilung und Bewahrung der heimischen Kulturen und Traditionen ausgeht.

Insgesamt zeigt der Brandt-Bericht sozialdemokratisch-keynesianische und sozial-gerechte Züge, spricht aber die Kernwidersprüche unserer kapitalistischen Weltsystems (unendliches Wirtschaftswachstum; ursprüngliche Akkumulation; Kolonialismus; Imperialismus...) nicht an (zu den Widersprüchen vgl. ALTVATER 2009). Der Bericht lässt sich in die integrationistische Position einordnen, da er die Lösung für die Überwindung des Nord-Süd-Gefälles in die Eingliederung und Integration der Staaten des Globalen Südens in den kapitalistischen Weltmarkt sieht.

### **5.2.6 Collective Self-Reliance und Selektive Kooperation als Mittelweg?**

Der Begriff der Collective Self-Reliance (CSR) kann als Entwicklungsstrategie gesehen werden und geht auf die Formierung der G-77 bzw. den Anfängen der UNCTAD zurück (LEMPER 1977: 115). Dieser Begriff grenzt sich deutlich ab von Autarkie, Isolationismus und auf der anderen Seite von Abhängigkeit und Entfremdung (ebd.). Im Sinne einer selektiven Kooperation steht diese Entwicklungsstrategie für mehr politische Solidarität, regionale Integration und Kooperation, Handel und Technologietransfer unter den Staaten des Globalen Südens (MATTHIES 1980: 58). Für die meisten Staaten scheint weder eine relativ weltmarktunabhängige Entwicklung noch eine relativ weltmarktabhängige Entwicklung eine sinnvolle und praktikable Entwicklungsstrategie zu sein (ebd.). Insofern kann die CSR als eine Art Mischstrategie angesehen werden. Es gilt im Interesse einer gleichgewichtigen und selbstverantwortlichen Entwicklung selektive Politiken und Kooperationen zu entwickeln, die den günstigen Einfluss des internationalen Systems maximieren, dessen schädliche Einflüsse jedoch minimieren (vgl. ebd.). Es handelt sich mit anderen Worten um eine strategische und kontrollierte Zusammenarbeit der Staaten des Globalen Südens untereinander und mit denen des Globalen Nordens. Mit dieser Strategie erhoffen sich die Staaten des Globalen Südens mehr

Selbstbestimmungsmöglichkeiten und eine erhöhte Selbstverantwortung (LEMPER 1977: 116).

Als praktische Ziele dieser Strategie gelten die Industrialisierung, die Modernisierung der Agrarwirtschaft und die wirtschaftliche Deckung des eigenen Haushalts (ebd.). Industrialisierung benötigt jedoch eine starke Kaufkraft, damit die Produkte auch abgesetzt werden und ein erhöhter Technologietransfer damit die Produkte überhaupt bzw. noch effizienter geschaffen werden können (ebd.: 118). Und genau hierin besteht ein Interessenskonflikt zwischen den nationalen Interessen einer Industrialisierung und den kommerziellen Interessen der TNKs, die einen geringen Eigennutzen vom Technologietransfer oder konkurrierende Produkte zu erwarten haben. Insofern werden die TNKs als Hindernis der regionalen Entwicklung betrachtet (LEMPER 1977; AVERY 1988).

In Bezug zu den Globalen Norden versucht diese Entwicklungsstrategie folgende Punkte zu realisieren (LEMPER 1977: 119):

- Bessere Handelskonditionen (exchange and trading conditions)
- Höhere Absatzpreise
- Höhere Auslandsdevisen
- Bessere Verhandlungspositionen und bessere politische und wirtschaftliche Druckmittel (leverage)

Das Wort „Collective“ meint in diesem Kontext also eine kollektive Verhandlungsstärke gegenüber den Globalen Norden. Auf der anderen Seite meint es die Kooperation und gegenseitige Hilfe der Staaten des Globalen Südens, damit diese ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihren Absatzmarkt erhöhen und technologisch sowie wirtschaftlich Fortschritte erzielen können. Lemper (1977: 119) beschreibt die Vorteile dieser Zusammenarbeit innerhalb dieser Strategie folgendermaßen:

“Such attention to the common interest would perform yet another function, and one which is most important from the point of view of industrial policy: it would combine the development potential on the necessary level to initiate and further promising industrialization processes on a broad enough basis of differentiation and diversification of the division of labour. This would be an important means of breaking out of the narrowness of the local markets which is often deplored by the developing countries themselves. Many developing countries are in fact suffering from narrowness of their domestic market due to the small size of their population, a

handicap which makes itself felt the more acutely because it is often aggravated by low population density.”

Aufgrund der historischen bedingten Außenorientierung im Sinne einer Abhängigkeit vom Weltmarkt und den Staaten des Globalen Nordens, bedeutet dieser strategische Mittelweg für die Staaten des Globalen Südens eine Neuorientierung. Sie waren bis dato entweder kolonialisiert oder auf den Absatz von Rohstoffen für den Weltmarkt spezialisiert. Diese Neuorientierung geht in Richtung regionale Integration nach dem Modell der Europäischen Union (damals EG) und setzt eine gewisse Mobilität und Flexibilität der heimischen Strukturen, Kapazitäten und Ressourcen voraus (OTEIZA/SERCOVICH 1976: 665). Dieses alternative Entwicklungsmodell übersieht nicht die historisch bedingte Form internationaler Hierarchien, Abhängigkeiten und Dominanz des Globalen Nordens, sondern setzt im Gegenteil auf die Vereinigung der marginalisierten Staaten (ebd.:666). Die Überwindung dieser Hierarchien gelingt nicht nur durch ökonomische Zusammenarbeit des Globalen Südens, sondern auch durch kulturelle und technologische Unabhängigkeit. Der Informationsaustausch und die Kollaboration der Massenmedien wird als ein Mittel gegen die Entfremdung und Abhängigkeit betrachtet (ebd.: 668).

Die analytische Schwäche der Dependenztheorien liegt laut Avery (1988: 150) in der simplifizierten und dichotomen Einteilung der Staaten in „abhängige“ und „unabhängige“ Staaten. Für ihn ist die CSR-Strategie daher kein Weg in die absolute Unabhängigkeit, sondern ein Mittel die negativen Auswirkungen der kapitalistischen Weltmarktintegration zu überwinden. In seiner empirischen Studie zu den regionalen Integrationsprojekten Lateinamerikas der 1970er und 1980er: Latin American Free Trade Association (LAFTA), Central American Common Market (CACM) und Andean Common Market (ACM) kam er zu dem Ergebnis, dass die regionale Integration der Staaten Lateinamerikas die Abhängigkeit zum Weltmarkt und zu den Globalen Norden verringerte (AVERY 1988: 161). Aber auch hier sieht man ein Dominanzverhältnis, da stärker industrialisierte Staaten und ressourcenreichere Staaten mehr Einfluss auf die kleineren Staaten in Lateinamerika ausüben können (ebd.).

Nun komme ich auf zwei antagonistische Positionen zu sprechen, die jeweils andere Faktoren für die Entwicklungsprobleme festmachen.

### **5.2.7 Endogene Ansätze bzw. (neo)liberale Positionen**

Endogene Erklärungsversuche der Entwicklungsprobleme des Globalen Südens haben eine längere Tradition. Die ersten sind die historischen Stufen- bzw. Stadientheorien, welche von

einer evolutionären Vorstellung von wirtschaftlicher Entwicklungsgesetze ausgehen (BRAUN 1985: 81). Der Wirtschaftshistoriker Walt Rostow entwickelte als Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie eine Stadientheorie, in welcher er fünf Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung skizziert. Das erste Stadium ist für ihn die traditionelle Gesellschaft „deren Struktur innerhalb begrenzter Produktionsmöglichkeiten entwickelt ist, die auf vornewtonscher Wissenschaft und Technik basiert sowie auf einem vornewtonschen Verhalten gegenüber der physikalischen Welt“ (ROSTOW 1960: 18-32, zit. in. BRAUN 1985: 82). Mal abgesehen von der unpräzisen Operationalisierung der Begriffe, blendet diese Theorie strukturelle Faktoren des Kolonialismus vollkommen aus (vgl. BRAUN 1985: 82f.). Die Bedeutung dieser Theorie liegt demnach nicht in ihrer analytischen Stringenz, sondern in ihrer optimistischen Programmatik: rückständige Gesellschaften können, solange sie dem westlichen Vorbild der Modernisierung folgen, den Aufstieg ins nächste Stadium schaffen (ebd.: 86). Diesen Grundtenor, diese große Erzählung (Lyotard) bzw. dieser liberale Mythos<sup>50</sup> kann in allen Varianten liberaler Entwicklungstheorien entdeckt werden.

Parallel zur Stadientheorie entwickelten Wirtschaftswissenschaftler im angelsächsischen Sprachraum die sog. Teufelskreistheorie. Die Grundthese lautet, dass sozio-ökonomische Unterentwicklung durch einen Zirkel sich selbst verstärkender endogener Mechanismen verursacht wird. Der Teufelskreis der Armut besteht in der Abhängigkeit zwischen niedrigem Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung, niedriger Investitionsquote, geringen Wachstum und niedrigem Volkseinkommen. Daher kann die Bevölkerung nur wenig Nachfrage nach Konsumgüter generieren und wenig sparen (ebd.: 87f.). Der Kreis schließt sich schlussendlich mit einer scheinbar einfachen, aber umso falschen Logik: ein armer Staat ist arm weil er arm ist (ebd.: 88). Ein klassischer Beweisfehler (Hysteron-Proteron), bei dem die Voraussetzungen das zu Beweisende schon enthalten. Und auch hier ist die Lösung aller wirtschaftlichen Probleme das Kopieren des westlichen kapitalistischen Entwicklungsmodells:

„Der Kapitalismus ist die erste Wirtschaftsordnung, die Wege aus dem für fast alle Menschen in allen Zeiten und Kulturen bezeichnenden Ur-Elend, aus hoffnungsloser, als schicksalhaft betrachteter Armut, Unwissenheit, Ohnmacht gegenüber Oberen in jenseits und diesseits und aus kurzem Leben gewiesen und beschränkt ist (...). Der kapitalistische Imperialismus hat

---

<sup>50</sup> Myth is a powerful presence in Western thinking, despite the alleged victory of logos over mythos in Greek antiquity and despite all the attempts of the Enlightenment to denigrate it and explain it away. (HEUSSER/GRABHER 2002: 9). Mythen erzählt man sich weiterhin, um sich in der Welt zu orientieren. Es stellt eine Wahrheit höherer Ordnung dar, die nicht einfach nur stimmt, sondern darüber hinaus auch normative Ansprüche stellt und formative Kraft besitzt (HAHN 2009).

neben der – in der geschichtlichen Erfahrung selbstverständlichen – Unterdrückung und Ausbeutung auch neue, lebenserhaltende und bereichernde Möglichkeiten angeboten und zwar, muss ich hinzusetzen, desto entschiedener, je kapitalistischer, also dynamischer er war.“ (BEHRENDT 1971: 94, zit. in. BRAUN 1985: 89).

Auch hier kann festgehalten werden: die systematische Ausblendung geschichtlicher Entwicklungen ist eine systemimmanente Konsequenz ihres erkenntnistheoretischen, a-historischen Ansatzes (ebd.: 91).

In Bezug auf die NWWO publizierte das Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg (HWWA) mehrere Bänder um politische Entscheidungshilfen zu liefern (KEBSCHULL et al. 1977: 6). Für die Autoren ist die Integration (*Aid by Trade*) der Staaten des Globalen Südens gescheitert, da sie „technologisch rückständig sind, der Konkurrenz der Industrienationen nicht standhalten können und aufgrund protektionistische Maßnahmen des Globalen Nordens (ebd.: 32). Als weiterer Grund für die Entwicklungsprobleme wird die ungünstige Preisentwicklung der Hauptausfuhrproduktion des Globalen Südens genannt (ebd.: 35).

Die Forderung ausländisches Eigentum verstaatlichen zu können und zwar mit Entschädigung nach nationalen Gesetzen wird vehement kritisiert (ebd.: 53). Ebenso wird Kritik an das Recht auf die Bildung von Rohstoffkartellen geübt (ebd.). Auch die Forderung des Globalen Südens einen Common-Fonds zu errichten um die Preisschwankungen zu stabilisieren, wurde mit marktwirtschaftlichen Argumenten kritisiert: „[i]n den westlichen Marktwirtschaften wäre ein Eintreten des Staates nur begrenzt möglich. Anleihen zugunsten des Common Fund würden zu Lasten anderer staatlicher Anleihen gehen und damit schwierige haushaltstechnische Fragen aufwerfen“ (ebd.: 70). Außerdem fallen Kosten an für die Common-Fund-Behörde und eine „ganze Reihe zusätzlicher administrativer Gebilde“ (ebd.: 77). Polemisch wird dies zurückgeworfen: „[v]or allem die Kosten dieser Verwaltungswasserköpfe veranlasste die Verbraucherländer zu großer Skepsis gegenüber der Konstruktion eines Common Fund“ (ebd.). Ganz in der Tradition liberaler Denker die zuvor in Bezug auf die Stadienlehre bzw. Teufelskreisthese erwähnt wurden setzt auch die folgende Kritik an dem Rohstoffprogramm der NWWO an: „[s]trukturelle bzw. technologische Hindernisse im Hinblick auf die Förderung der Weiterverarbeitung von Rohstoffen kommen vor allem zum Ausdruck im Mangel an:

- Kapital,
- Ausgebildeten Arbeitskräften,
- Infrastruktur,

- Technisches Wissen,
- Geeigneten ökologischen und klimatischen Voraussetzungen (ebd.: 91).

Die Forderung der NWWO zur Neuregelung ihrer Verschuldung wird mit folgenden Argumenten abgelehnt. Eine einmalige Schuldenstreichung würde zwar zunächst die Probleme der Verschuldung, nicht aber die langfristigen Ursachen beseitigen, die zur starken Verschuldung geführt haben. „Zu ihnen zählen neben rückläufigen Exporterlösen die nicht stabilitäts- und wachstumspolitisch orientierte Haushaltspolitik, eine eher inflationsfördernde Konjunkturpolitik und die in der Vergangenheit zumeist nicht rationelle Verwendung der Kredite. Weitere Ursachen sind eine falsche Wechselkurspolitik, unzureichende Förderung und eine ungenügende Intensivierung der Exportbemühungen sowie eine verfehlte Industrialisierungsstrategie“ (ebd.: 211f.). Schlussendlich wird die Politik der Staaten des Globalen Südens gegenüber den TNKs als restriktiv und als eine Art Dirigismus abgestempelt (ebd.: 239ff.).

In Summe blenden liberale und konservative Ansätze die systematische Verschlechterung der Terms of Trade der Staaten des Globalen Südens, die Folgen des Kolonialismus und Imperialismus und die strukturellen Abhängigkeiten vom Weltmarkt vollkommen aus. Diese Ansätze übersehen also bestehende und historisch kontingente Macht- und Herrschaftsverhältnisse vollkommen aus. Sie postulieren als Vorbild die westliche Modernisierungsstrategie die auf kapitalistischer Akkumulation und (unendliches) Wirtschaftswachstum basiert.

### **5.2.8 Exogene Ansätze bzw. (Neo-)Imperialismustheorien**

Gegen das „Elend der bürgerlichen Entwicklungstheorien“ argumentierten ab den 1960er Jahre ideologiekritische und (neo-)marxistische Theorien sowie Ansätze aus der Friedensforschung (NUSCHELER 1985: 16). Beflügelt wurde dieser neue Ansatz durch die krisenhafte Nicht-Entwicklung in großen Teilen des Globalen Südens und nicht zuletzt durch die moralische Demontage der Weltordnungspolitik des US-Imperiums infolge des Vietnam-Kriegs (vgl. ebd.). Auch die Friedensforschung kann unter diesen exogenen Ansätzen gezählt werden (ebd.: 17):

„Entwicklungsforschung wurde zur Friedensforschung, die einen durch Gerechtigkeit und Entwicklung definierten „positiven Frieden“ von einem allein durch die Abwesenheit von Krieg definierten „negativen Frieden“ unterschied und Gewalt nicht nur an militärischen Konflikten, sondern als „strukturelle Gewalt“ (Galtung) auch an Ausbeutungs- und

Unterdrückungsmechanismen festmachte“ (vgl. GROTEN 1977 zit. in NUSCHELER 1985: 17).

In Anlehnung an John Hobson formulierte Wladimir I. Lenin seine Imperialismus-Theorie, die später Grundlage und Muster der Lehre des offiziellen Marxismus in der UdSSR werden sollte (BRAUN 1985: 92). Armut und Entwicklungsprobleme entstehen laut diesem Ansatz aufgrund des permanenten Werte-Transfers von den Peripherien in die industriellen kapitalistischen Zentren (ebd.). Lenin formuliert es folgendermaßen:

„Wurde eine möglichst kurze Definition des Imperialismus verlangt, so musste man sagen, dass der Imperialismus das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist. Eine solche Definition enthielte die Hauptsache, denn auf der einen Seite ist das Finanzkapital, das Bankkapital einiger weniger monopolistischer Großbanken, das mit dem Kapital monopolistischer industrieller Verbände verschmolzen ist, und auf der anderen Seite ist die Aufteilung der Welt, der Übergang von einer kolonialen Politik, die sich unbehindert auf noch von keiner kapitalistischen Macht eroberte Gebiete ausdehnt, zu einer kolonialen Politik der monopolistischen Beherrschung des Territoriums der restlos aufgeteilten Erde.(...). Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist“ (LENIN 1961: 837f. zit. in BRAUN 1985: 93).

Mit diesem Erklärungsmuster versucht man den Expansion- und Akkumulationsdrang des Kapitalismus und somit Macht- und Herrschaftsverhältnisse im globalen Maßstab besser analytisch zu erfassen. Die Folgen der fortschreitenden Durchkapitalisierung und Aufteilung der Welt sind Unterdrückung, Abhängigkeit, Ausbeutung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern (ebd.). Da dieser Expansions-, Akkumulations- und Wachstumsdrang nie gesättigt werden kann, beginnt der Kapitalismus seine eigenen Existenzgrundlage zu zerstören (ebd.: 94). Der I. Weltkrieg wird als unmittelbares Produkt dieser kapitalistischen Konstellation betrachtet (ebd.).

Alternativ zu Lenin versuchten orthodox-marxistische Strömungen mit dem Begriff des Neokolonialismus die Entwicklungsprobleme des Globalen Südens noch präziser zu erklären. Durch öffentliche Entwicklungshilfen versuchen die Staaten des Globalen Nordens ihre zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten des privaten Kapitals in den Globalen Süden zu kompensieren (ebd.: 99). Ihr Ziel ist es darüber hinaus, die Empfängerländer politisch wie

wirtschaftlich an die kapitalistische Weltordnung zu binden und dem privaten Kapital insbesondere den TNKs bessere Export- und Investitionschancen zu verschaffen (ebd.). Härter formuliert: das kapitalistische Instrument staatlicher Entwicklungshilfe ist die Fortsetzung kolonialer Ausbeutung mit subtileren Mitteln (ebd.).

Neomarxistische Autoren wie Paul Baran, Paul Sweezy, Harry Magdoff, Leo Hubermann, Andre Gunder Frank, Samir Amin, Christian Palloix, Pierre Jalée, Giovanni Arrighi oder Briten aus dem Umkreis des Institute for Development Studies formulierten eine Gegenposition zu den neoklassischen Erklärungsmuster der Entwicklungsprobleme des Globalen Südens (vgl. STOCKMANN/MENZEL/NUSCHELER 2016: 112). Nicht innergesellschaftliche also endogene, kulturelle oder gar mentale, sondern außergesellschaftliche, vor allem außerwirtschaftliche Faktoren seien für die Entwicklungsprobleme verantwortlich (ebd.: 113). Daher wird von diesen Autoren oftmals von einer „Entwicklung der Unterentwicklung“ gesprochen. Das Kernargument Barans, des Gründervater der neoimperialistischen Theoriebildung, lautet: in Europa setzte sich der Kapitalismus gegen den Feudalismus durch. Im Zuge der kolonialen Expansion nach Übersee kam es zum Transfer von Surplus (Mehrwert) aus den Kolonien, der zu Kapitalbildung in Europa beitrug, während der Surplusabfluss dort in all seinen Formen umgekehrt die Kapitalbildung beeinträchtigte, sodass sich in Übersee die vorkapitalistischen Strukturen erhalten konnten (ebd.). Diese Argumentationslinie war das Leitmotiv im linken Spektrum der entwicklungstheoretischen Diskussion der 1970er mit weitreichender Ausstrahlung in das bürgerliche und vor allem kirchliche Lager (ebd.).

Der Neomarxist Frank (1984: 171) kritisiert die NWWO als ein Diskurs der Repräsentanten der dominierenden Klassen:

“Here is something the governments and bourgeoisies of the developed and underdeveloped capitalist countries can agree on, even if some of the rhetoric here may sound unpleasant to some ears there. In the Third World it has long been common practice in many countries to accompany or even to precede increasing active domestic political repression by “compensating” progressive pronouncements on foreign affairs that are internally costless and even help to neutralize some progressive political forces on the domestic scene. In certain cases, the agitation for a NIEO is used by some regimes for throwing all the blame of the worsening conditions of the masses on external forces alone, and for establishing an alibi for themselves. Moreover, since the propositions for a NIEO come from the representatives of the dominant classes it is hardly to be supposed that the pay offs would in the first instance flow to the mass

of the impoverished population, these additional resources could also flow into the weapons arsenals of the social war.” (FRANK 1984: 171).

Und auch der Friedensforscher Johann Galtung (1975) kommt zu einer ähnlich kritischen Konklusion über die Forderungen der NWWO. Die NWWO ist aus seiner Sicht zu Handelsorientiert und versucht nicht die kapitalistische Arbeitsteilung an sich zu verändern (GALTUNG 1975: 9). NWWO meint für ihn nicht anderes als „Kapitalismus für alle“ bzw. eine Variante des Kapitalismus mit einem menschlichen Gesicht (ebd.).

### **5.3 Zwischenfazit – NWWO als normative Kategorie**

Der normative Diskurs um eine NWWO wird wie gezeigt von vielen Richtungen und theoretischen Strängen teilweise kontrovers und polemisch geführt. Allen bisher gezeigten Ansätzen ist jedoch gemein, dass sie den diskursiven Raum der „Entwicklung“ – wie es etwa die Post-Development-Ansätze (ESCOBAR 1995) tun – nicht verlassen. Arturo Escobar sieht Entwicklung als „historisch produzierten Diskurs, präzisiert dies allerdings als eine durch bestimmte Wissensformen, Machtsysteme und Subjektivitäten konstituierte diskursive Formation, die sich zwar auf der Grundlage materieller Gegebenheiten (Zustände des Globalen Südens), aber um ein fiktives Konstrukt herum („Unterentwicklung“) artikuliere (ESCOBAR 1984: 389; 1995: 53 zit. in ZIAI: 2006: 19). Der globale Kapitalismus wird von allen Seiten lediglich als Produktionssystem, nicht aber als System von Repräsentationen und Disziplinierungsmechanismen analysiert (ESCBOAR 1988: 438, zit. in ZIAI 2006: 19).

In einem weiteren Punkt sind sich alle Positionen und theoretische Ansätze gleich: sie erkennen die Entwicklungsprobleme, die Armut und den technologischen Bedarf der Staaten des Globalen Südens an. Wie diese Probleme jedoch behoben werden oder warum diese Probleme überhaupt entstanden sind, darüber herrscht keine Einigkeit und homogene Meinung. Das normative an diesen Diskurs sieht man anhand der Kritik an der kolonialen Vergangenheit und den daraus resultierenden Entwicklungsprobleme der Staaten des Globalen Südens (bis auf wenige liberale Ansätze die diesen Kontext ausblenden). Diesen Aspekt sieht man deutlich anhand der von der UNCTAD formulierten und von UNITAR aufgelisteten Forderung nach einer präferenziellen und nicht-reziproken Behandlung von Staaten des Globalen Südens als Ausgleich des kolonialen Erbes.

Ein zentrales, sich wiederholendes und normatives Prinzip der NWWO ist die Souveränität. Einerseits wird die volle, beständige und unantastbare Souveränität von Staaten gefordert (BORGSMIDT 1998: 82f.), andererseits wird damit auch die freie Wahl der wirtschaftlichen

Ordnungsprinzipien und somit das Interventionsverbot und das Ausüben wirtschaftlichen Zwangs erfasst (ebd.: 88). Souveränität ist darüber hinaus definiert als eine Selbstbestimmung über die natürlichen Ressourcen des jeweiligen Staates (HEINRICHS 1976: 50). Eine Form der Verwirklichung dieser Art der Selbstbestimmung spiegelt sich in der Forderung die Grundstoffpreise (Erdöl, Erze, Bauxit, Kupfer, Zinn, Wolfram etc.) vor Börsenspekulationen zu schützen. Die Preisstabilisierung, bzw. die Indexierung, die Schaffung von Rohstofflagern, die Ausbeutung von nationalen Bodenschätzen durch nationale Firmen und das Thema Börsenspekulationen mit Rohstoffen sollen – so die Forderung der NWWO – allesamt Aspekte eines rechtlich-politischen und geschützten Rahmens werden (LEFRINGHAUSEN 1976: 56f.). Damit wurde der Anspruch auf Souveränität über die nationalen Bodenschätze artikuliert.

Selbstbestimmung im politisch-institutionellen Sinne ist ebenfalls ein zentrales Prinzip der NWWO, da für eine partizipatorische Gleichheit von Staaten des Globalen Südens in den internationalen Beziehungen plädiert wird (vgl. Kap. 5.1.3). Aus der UNCTAD-Konferenz in Nairobi (1976) ist die Forderung nach mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten und mehr Stimmgewicht der Staaten des Globalen Südens in internationalen Abstimmungen und Organisationen laut geworden. Der IWF und die Weltbank wurden hierbei explizit genannt.

Unter Selbstbestimmung fällt auch der Aspekt des Technologietransfers und der Industrialisierung. Bei der U.N. Generalversammlung von 1974 (U.N. Resolution 3201&3202) wurden diesbezüglich verschiedene Reformvorschläge eingebracht. Der Globale Norden soll mittels Hilfgelder die Industrien des Globalen Südens finanziell unterstützen und mittels Förderungen exportorientierter Güter den Anteil des Globalen Südens am Weltsozialprodukt steigern. Des Weiteren wurde ein erleichterter Zugang zu Wissen und modernen Technologien verlangt (vgl. UNCTAD 1976). Mehr Selbstbestimmung erhofft man sich im Diskurs der NWWO durch die Kontrolle und Regulierung von TNKs und der ausländischen Direktinvestitionen (HOLTHUS 1977: 204f.). TNKs sorgen für einen Kapitalabfluss und bringen die Staaten des Globalen Südens in eine Abhängigkeitsposition, daher sollten TNKs sich dem nationalen Interesse des jeweiligen Staates anpassen (UNCTAD 1976: 115). In der Manila Declaration and Programme Action (UNCTAD 1976) wurde die Forderung auf Schuldenerlass der staatlichen Schulden aufgestellt. Damit versuchen die Staaten des Globalen Südens mehr wirtschaftliche Selbstbestimmungsmöglichkeiten zu erlangen.

Der von der UNCTAD heraus entstandene Diskurs über eine NWWO entfachte eine breite akademische Debatte, die sich in vielen Strömungen und theoretisch-konzeptionellen Ansätzen

darbietet. Der RIO-Bericht weist auf die kommenden Umweltprobleme, das exponentielle Bevölkerungswachstum und auf die soziale Ungleichheit weltweit hin (TINBERGEN 1977). Dieser Ansatz entkoppelt zwar die Begriffe „Entwicklung“ und „Wachstum“ und kritisiert den Fokus der Weltordnung auf die staatliche und wirtschaftliche Rentabilität, blendet aber (aus regulationstheoretischer Perspektive betrachtet) die kapitalistische und internationale Arbeitsteilung und dem ihr inhärenten Akkumulationsdrang aus. Der Strukturalismus der Prebisch-Singer-These beschäftigt sich hingegen hauptsächlich mit der kapitalistischen Arbeitsteilung und der damit einhergehenden Verschlechterung der Terms of Trade. Dieser Ansatz lehnt das liberale Theorem des komparativen Kostenvorteils ab und plädiert eine Industrialisierung der Staaten des Globalen Südens (vgl. Kap.5.2.2). Dependenztheorien unterscheiden genauso wie die Prebisch-Singer-These zwischen Zentrum und Peripherie. Problematisiert wird die Penetration der internationalen TNKs des Globalen Südens. Die strukturelle Abhängigkeit des Globalen Südens vom Weltmarkt, sowie deren Loslösung davon wird darin ebenfalls problematisiert (Kap. 5.2.3). Was diese Perspektiven jedoch nicht erfassen können, sind Mischformen (Entitäten zwischen Zentrum und Peripherie) wie die aufstrebenden TIGER-Staaten. Genau deshalb habe ich mich – wie ich im Kap. 2 schon erwähnte – für die analytische Perspektive der Regulationstheorie entschieden.

Die integrationistischen Perspektiven gehen von dem Theorem des komparativen Kostenvorteils aus, sehen die Überwindung der Entwicklungsprobleme des Globalen Südens in eine intensivere und effizientere Integration in den Weltmarkt. Wirtschaftswachstum, Liberalisierung, Deregulierung und Öffnung der nationalen Märkte werden als Lösungen gepriesen (Kap. 5.2.4). Die integrationistische Perspektive des Sozialdemokraten Brandt (Kap. 5.2.5) plädiert für eine sozial-gerechte Umverteilung und einem keynesianischen Wirtschaftswachstum, tangiert jedoch in keiner Weise die Ursachen für die Entwicklungsprobleme und sozialen Verfehlungen (vgl. MATZKE 1983). Die Entwicklungsstrategie CSR kann als Mittelweg zwischen Integration und Dissoziation betrachtet werden, da es für eine regionale Integration, selektive Kooperation und einer relativen Weltmarktunabhängigkeit plädiert (Kap. 5.2.6). Aber auch bei diesem Ansatz geht von man von einem rationalistischen Kosten-Nutzen-Kalkül aus und blendet Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie die konkreten Ursachen der Entwicklungsprobleme aus. Endogene Ansätze sind geprägt von der systematischen Ausblendung geschichtlicher Entwicklungen und struktureller Abhängigkeiten. Die Forderungen der NWWO werden aus dieser Perspektive oftmals als Dirigismus, Interventionismus und Planwirtschaft abgestempelt

(Kap. 5.2.7). Die Ursachen für die Entwicklungsprobleme werden auf endogene Faktoren zurückgeführt (korrupte Politiker, schwache demokratische Strukturen, fehlende Naturverhältnisse etc.). Exogene Ansätze hingegen thematisieren den Expansion- und Akkumulationsdrang des Kapitalismus sowie Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Sie kritisieren darüber hinaus die kapitalistische Arbeitsteilung und somit auch die zentralen Forderungen der NWWO, da diese die Grundwidersprüche des Kapitalismus nicht verändern (Kap. 5.2.8).

## **6. Conclusio**

In Hinblick auf meine Forschungsfrage, also der Frage inwieweit der Diskurs um eine NWWO fortschrittliche Aspekte zur Überwindung der kapitalistischen Produktions-, Konsum-, und Lebensweise thematisiert – im Sinne einer aufscheinenden solidarischer Lebensweisen – kann der Diskurs um eine NWWO wie folgt analysiert werden.

Bei der Zusammenführung von den theoriegeleiteten Kriterien zur Einhegung der kapitalistischen Lebens- und Produktionsweise (Kap. 3.2.1) und der Dokumentenanalyse des breiten Diskurses um eine NWWO (Kap. 4; 5) ergab sich ein ambivalentes Bild. Die Stärke des Begriffes der NWWO ist seine normative Aussagekraft, wie das vorherige Zwischenfazit (Kap. 5.3) gezeigt hat. Die normative Orientierung des Diskurses um eine NWWO in Abgrenzung zum Begriff der Realpolitik dreht sich um folgende Leitbildern und Wertvorstellungen: Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Menschenwürde und Selbstbestimmung. Die Forderungen der NWWO sowie die meisten akademischen Ansätze rund um diesen Diskurs plädieren zwar für eine Implementierung normative Leitprinzipien wie z.B.: Stärkung der Regionalität, Kooperation, Gegenseitigkeit und Solidarität (vgl. Aspekte der solidarischen Lebensweise, BRAND/WISSEN 2017). Diese Leitprinzipien tangieren jedoch nicht die Überwindung des extraktivistischen Entwicklungsmodells, oder des kapitalistischen Akkumulationsregimes – wie es beispielsweise Degrowth-Ansätze tun (vgl. Kap. 3.2.1). Dennoch bleibt festzuhalten, dass diese normativen Leitprinzipien und Forderungen einen gesellschaftskritischen und progressiven Inhalt ausstrahlen.

Ein weiteres Merkmal einer solidarischen Lebensweise wird im Diskurs um eine NWWO sichtbar: es wurden Subjekte und Träger emanzipatorischer Politiken ernannt. Mit der Schaffung der UNCTAD, bzw. der G-77 wurde nicht nur ein gegenhegemonialer Diskurs um eine NWWO, sondern auch eine Art „Gewerkschaft des Globalen Südens“ geschaffen. Nur konkrete Träger der Veränderung können nämlich eine Gegenmacht zur bestehenden

kapitalistischen Weltordnung etablieren (vgl. BRAND et al. 2000: 172). In Anlehnung an die Annales-Schule konnte gezeigt werden (Kap. 4) wie sich die kapitalistische Weltordnung hegemonial durchgesetzt hat und wie sich die „Ungleichzeitigkeit der Geschichte“ bzw. die „Entwicklung der Unterentwicklung“ historisch manifestierte. Gegen diese strukturelle Machtkonstellation des Kolonialismus und Imperialismus stellt sich der Diskurs um eine NWWO. Explizit werden Aspekte der Dependenz, globalen Ungerechtigkeit und die Ausbeutungsmechanismen der kapitalistischen Weltordnung in ihrer historischen Kontinuität genannt (vgl. AGARWALA 1983).

Die globale Armut, die Entwicklungsprobleme des Globalen Südens, die kommenden Umweltprobleme sowie die weltweite soziale Ungleichheit wurden von allen Ansätzen des Diskurses um eine NWWO thematisiert. Mit der NWWO ging somit eindeutig eine Gesellschaftskritik einher, obwohl die Meinungen in den akademischen Debatten über Grad an „Radikalität“ dieser Kritik stark auseinandergehen (vgl. beispielsweise SENGHAAS 1977). Damit wurde zum ersten Mal auf einer weltweiten Bühne (U.N.) eine kritische Gegenstimme wahrnehmbar. Die kritische Gesellschaftsanalyse der herrschenden Verhältnisse, abgeleitet aus der analytischen Dimension des Begriffs der NWWO, hat emanzipative Bewegungen und Ansätze sichtbar gemacht und Impulse für Strategiedebatten gegeben (vgl. BRAND et al. 2000: 164f.). Obwohl die Themen rund um die ökologische Krise und planetare Grenzen im Diskurs der NWWO angeschnitten wurden, blieb dieser Diskurs im Framing des Wirtschaftswachstums und der nachhaltigen Entwicklung verhaftet (gleiches gilt in Bezug auf Meadows et al. 1972 oder dem Bericht *Our Common Future* von 1987, siehe ACOSTA et al. 2019: 25). Zwar wurden Ansätze einer sozial-ökologischen Gerechtigkeit (vgl. BRAND/WISSEN 2017) zur Schaffung eines besseren Lebens für alle Menschen angeschnitten, schlussendlich gingen diese Forderungen und Ansätze nicht weit (im Sinne von radikal) genug. Die ökologische Dimension wurde mit der sozialen verbunden – was durchaus als Element einer solidarischen Lebensweise in diesem Diskurs um eine NWWO zu unterstreichen ist – aber die Lösungsansätze für die soziale Ungleichheit blieb in Bezug des Globalen Südens im Rahmen des ressourcenextraktivistischen Entwicklungsmodell verhaftet. In Anlehnung an die Regulationstheorie bleibt festzuhalten: Die Stabilisierung der Rohstoffpreise, Buffer-Stocks und Ausgleichszahlungen für Preisschwankungen der grundlegenden Ressourcen waren schlussendlich die extraktivistischen und innerhalb des kapitalistischen Akkumulationsregime zu verortenden Lösungsansätze der NWWO (vgl. Kap 5). Daraus resultierten auch die ungleiche Positionierung der Staaten des Globalen Südens und somit auch deren Uneinigkeit.

Die Ölkrise in den 1970er zeigte die ungleiche Verhandlungsposition und die Asymmetrie innerhalb der Staaten des Globalen Südens deutlich. Ein weiterer Aspekt den Dependenztheorien nur schwer erfassen können. Das Entwicklungsmodell des Ressourcenextraktivismus ist in Summe nicht verallgemeinerbar, führt somit nicht zur erhofften sozial-ökologischen Gerechtigkeit. Verallgemeinerbarkeit ist jedoch eines der zentralen Prinzipien einer solidarischen Lebens- und Produktionsweise (vgl. ACOSTA/BRAND 2018; BRAND/WISSEN 2017) und zentral in den Diskursen rund um Degrowth (KALLIS/DEMARIA/D'ALISA 2015) und Post-Development (ZIAI 2006; ACOSTA et al. 2019). Im Diskurs um Post-Development steht der Begriff „Pluriverse“ (ACOSTA et al. 2019: 23) im Zentrum und meint: *In giving voice to diversity, we share a conviction that the global crisis is not manageable within existing institutional frameworks.* Es geht hierbei um das Koexistieren mehrere „Welten“, mehrere Produktions- und Lebensweise in Eintracht mit den gesellschaftlichen Naturverhältnissen (ebd.). Die UNCTAD und der daraus resultierende Diskurs einer NWWO versucht jedoch in bereits bestehenden Fußstapfen zu treten – versucht mit anderen Worten die passive Extraversion (BECKER 2008: 12) der Staaten des Globalen Südens zu überwinden jedoch nicht das kapitalistische Akkumulationsregime an sich. Senghaas (1977) nannte diesen Weg auch den „Konservatismus der Radikalen“. Eine radikale Antwort auf die bestehende Wirtschaftsordnung – im Sinne einer aufscheinenden solidarischen Lebensweise – muss sich gegen den ökologischen Kollaps, Landgrabbing, Erdölkriege, gegen das kapitalistische Akkumulationsregime und gegen Formen des Extraktivismus wenden (ACOSTA et al. 2019: 23; vgl. BRAND/WISSEN 2017).

Zu kurz greift der Diskurs der NWWO wenn es darum geht die Kernwidersprüche des Kapitalismus (ALTVATER 2009) zu thematisieren, oder die kapitalistischen Eigentums- und Verfügungsverhältnisse radikal zu demokratisieren (vgl. DEMIROVIĆ 2013). Zwar wurde ein Mehr an Demokratie und Selbstbestimmung gefordert, diese Forderungen erstreckten sich aber nur innerhalb des repräsentativen Rahmens der liberalen Demokratie bzw. (neo-)liberaler Institutionen (IWF, Weltbank). Darüber hinaus erfolgte keine institutionelle Verdichtung und Entwicklung von praktischen Maßnahmen zur Umsetzung einer solidarischen Lebens- und Produktionsweise (vgl. BRAND/KRAMS 2018: 21). Die Frage ob mit dem Ansatz der NWWO die Überwindung kapitalistisch-patriarchaler Herrschaftstechnologien gelingen konnte bzw. (je) gelingen kann (vgl. ACOSTA/BRAND 2018), muss mit einem klaren „Nein“ beantwortet werden, da in den Forderungen der UNCTAD die zentralen Mechanismen des Kapitalismus (Akkumulations-, Expansions-, und Wachstumsdrang) nicht zur Debatte standen. Aus

regulationstheoretischer Perspektive kann bemerkt werden, dass die Forderungen der NWWO zum Teil für die Verwertungsstrategien des transnational agierenden Kapitals nützlich gemacht werden konnten, da es zur Öffnung der Märkte und Liberalisierung des Handels gekommen ist – Aspekte die einer kleinen elitären Minderheiten deutlich zugutegekommen ist (vgl. Heinrichs 1976: 55). Inwieweit nationale Eliten (Kompradorenbourgeoisie) von dieser Charta profitieren, auf Kosten ausgebeuteter und unterdrückter (subalterner) Bevölkerungsschichten, wird ebenfalls von Heinrichs (ebd.), von Dependenztheoretiker wie Senghaas (vgl. 1977) und von exogenen (BRAUN 1985: 93ff.) bzw. neomarxistischen Ansätzen (vgl. FRANK 1984: 171) kritisch hinterfragt.

In Summe bleibt folgendes Fazit: der Diskurs um eine NWWO ist in erster Linie zu begreifen als eine – zeitgemäße – Form der Darstellung der Gegensätze, die dem bestehenden Wirtschaftssystem zugrunde liegen; sie ist in keiner Weise aber schon die Aufhebung dieser Gegensätze in einer neuen Ordnung (HEINRICHS 1976: 55).

Im Folgenden werde ich aus heutiger Sicht den – in den 1970er entstandenen – Diskurs um eine NWWO analysieren und beurteilen. Die Frage die ich hierbei (skizzenhaft) zu beantworten versuche lautet: was können wir heute aus den Diskurs um eine NWWO lernen?

### **6.1 Ausblick – oder was wir heute aus diesem Diskurs lernen können**

Nach dem Zusammenbruch der multipolaren Weltordnung traf das US-Imperium (HARVEY 2005) überwiegend unilaterale Entscheidungen, intervenierte in interne Regierungsangelegenheiten weltweit und der Neoliberalismus als Weltsystem etablierte sich hegemonial (oftmals unter den Begriffen wie Global Governance oder neoliberale Globalisierung). All diese Faktoren schwächten die Verhandlungsposition des Globalen Südens und somit wurde die Debatte um eine NWWO scheinbar obsolet (vgl. NUSCHELER 2003). Das neue imperiale Prinzip hieß spätestens seit dem 11.9.2001 „Terrorismusdividende“ – oder: „War on Terror“ statt Entwicklungshilfe (NUSCHELER 2004). Die Etablierung eines gegenhegemonialen Diskurses auf einer Weltbühne wie es die U.N. darstellt, setzt gewisse egalitäre Machtstrukturen voraus. Insofern kann der Versuch der Schaffung einer NWWO als endgültig gescheitert betrachtet werden. Denn selbst wenn die Forderungen der NWWO als „Konservatismus der Radikalen“ (Senghaas) abgestempelt würden, sie wären in Hinblick auf die derzeitigen neoliberalen Produktions-, Konsum-, und Machtverhältnisse als progressiv zu bemessen. Das wird sichtbar im sozialdemokratischen und kläglich gescheiterten Versuch (vgl. den Brandt-Report von 1980) der kapitalistischen Weltordnung ein humanes Gesicht zu

verpassen. Die Tendenzen zeigen in eine vollkommen konträre Richtung: wir leben im Zeitalter des Überwachungskapitalismus (ZUBOFF 2018) und der multiplen Krisen (DEMIROVIĆ 2013).

Die Kooperation der wirtschaftlichen starken Staaten des Globalen Südens Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (oder kurz: BRICS) kann nicht als neuer Ansatz zur Neuordnung der Weltwirtschaft betrachtet werden, da nach denselben systemischen Spielregeln des kapitalistischen Akkumulations- und Expansionsregime gehandelt wird (vgl. CALHOUN/DERLUGUIAN 2011). Der Widerstand gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen in den BRICS-Staaten wuchs seit der globalen Finanzkrise 2008 rapide an (vgl. NOWAK 2015). Die oft gewaltsam verlaufenden Konflikte rührten daher, dass trotz zeitweiser hoher Wachstumsraten die Arbeitsbedingungen sehr belastend sind und die Löhne niedrig blieben (NOWAK 2015: 1). Mit dem Antritt neuer Regierungen – der zweiten, stärker an einer Austeritätsstrategie orientierten Regierung von Dilma Rouseff im Januar 2015 in Brasilien und der wirtschafts-freundlichen Regierung der Bharatiya Janata Party (BJP) in Indien im Sommer 2014 – ist die Hoffnung auf Kompromisse, die den Arbeitenden eine größere Teilhabe ermöglichen würden, gesunken (ebd.: 4). Somit kann festgehalten werden, dass der Diskurs in den 1970er um eine NWWO und die Forderungen bzw. Leitprinzipien resultierend aus diesem Diskurs einzigartig bleiben. Die Staaten des Globalen Südens insbesondere die BRICS-Staaten haben sich weiter denn je von den Prinzipien der NWWO (Menschenwürde, Solidarität, Kooperation, Freiheit etc.) entfernt.

Der derzeitige Diskurs um die bevorstehende Klimakrise wird – ähnlich wie im Diskurs um eine NWWO – nicht radikal genug geführt. Auch heute noch steckt der Diskurs um die Klimakrise in denselben kapitalistischen Rahmen: „The new millennium has seen a plethora of such Keynesian proposals – bio-economy, the Green Revolution for Africa, the Chinese and European promotion of the circular economy, and the 2030 Agenda for Sustainable Development (ACOSTA et al. 2019: 25). Das Konzept der “Green Economy” verspricht heute die ökonomische, ökologische sowie die soziale Krise der Armut zu lösen (BRAND/LANG 2019: 56). Ähnlich dem Diskurs um eine Sustainable Development (RIO+20) aus dem Jahr 2012 handelt es sich beim Konzept der Green Economy um ein Oxymoron (ebd.: 57). Es legitimiert internationale Policies die sich stark widersprechen wie z.B. Wirtschaftswachstum und Umweltschutz. Der zentrale Fokus – ähnlich dem Thema Umweltschutz innerhalb des Diskurses um eine NWWO – liegt also im Wirtschaftswachstum, der Extraktion von Ressourcen und dient der Logik der Kapitalakkumulation (ebd.). An der imperialen

Lebensweise (BRAND/WISSEN 2017) und der kapitalistischen Globalisierung (Liberalisierung, Deregulierung, Freihandel...) wird im Diskurs um eine Green Economy nicht gerüttelt (BRAND/LANG 2019: 57). Auch hier bleibt das Fazit: more of the same. Präziser formuliert: die hegemonial etablierte Maxime bestehend aus Wirtschaftswachstum, Kapitalakkumulation, Expansion und Ressourcenextraktivismus werden weder diskursiv noch in der Praxis überwunden.

## **Quellen- und Literaturverzeichnis**

ABUDAWIA, Amer (1988): Strategien der UNCTAD. Entstehung und Auswirkungen. Diss. Zur Erlangung des Doktorgrades a. d. Fach der Politikwissenschaft. Wien: Universität Wien.

ACHARYA, Amitav (1992): The „New World Order“ and International Security after the Gulf War: An Assessment. In: India Quarterly. Vol. 48. Nr. 3. S. 1-14.

ACOSTA, Alberto (2004): Erdöl in Ecuador. PROKLA, Verlag Westfälisches Dampfboot, Heft 135, 34. Jg. 2004, Nr. 2. S.199-222.

ACOSTA, Alberto & BRAND, Ulrich (2018): Radikale Alternativen. Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann. München: oekom Verlag.

ACOSTA, Alberto/ ESCOBAR, Arturo/ DEMARIA, Federico/ KOTHARI, Ashish & SALLEH, Ariel (2019): Pluriverse. A Post-Development Dictionary. New Delhi: Tulika.

ADDO, Herb (1984): Transforming the World-Economy? Nine Critical Essays on the New International Economic Order. Nigeria: United Nations University.

AGARWALA, Prakesh Narain (1983): The New International Economic Order. New York: Pergamon Press.

AK POSTWACHSTUM (Hrsg.) (2016): Wachstum - Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise. Frankfurt/New York: Campus.

ALTVATER, Elmar (2009): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. Münster: Westfälisches Dampfboot.

ALTVATER, Elmar (2015): Der Grundwiderspruch des 21. Jahrhunderts. Der globalisierte Kapitalismus ist auf eine stetig wachsende Wirtschaft angewiesen, nun stößt er an natürliche Grenzen. In: Le Monde Diplomatique. Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr. Berlin: Taz.

ATTESLANDER, Peter (1971): Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin: Erich Schmidt Verlag.

AVERY, William P. (1988): Collective Self-reliance in Latin America: Evaluating Counterdependency. Journal of Developing Societies. Vol. IV. S. 149-165.

BACHINGER, Karl & MATIS, Herbert (2009): Entwicklungsdimensionen des Kapitalismus. Klassische sozioökonomische Konzeptionen und Analyse. Stuttgart: UTB.

- BARNEY, Gerald (1980): Global 2000. Bericht an den Präsidenten. Herausgegeben vom Council on Environmental Quality und dem US-Außenministerium. Frankfurt am Main: Verlag Zweitausendeins.
- BARTELS, Larry (2016): Unequal Democracy. The Political Economy of the New Gilded Age. Princeton: Princeton University Press.
- BECKER, Joachim (2006): Metamorphosen der regionalen Integration. In: Journal für Entwicklungspolitik (JEP). 22(2). S. 11-44.
- BECKER, Joachim (2007): Akkumulation, Regulation, Territorium: zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Marburg: Metropolis Verlag.
- BECKER, Joachim (2008): Der kapitalistische Staat in der Peripherie: polit-ökonomische Perspektiven. In: Journal für Entwicklungspolitik (Hrsg.). XXIV (2)2008. S. 10-32.
- BECKER, Joachim (2013): „Regulationstheorie: Ursprünge und Entwicklungstendenzen“. In: ATZMÜLLER, Roland/ BECKER, Joachim/ BRAND, Ulrich/ OBERNDORFER, Lukas/ RADEK, Vanessa & SABLÓWSKI, Thomas (Hrsg.): Fit für die Krise? – Perspektiven der Regulationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 24-56.
- BENJAMIN, Walter (2003): Kapitalismus als Religion. In: Ders. Gesammelte Schriften. Bd. 6. Berlin: Kadmos.
- BEDJAOUI, Mohammed (1979): Towards a New International Economic Order. New York/London: Holmes & Meier.
- BELLO, Walden (1989): Confronting the Brave New World Economic Order: Toward a Southern Agenda for the 1990s. Alternatives XIV(1989). S. 135-167.
- BERNECKER, Walther (2000): Cepalismo, Desarrollismo, Dependencia: regionale Wirtschaftstheorien und Entwicklungsstrategien in Lateinamerika. In: Bahadir, Sefik Alp (Hg.) (2000): Kultur und Region im Zeichen der Globalisierung. Wohin treiben die Regionalkulturen? Neustadt: Degener & Co. S. 247-261.
- BHABHA, Homi (2000): Die Verortung der Kultur. Tübingen: Stauffenburg.
- BHAGWATI, Jagdish (Hrsg.) (1977): The NIEO: The North-South debate. Cambridge: MIT.
- BLOTEVOGEL, Hans Heinrich (2003): Stadtplanung in der Postmoderne. In: Institut für Geographie. WS 2002/03 (Kap. 06). Duisburg: Universität Duisburg-Essen.

BORGSMIDT, Kirstin (1998): Rechtsverbindlichkeit der UNO/UNCTAD – Resolutionen im Bereich der allgemeinen Präferenzen für Entwicklungsländer. Hamburg: LIT.

BRAND, Ulrich/ BRUNNENGRÄBER, Achim/ SCHRADER, Lutz/ STOCK, Christian & WAHL, Peter (2000): Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Eine Studie von Heinrich-Böhl-Stiftung und WEED. Münster: Westfälisches Dampfboot.

BRAND, Ulrich (2001): Ordnung und Gestaltung. Global Governance als hegemonialer Diskurs postfordistischer Politik? In: BERNDT, Michael & SACK, Detlef (Hrsg.): Glocal Governance? Voraussetzungen und Formen demokratischer Beteiligung im Zeichen der Globalisierung. Wiesbaden: VS Verlag. S. 93-110.

BRAND, Ulrich (2016): Neo-Extraktivismus. Aufstieg und Krise eines Entwicklungsmodells. In: Bundeszentrale für politische Bildung, abgerufen am 1.3.2021, unter: <https://www.bpb.de/apuz/234223/neo-extraktivismus-aufstieg-und-krise-eines-entwicklungsmodells>.

BRAND, Ulrich & WISSEN, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom Verlag.

BRAND, Ulrich & GÖRG, Christoph (Hrsg.) (2018): Zur Aktualität des Staatsform. Die materialistische Staatstheorie von Joachim Hirsch. Baden-Baden: Nomos.

BRAND, Ulrich/ KRAMS, Mathias (2018): Zehn Jahre Degrowth als radikale politische Perspektive: Potenziale und Hürden. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 31(4). 18-27.

BRAND, Ulrich/ LANG, Miriam (2019): Green Economy. In: ACOSTA, Alberto/ ESCOBAR, Arturo/ DEMARIA, Federico/ KOTHARI, Ashish & SALLEH, Ariel (2019): Pluriverse. A Post-Development Dictionary. New Delhi: Tulika. S. 56-58.

BRANDT, Hartmut (1978): Zum Dirigismus-Argument in der internationalen Rohstoffdiskussion, In: Das integrierte Rohstoffprogramm, Probleme und Perspektiven zwei Jahre nach Nairobi. Berlin: Schriften d. Dt. Instituts f. Entwicklungspolitik.

BRANDT, Willy (Hg.) (1980): Das Überleben sichern. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

BRANDT, Willy (1983): Hilfe in der Weltkrise. Ein Sofortprogramm. Der 2. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Reinbek/Hamburg: Rowohlt.

BRAUDEL, Fernand (1981): The Structure of Everyday Life. The Limits of the Possible. Civilization and Capitalism 15<sup>th</sup> – 18<sup>th</sup> Century. Vol. 1. London: William Collins Sons & Co.

BRAUDEL, Fernand (1983): The Wheels of Commerce. Civilization and Capitalism 15<sup>th</sup> – 18<sup>th</sup> Century. Vol. 2. London: William Collins Sons & Co.

BRAUDEL, Fernand (1984): The Perspective of the World. Civilization and Capitalism 15<sup>th</sup> – 18<sup>th</sup> Century. Vol. 3. London: William Collins Sons & Co.

BRAUN, Gerald (1985): Nord-Süd-Konflikt und Entwicklungspolitik. Opladen: Westdeutscher Verlag.

BRENDON, Piers (2008): The Decline and Fall of the British Empire. 1781-1997. London: Vintage.

CALHOUN, Craig & DERLUGUIAN, Georgi (2011): Aftermath. A New Global Economic Order? New York: New York University Press.

CANDEIAS, Mario (2004): Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie: Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise: eine Kritik. Argument-Sonderband. Neue Folge 299. Hamburg: Argument Verlag.

CARTER, Zachary & GRIM, Ryan (2014): Noam Chomsky: Obama Trade Deal is a “Neoliberal Assault” to Further Corporate “Domination”. Huffington Post. Abgerufen am 22.3.2021, unter: [https://www.huffpost.com/entry/noam-chomsky-obama-trans-pacific-partnership\\_n\\_4577495](https://www.huffpost.com/entry/noam-chomsky-obama-trans-pacific-partnership_n_4577495).

CHOMSKY, Noam (1995): Wirtschaft und Gewalt. Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung. München: dtv.

CHOMSKY, Noam (2015): Media, NATO, ISIS, Free Trade Agreements & Humanity. Im Interview mit acTVism Munich, abgerufen am 22.3.2021, unter: <https://www.youtube.com/watch?v=uv7EKQ6Rrrs>.

CLARENCE-SMITH, William (2015): Religions and the Abolition of Slavery – Comparative Approach. Abgerufen am 14.12.2020 unter: <https://www.lse.ac.uk/Economic-History/Assets/Documents/Research/GEHN/GEHNConferences/conf10/Conf10-ClarenceSmith.pdf>.

COHEN, Rich (2013): The Fish That Ate the Whale: The Life and Times of America’s Banana King. London: Picador.

- COLGAN, Jeff D. (2013): Petro-Aggression. When Oil Causes War. Cambridge: Cambridge University Press.
- COLGAN, Jeff D. (2014): The Emperor Has No Clothes: The Limits of OPEC in the Global Oil Market. *International Organization* 68, Summer 2014. S. 599-632.
- CORDEN, Max (1984): Booming Sector and Dutch Disease Economies: Survey and Consolidation. *Oxford Economic Papers*. Vol. 36. No. 3. S. 359-380.
- COREA, Gamani (1980): Need for Change. Towards the New International Economic Order. New York: Pergamon Press.
- COX, Robert (1979): Ideologies and the NIEO: Reflections on some recent literature. *International Organization* 33(2). S. 257-302.
- DAHRENDORF, Ralf (1999): Freiheit ist kein virtuelles Gut, In: *Welt am Sonntag*. Nr. 41. S. 60.
- D'ALISA, Giacomo/ DEMARIA, Federico/ KALLIS, Giorgos (2015): Degrowth. A Vocabulary for a new era. London: Routledge.
- DANILJUK, Malte (2015): America's T-Strategy. Die US-Hegemonie und die Korrektur der US-Außen- und Energiepolitik. *PROKLA*. Verlag Westfälisches Dampfboot, Heft 181, 45. Jg. 2015, Nr.4. S.529-544.
- DEMIROVIĆ, Alex (2013): Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung. *PROKLA*. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft. 43(171).
- DEPPE, Frank (2015): *Der Staat*. Köln: PapyRossa Verlag.
- DERRICK, Christopher (1988): The Evolution of the Escape Clause: The United States' Quest for Effective Relief from Fairly Trade Imports, *North Carolina Journal of International Law*, Vol 13. Nr.2. Art.8. S. 347-371
- ECKENSTEIN, Christoph (1966): Ausblick auf die für 1968 vorgesehene neue Konferenz der UNCTAD und die Postulate der Entwicklungsländer. In: Schweizerisches Institut für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Hochschule St. Gallen (Hg.): *Die handelspolitischen Forderungen der Entwicklungsländer an die Industriestaaten*. Zürich/St. Gallen: Polygraphischer Verlag.

EHMKE, Ellen/ SIMON, Aino & SIMON, Jenny (2009): Internationale Arbeitsstandards im globalen Kapitalismus. In: Ehmke E., Fichter M., Simon N., Zeuner B. (Hrsg.): Internationale Arbeitsstandards in einer globalisierten Welt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

ESCOBAR, Arturo (1995): Encountering Development: The Making and Unmaking of the Third World, Princeton: University Press.

EU KOMMISSION (2019): Der europäische Grüne Deal. COM(2019) 640 final. Brüssel. Abrufbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1576150542719&uri=COM%3A2019%3A640%3AFIN>.

FANON, Frantz (1985): Schwarze Haut, weiße Masken. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

FAO, IFAD, UNICEF, WFP & WHO (2020): The State of Food Security and Nutrition in the World 2020. Transforming food systems for affordable healthy diets. Rome: FAO.

FFECHN-DAVIS, Ricardo & TIRONI, Ernesto (1982): Latin America and The New International Economic Order. London: Palgrave MacMillan.

FICK, Carolyn (1990): The Making of Haiti: The Saint Dominque Revolution from Below. Knoxville: University of Tennessee Press.

FINER, Samuel (1997): History of Government from the Earliest Times. Oxford: Oxford University Press.

FISCHER, Karin / MARAL-HANAK, Irmi / HÖDL, Gerald / PARNREITER Christof (Hg.) (2004): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien, Wien: Mandelbaum.

FISCHER, Karin (2013): Peripherisierung, Industrialisierung und Abhängigkeit: die Frage nach den Hemmnissen gelungener Entwicklung. In: Journal für Entwicklungspolitik. Vol. XXIX 3(2013). Mandelbaum Verlag. Edition Südwind. S. 9-33.

FISCHER-TINÉ, Harald (2016): Dekolonisation im 20. Jh. In: Bundeszentrale für Politische Bildung. Abgerufen am 15.12.2020 unter: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/postkolonialismus-und-globalgeschichte/219139/dekolonisation-im-20-jahrhundert>.

FLEISCHMANN, Christoph (2010): Gewinn in alle Ewigkeit. Kapitalismus als Religion. Zürich: Rotpunktverlag.

FORSCHUNGS- u. DOKUMENTATIONSZENTRUM CHILE-LATEINAMERIKA & ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG (Hrsg.) (2012): Der Neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

FOUCAULT, Michel (1986): Vom Licht des Krieges zur Geburt der Geschichte. Berlin: Merve.

FOUCAULT, Michel (2001): In Verteidigung der Gesellschaft: Vorlesungen am Collège de France 1975/1976. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

FRANK, Andre Gunder (1984): Rhetoric and Reality of the New International Economic Order. In: ADDO, Herb (Hrsg): Transforming the World-Economy? Nine Critical Essays on the New International Economic Order. Nigeria: United Nations University.

FRASER, Nancy (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8. S. 44-57.

FULCHER, James (2004): Capitalism. New York: Oxford University Press.

GALTUNG, Johann (1975): Self-Reliance and Global Interdependence. Some Reflections on the "New International Economic Order". Society for International Development. European Regional Conference. Linz/Austria. Conference Doc. No.12.

GEIßEL, Brigitte (2012): Politische (Un-)Gleichheit und die Versprechen der Demokratie. In: Bundeszentrale für Politische Bildung. Abgerufen am 22.12.2020 unter: <https://www.bpb.de/apuz/144109/politische-un-gleichheit#footnode3-3>.

GLISMANN, Hans/ JUHL, Paulgeorg & STECHER, Bernd (1976): Ökonomische Implikationen der Neuen Weltwirtschaftsordnung. Kieler Diskussionsbeiträge. Nr. 46. Kiel: Institut für Weltwirtschaft.

GLIECH, Oliver (2010): Haiti – Die „erste schwarze Republik“ und ihr koloniales Erbe. In: Bundeszentrale für Politische Bildung, abgerufen am 16.12.2020 unter: <https://www.bpb.de/apuz/32627/haiti-die-erste-schwarze-republik-und-ihr-koloniales-erbe?p=5>.

GOLDSCHMIDT, Dietrich (1976): Technologietransfer. In: KUNST, Hermann & TENHUMBERG, Heinrich (1976): Soziale Gerechtigkeit und internationale Wirtschaftsordnung. München: Kaiser Verlag. S. 107-113.

- GOMES, de Abreu Fialho Bea / HANAK, Irmi / SCHICHO, Walter (2003): Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Interessen und Handlungsmuster, Wien: Mandelbaum.
- GRÄBER, David (2014): Schulden. Die ersten 5.000 Jahre. München: Goldmann.
- GRILLI, Enzo & CHENG YANG, Maw (1988): Primary Commodity Prices, Manufactured Good Prices, and the Term of Trades of Developing Countries: What the Long Run Shows. The World Bank Economic Review. Vol 2. Issue 1. S. 1-47.
- HACHTMANN, Rüdiger & VON SALDERN, Adelheid (2009): Das fordistische Jahrhundert. Eine Einleitung. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History. 6 (2009). Heft 2. S. 174-185.
- HAGEMANN, Herman (1987): Der Einfluss der Gruppe der 77 (G-77) auf die Beschlüsse der Vereinten Nationen – dargestellt am Beispiel: Souveränität über natürliche Ressourcen. Münster: LIT.
- HAHN, Andre (2008): Family, Frontier and American Dreams: Darstellung und Kritik nationaler Mythen im amerikanischen Drama des 20. Jh. Trier: WVT Verlag.
- HALL, Stuart (1989): "Rassismus als ideologischer Diskurs." Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. 178 (1989). S. 913-922.
- HALL, Stuart (1997): The West and the Rest: Discourse and Power. In: HALL, Stuart & GIEBEN, Bram (1997): Formations of Modernity. Cambridge. S. 275-320.
- HANAK, Ilse (1997): Gender-Defizite in entwicklungspolitischen Standardwerken. Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit. Wien: Report Series 2/97.
- HARDR, Michael/ NEGRI, Antonio (1994): Labor of Dionysus. A Critique of the State-Form. Theory out of Bounds Vol. 4. Minneapolis/ London: University of Minnesota Press.
- HARDT, Michael/ NEGRI, Antonio (2013): Demokratie!: Wofür wir kämpfen. Frankfurt am Main: Campus.
- HART, Jeffrey (1983): The International Economic Order. Conflict and Cooperation in North-South Economic Relations, 1974-77. London: Palgrave MacMillan.
- HARVEY, David (2005): Der neue Imperialismus. Hamburg: VSA Verlag.

HAUFF, Volker (1987): Unsere gemeinsame Zukunft: der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven: Eggenkamp.

HEINRICHS, Jürgen (1976): „Neue Internationale Wirtschaftsordnung“ – Schlagwort oder Fortschritt? In: KUNST, Hermann & TENHUMBERG, Heinrich (1976): Soziale Gerechtigkeit und internationale Wirtschaftsordnung. München: Kaiser Verlag. S. 49-55.

HELLEINER, G. K. (1977): International Technology Issues: Southern Needs and Northern Responses. In: BHAGWATI, Jagdish (Hg.) (1977): The New International Economic Order: The North-South Debate. Massachusetts: MIT Press.

HEUSSER, Martin & GRABHER, Gudrun (2002): American Foundational Myths. Tübingen: Gunter Narr Verlag.

HIRSCH, Joachim & ROTH, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg: VSA Verlag.

HIRSCH, Joachim (1998): Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat: Gesellschaft, Staat und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin: ID-Verlag.

HOLTHUS, Manfred (1977): Keine neue Weltwirtschaftsordnung für multinationale Unternehmen. In: KEBSCHELL, Dietrich et al. (1977): Die neue Weltwirtschaftsordnung. Beiträge zu ausgewählten Forderungen der Entwicklungsländer. Hamburg: Weltarchiv. S. 239-250.

HÖTZENDORFER, Christian (1995): Die Kriminalisierung der Unseßhaften. Innsbruck: Schönewise & Rathmayr.

HUND, Wulf. D. (2017): Wie die Deutschen weiß wurden: Kleine (Heimat)Geschichte des Rassismus. Stuttgart: J.B. Metzler.

HUXLEY, Aldous (1980): Schöne neue Welt: Ein Roman der Zukunft. Berlin: Fischer.

I.L.A Kollektiv (Hrsg.) (2019): Das Gute Leben für Alle. Wege in die solidarische Lebensweise. München. oekom Verlag.

INGHAM, Geoffrey (2004): The Nature of Money. London: Polity Press.

JESSOP, Bob (2018): Joachim Hirschs Zusammenführung von materialistischer Staatstheorie und Regulationstheorie. In: BRAND, Ulrich & GÖRG, Christoph (Hrsg.) (2018): Zur

Aktualität des Staatsform. Die materialistische Staatstheorie von Joachim Hirsch. Baden-Baden: Nomos. S. 73-94.

JOAS, Hans (2015): Zur Rechtfertigung der Sklaverei – Essay. In: Bundeszentrale für Politische Bildung. Abgerufen am 14.12.2020 unter: <https://www.bpb.de/apuz/216474/zur-rechtfertigung-der-sklaverei#fr-footnode5>.

JOBS, Sebastian (2016): Sklaverei und Sklavenhandel. In: Bundeszentrale für Politische Bildung. Abgerufen am 14.12.2020 unter: <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/postkolonialismus-und-globalgeschichte/219137/sklaverei-und-sklavenhandel>.

JOHNSON, John (1962): The Role of the Military in Underdeveloped Countries. Princeton: Princeton University Press.

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK (JEP) (2008): Periphere Staatlichkeit. Kritische Staatstheorie des globalen Südens. Herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten. Vol. XXIV (2)2008.

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK (JEP) (2012): Welfare Regimes in the Global South. Vol. XXVIII (1)2012.

JUNGNICKEL, Rolf & KOOPMANN, Georg (1977): Schwierigkeiten einer angemessenen Politik gegenüber multinationalen Unternehmen. In: KEBSCHULL, Dietrich et al. (1977): Die neue Weltwirtschaftsordnung. Beiträge zu ausgewählten Forderungen der Entwicklungsländer. Hamburg: Weltarchiv. S. 223-238.

KALDOR, Mary/ Karl, Terry Lynn & Said, Yahia (2007): Oil Wars. London: Pluto Press.

KANNANKULAM, John & WISSEL, Jens (2005): Innere Bourgeoisie. In: (HAUG, Wolfgang Fritz) Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. HKWM 6/II, Hamburg: Argument.

KARP, Ivan & LAVINE, Steven (1991): Exhibiting Cultures: The Poetics and Politics of Museum Display. Washington: Smithsonian Institute.

KELLERMANN, Christian (2006): Die Organisation des Washington Consensus: Der Internationale Währungsfonds und seine Rolle in der internationalen Finanzarchitektur. Bielefeld: Transcript Verlag.

KELLY, Terrence/ DOBBINS, James (et al.) (2014): The U.S. Army in Asia, 2030-2040. California: RAND.

KELLY, Natasha (2021): Hip-Hop, Black Studies, Black Feminism, Postcolonial Studies. Ein Interview mit dem Varna Institute for Peace Research (VIPR), abgerufen am 23.4.2021, unter: <https://www.youtube.com/watch?v=JDJIBvXcBdc&t=2046s>.

KLAUS, Schubert & KLEIN, Martina (2018): Das Politiklexikon. 7. Aufl., Bonn: Dietz Verlag.

KLEIN, Naomi (2007): Die Schock-Strategie: Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus; Frankfurt am Main: Fischer Verlag.

KLEIN, Naomi (2016): Die Entscheidung: Kapitalismus vs. Klima. 2.Aufl. Berlin: Fischer.

KRIESCHER, Wilhelm (1978): Wer braucht eine neue Weltwirtschaftsordnung? Profil: sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur. Band 57. Heft. 7-8. S.210-214.

KOCKA, Jürgen (2013): Geschichte des Kapitalismus. München: C.H.Beck.

KOMLOSY, Andrea (2021): Zwangs-Arbeit, Zeitwohlstand, Grenzen, soziale Trennlinien, Herrschaft. Ein Interview im Rahmen des Varna Institute for Peace Research (VIPR), abgerufen am 2.2.2021, unter: <https://www.youtube.com/watch?v=duH546pXORs>.

KONZEPTWERK Neue Ökonomie/ DFG-KOLLEG Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.) (2017): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation. München: oekom.

KONZERNATLAS (2017): Konzernatlas. Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie 2017. Berlin: Oxfam Deutschland.

KUNST, Hermann & TENHUMBERG, Heinrich (1976): Soziale Gerechtigkeit und internationale Wirtschaftsordnung. München: Kaiser Verlag.

LANGHAMMER, R. & STECHER, B. (1980): Hintergründe. Das Nord-Süd-Konflikt. Berlin: Springer.

LASZO, Ervin & KURTZMAN, Joel (1981): Political and Institutional Issues of the New International Economic Order. New York: Pergamon Press.

LATOUCHE, Serge (2010): Degrowth. In: Journal of Cleaner Production. Vol.18 (6). 519-522.

- LESSENICH, Stephan (2018): Vorwort. In: ACOSTA, Alberto & BRAND, Ulrich (2018): Radikale Alternativen. Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann. München: oekom Verlag. S.6-8.
- LEMPER, Alfons (1977): Collective Self-Reliance – A Development Strategy of Promise? Intereconomics. N 5/6 (1977). S. 115-120.
- LJPHART, Arend (1996): Unequal Participation. In: American Political Science Review. 91(1996). S.1-14.
- LPIETZ, Alain (1987): Mirages and Miracles. The Crises of Global Fordism. London: Verso.
- LPIETZ, Alain (1992): Towards a New Economic Order. Postfordism, Ecology and Democracy. Cambridge/London: Polity Press.
- LIPSET, Seymour Martin (1997): American Exceptionalism: A Double-Edged Sword. New York: Norton & Company.
- LITH, Jan Van (1979): Change and The New International Economic Order. Dordrecht: Springer.
- LOSURDO, Domenico (2008): Demokratie oder Bonapartismus: Triumph und Niedergang des allgemeinen Wahlrechts. Köln: PapyRossa.
- LOSURDO, Domenico (2010): Freiheit als Privileg. Eine Gegengeschichte des Liberalismus. Köln: PapyRossa.
- LOZOYA, Jorge/ ESTEVEZ, Jaime & GREEN, Rosario (1979): Alternatives Views of the New International Economic Order. A Survey and Analysis of Major Academic Research Reports. New York: Pergamon Press.
- LOZOYA, Jorge & BIRGIN, Haydee (1981): Social and Cultural Issues of the International Economic Order. New York: Pergamon Press.
- LUXEMBURG, Rosa (1913): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Berlin: Vorwärts Paul Singer Verlag.
- LYNN, Terry (1997): The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States. Berkeley: University of California Press.
- LYOTARD, Jean-François (2005): Das postmoderne Wissen. Wien: Passagen Verlag.

MAHNKOPF, Birgit (2015): „Peak Everything“, das gefährliche Maximum. Knappe Ressourcen, überlastete Ökosysteme und kein Ende in Sicht. In: Atlas der Globalisierung (2015): Weniger wird mehr. Berlin: TAZ-Verlag. S. 62-63.

MARTSCHUKAT, Jürgen (2002): Die Geschichte der Todesstrafe in Nordamerika. Von der Kolonialzeit bis zur Gegenwart. München: C.H.Beck.

MARX, Karl & ENGELS, Friedrich (1968): Gesammelte Werke. Bd. 23. Berlin: Dietz Verlag. S. 741-791.

MATTHIES, Volker (1980): Neue Weltwirtschaftsordnung. Hintergründe – Positionen – Argumente. Opladen: Leske & Budrich.

MATZKE, Otto (1983): Der zweite Brandt-Report: hartnäckige Tabuisierung der Grundprobleme. Schweizer Monatshefte. Band 63. Heft 5.

MCEVOY-LEVY, Siobhan (2001): American Exceptionalism and US Foreign Policy. Public Diplomacy at the End of the Cold War. London: Routledge.

MCNAMARA, Robert (1973): The Nairobi speech. Address to the Board of Governors. Online verfügbar unter: [http://www.juergi.ch/Archiv/EntwicklungspolitikA/EntwicklungspolitikA/assets/McNamara\\_Nairobi\\_speech.pdf](http://www.juergi.ch/Archiv/EntwicklungspolitikA/EntwicklungspolitikA/assets/McNamara_Nairobi_speech.pdf).

MCROBBIE, Angela (2010): Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Wiesbaden: VS Verlag.

MEADOWS, Dennis L./ MEADOWS, Donella & RANDERS, Jørgen (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. München: Deutsche Verlags-Anstalt.

MEISSNER, Hannes (2019): Resource Curse, Post-Soviet Space, Neopatrimonialism. Interview im Rahmen des Varna Institute for Peace Research (VIPR), abgerufen am 2.2.2021, unter: <https://www.youtube.com/watch?v=e1QY08gIx8w&t=24s>.

MENON, B.P (1977): Global Dialogue. The New International Economic Order. New York: Pergamon Press.

MENZEL, Ulrich (1993): Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

MORRIS, Ian (2012): Wer regiert die Welt? Warum Zivilisationen herrschen oder beherrscht werden. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag.

MOUFFE, Chantal (2000): Das demokratische Paradox. aus dem Englischen von Oliver Marchart. Wien: Turia Reprint.

MÜNKLER, Herfried (2005): Imperien. Die Logik der Weltherrschaft. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

MURPHY, Craig (1984): Emergence of the NIEO ideology. Boulder: Westview Press.

NICHOLLS, Samuel T. (2019): A Moment of Possibility: The Rise and Fall of the New International Economic Order. Dissertation. Department of Politics and International Relations. Adelaide: University of Adelaide.

NOWAK, Jörg (2015): Massenstreiks in der globalen Krise. Standpunkte 10/2015. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung. S. 1-4.

NUSCHELER, Franz (1985): Dritte Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik. Politische Vierteljahresschrift. Nr. 26. Sonderheft 16.

NUSCHELER, Franz (1992): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Dritte Auflage. Bonn: Dietz.

NUSCHELER, Franz (2003): Konflikte um eine neue Weltwirtschaftsordnung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), abgerufen am 18.11.2020, unter: <https://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/129931/konflikte-um-eine-neue-weltwirtschaftsordnung>.

NUSCHELER, Franz (2005): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Sechste Auflage. Bonn: Dietz.

OCAMPO, Jose Antonio (2001): Raul Prebisch and the Development Agenda at the Dawn of the Twenty-First Century. Cepal Review 75. S. 23-37.

OCAMPO, Jose Antonio & PARRA, Maria Angela (2003): The Terms of Trade for Commodities in the Twentieth Century. Cepal Review 79. S. 7-35.

OLOWU, Dele (1991): Korruption in Nigeria. Ursachen, Folgen und Gegenmaßnahmen. PROKLA. 21(85). S. 582–601.

OOMES, Nienke & KALCHEVA, Katerina (2007): Diagnosing Dutch Disease: Does Russia Have the Symptoms? IMF Working Paper. WP/07/102.

OPRATKO, Benjamin (2012): Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci. Münster: Westfälisches Dampfboot.

ÖSFK (Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung) (2009): Globale Armutsbekämpfung – ein trojanisches Pferd?: Auswege aus der Armutsspirale oder westliche Kriegsstrategien. Wien: LIT.

OTEIZA, Enrique & SERCOVICH, Francisco (1976): Collective self-reliance: selected issues. International Social Science Journal. Vol. XXVIII, No.4 (1976). S. 664-671.

ÖTSCH, Walter (2009): Mythos Markt. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie. Marburg: Metropolis Verlag.

ÖTTLER, Anika (2014): Das Trauma von 1954. Mittelamerika-Expertin erinnert an den Putsch vor 60 Jahren. Deutschlandfunk Kultur, abgerufen am 1.3.2021, unter: [https://www.deutschlandfunkkultur.de/guatemala-das-trauma-von-1954.954.de.html?dram:article\\_id=289488](https://www.deutschlandfunkkultur.de/guatemala-das-trauma-von-1954.954.de.html?dram:article_id=289488).

OXFAM (2020): Im Schatten der Profite. Wie die systematische Abwertung von Hausarbeit, Pflege und Fürsorge Ungleichheit schafft und vertieft. Abgerufen am 17.11.2020 unter: <https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/soziale-ungleichheit>.

PALAVER, Wolfgang (2002): Kapitalismus als Religion. In: Quart Nr. 3+4(2001). S.18-25.

PAUKER, Guy J. (1977): Military Implications of a Possible World Order Crisis in the 1980s. A Project AIR FORCE Report prepared for the U.S. Air Force. Rand Cooperation.

PERKINS, John (2005): Bekenntnisse eines Economic Hit Man. Unterwegs im Dienste der Wirtschaftsmafia. München: Riemann Verlag.

PFEISINGER, Gerhard & SCHENACH, Stefan (1989): Kolonialwaren. Die Schaffung der ungleichen Welt. Göttingen: Lamuv Verlag.

PFISTER, Ulrich & FERTIG, Georg (2004): Einführungen in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 19. Und 20. Jahrhunderts. Annales-Schule. Abgerufen am 10.12.2020 unter: [https://www.uni-muenster.de/Geschichte/SWG-Online/alltagsgeschichte/glossar\\_annaes.htm](https://www.uni-muenster.de/Geschichte/SWG-Online/alltagsgeschichte/glossar_annaes.htm).

- PFLEIDERER, Georg/ SEELE, Peter & MATERN, Harald (2015): Kapitalismus – eine Religion in der Krise II. Aspekte von Risiko, Vertrauen, Schuld. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- PHILLIPS, Axel (2019): Die soziale Peripherie mit ihren Praktiken und Orientierungen. Ein theoretischer Entwurf. SozProb (2019/30). Wiesbaden: Springer Verlag. S. 33-46.
- PIKETTY, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: Beck.
- POULANTZAS, Nicos (1977): Die Krise der Diktaturen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- PRATT, Larry (1987): The Reagan Doctrine and the Third World. In: Ralph Miliband, Leo Panitch, John Saville (1987): Conservatism in Britain and America: Rhetoric and Reality. Socialist Register 1987. Vol. 23. S. 61-96.
- PREBISCH, Raul (1986): El desarrollo económico en América Latina y algunos de sus principales problemas. In: Desarrollo Económico 26 (103). S. 479-502.
- RAKOWITZ, Nadja (2010): Die Kritik am Zins – eine Sackgasse der Kapitalismuskritik. In: ASSOCIAZIONE DELLA TALPE & ROSA LUXEMBURG INITIATIVE BREMEN (Hrsg.): Maulwurfsarbeit. Aufklärung und Debatte, Kritik und Subversion. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung. S. 17-21.
- RAMUS, Pierre (2000): Erkenntnis und Befreiung. Konturen einer libertären Sozialverfassung. Wien: Monte Verita.
- REDAK, Vanessa & SABLONSKI, Thomas (2013): Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 24-56.
- REH, Werner (1995): Quellen- und Dokumentenanalyse in der Politikfeldforschung: Wer steuert die Verkehrspolitik?. In: von Alemann U. (eds) Politikwissenschaftliche Methoden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- REINHARD, Wolfgang (2002): Geschichte der Staatsgewalt: Eine Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart. München: C.H.Beck.
- RICHTERS, Oliver & SIEMONEIT, Andreas (2019): Growth imperatives: Substantiating a contested concept. In: Structural Change and Economic Dynamics. Bd. 51(2019). S. 126-137.
- RITZER, George (2006): Die McDonaldisierung der Gesellschaft. Konstanz: UVK.

ROSENAU, William (2001): The Eisenhower Administration. US Foreign Internal Security Assistance, and the Struggle for the Developing World, 1954-1961. California: RAND.

ROSENBAUM, Wolf/ KLÖNNE, Arno/ STUBY, Gerhard & LENK, Kurt (1972): Der bürgerliche Staat der Gegenwart. Formen bürgerlicher Herrschaft. Hamburg: Rowohlt.

ROTH, Klaus (2003): Genealogie des Staates. Prämissen des neuzeitlichen Politikdenkens. Berlin: Duncker & Humblot.

ROTHSTEIN, Robert L. (1979): Global Bargaining. UNCTAD and the Quest for a New International Economic Order. New Jersey: Princeton University Press.

RUGGIE, John Gerard (2018): Die soziale Konstruktion der Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen. Leviathan. Jg. 46. Heft 1. S. 6-36.

SALT, Karen (2019): The Unfinished Revolution. Haiti, Black Sovereignty and Power in den Nineteenth-Century Atlantic World. Liverpool: Liverpool University Press.

SAUVANT, Karl & HASENPFLUG, Hajo (1977): The New International Economic Order. Confrontation or Cooperation between North and South?. London: Routledge.

SCHACHTSCHNEIDER, Ulrich (2002): Empirische Nachhaltigkeitsansätze im Lichte von Theorien der Entwicklung der modernen Gesellschaft. Dissertation an der Universität Oldenburg zur Erlangung des Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Oldenburg.

SCHÄFER, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Europa, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 4(2010). S. 131-156.

SCHUBERT-SOLDERN, Richard (1908): Zur Erkenntnistheoretischen Begründung der Rechts- und Staatsphilosophie. Zeitschrift für gesamte Staatswissenschaft/ Journal of Institutional and Theoretical Economics. Bd. 64. H.3. 424-471.

SCOTT, Peter Dale (2003): Durgs, Oil and War. The United States in Afghanistan, Colombia, and Indochina. New York: Rowman & Littlefield Publishers.

SEELKE, Clare Ribando (2021): Venezuela: Overview of U.S. Sanctions. Washington: Congressional Research Service.

SENF, Bernd (2001): Die blinden Flecken der Ökonomie. Wirtschaftstheorien in der Krise. München: dtv.

SENGHAAS, Dieter (1975a): Periphery Capitalism – Without Question Mark. *Intereconomics*. Nr. 9 (1975).

SENGHAAS, Dieter (1975b): Multinational Corporations and the Third World. On the Problem of the Further Integration of Peripheries into the Given Structure of the International Economic System. *Journal of Peace Research*. Vol.12. Nr.4. S. 257-274.

SENGHAAS, Dieter & MENZEL, Ulrich (1976): *Multinationale Konzerne und Dritte Welt*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

SENGHAAS, Dieter (1977): *Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

SOLÓN, Pablo (2018): *Systemwandel. Alternativen zum globalen Kapitalismus*. Übersetzt von Alix Arnold & Gabriele Schwab. Wien: Mandelbaum Verlag.

SOMBART, Werner (1911): *Die Juden und das Wirtschaftsleben*. Leipzig: Duncker & Humblot.

SOROS, George (1999): *Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr*. Berlin: Fischer Verlag.

SPIVAK, Gayatri Chakravorty (2007): *Can the Subaltern Speak?: Postkolonialität und subaltern Artikulation*. Wien: Turia & Kant.

STAHNKE, Jochen (2008): Alle wollen Libyens Öl. *Zeit Online*, abgerufen am 3.3.2021, unter: <https://www.zeit.de/online/2008/09/libyen-oel>.

STOCKMANN, Reinhard/ MENZEL, Ulrich & NUSCHELER, Franz (2016): *Entwicklungspolitik. Theorien – Probleme – Strategien*. Oldenbourg: De Gruyter.

STONE, Oliver & KUZNICK, Peter (2012): *The Untold History of the United States*. London: Ebury Press.

STRUVE, Karen (2013): *Zur Aktualität von Homi K. Bhabha. Einleitung in sein Werk*. Wiesbaden: Springer VS Verlag.

TECHET, Peter (2019): What Do We Protect by Protecting the European Way of Life? In: *Medium*, abgerufen am 16.2.2021 unter: <https://medium.com/asoulforeurope/what-do-we-protect-by-protecting-the-european-way-of-life-c25670d5235a>.

TEICHMANN, Torsten (2019): Geht's um Öl oder um Demokratie. In: Deutschlandfunk, abgerufen am 3.3.2021, unter: [https://www.deutschlandfunk.de/us-interessen-in-venezuela-geht-s-um-oel-oder-um-demokratie.1773.de.html?dram:article\\_id=440973](https://www.deutschlandfunk.de/us-interessen-in-venezuela-geht-s-um-oel-oder-um-demokratie.1773.de.html?dram:article_id=440973).

THIESSEN, Rudolf (1994): Kapitalismus als Religion. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Heft 96 (24). Nr. 3. S. 400-418.

TILLY, Charles (1985): War Making And State Making As Organized Crime. In: Bringing the State Back In. Cambridge: Cambridge University Press. S. 169-186.

TINBERGEN, Jan (1977): Wir haben nur eine Zukunft. Reform der internationalen Ordnung. Opladen: Westdeutscher Verlag.

TRIBELHORN, Marc (2018): Meister der Manipulation – wie Edward Bernays mit raffinierter PR-Arbeit unsere Konsumkultur veränderte. Neue Züricher Zeitung, abgerufen am 1.3.2021, unter: <https://www.nzz.ch/gesellschaft/der-heimliche-verfuehrer-ld.1403103?reduced=true>.

TOMUSCHAT, Christian (1975): Die Neue Weltwirtschaftsordnung. In: Vereinte Nationen. Heft 4(1975). S. 93-100.

UMBACH, Frank (2015): Die energiepolitische Dimension der russischen Annexion der Krim. NATO Brief, abgerufen am 3.3.2021, unter: <https://www.nato.int/docu/review/2014/NATO-Energy-security-running-on-empty/Ukraine-energy-independence-gas-dependence-on-Russia/DE/index.htm>.

U.N. RESOLUTION 3201 & 3202 (1974): Declaration on the Establishment of a New International Economic Order & Programme of Action on the Establishment of a New International Economic Order. Official Records of the General Assembly: Sixth Special Session, Supplement No. 1 (A/9559). U.N.: New York. S. 3-12.

UNCTAD (1976): Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development. Fourth Session. Nairobi, 5-31 May 1976. Vol. I.: Report and Annexes. TD/218. U.N.: New York.

UNCTAD (1997): Globalization, Social Conflict and Economic Growth. 8<sup>th</sup> Raul Prebisch Lecture. UNCTAD (97/1). U.N.: Genf.

UNCTAD (2000): Trade Agreements, Petroleum And Energy Policies. UNCTAD/ITCD/TSB/9. U.N.: New York/Genf..

UNCTAD (2004): Beyond Conventional Wisdom in Development Policy: An Intellectual History of UNCTAD 1964-2004. U.N.: New York/Genf..

UNCTAD (2005): Trade and Development Report, 2005. Chapter III: Evolution in the Terms of Trade and Its Impact on Developing Countries. UNCTAD/TDR/2005. U.N.: New York/Genf..

UNCTAD (2014): Transfer of Technology and Knowledge Sharing for Development. Science, technology and innovation issues for developing countries. UNCTAD/DTL/STICT/2013/8. U.N.: Genf.

UNDP (1999): Human Development Report 1999. New York: Oxford University Press.

UNRIC (2021): Ziele für nachhaltige Entwicklung. Abgerufen am 30.1.2021 unter: <https://unric.org/de/17ziele/>.

VIDAL, Jean-Francois (2000): Birth and Growth of the Regulation School in the French Intellectual Context (1970-1986). In: Agnes Labrousse/Jean-DanielWeisz (Hrsg.): Institutional economics in France and Germany: German Ordoliberalism versus the French Regulation School. Berlin: Springer VS Verlag. S. 13-47.

WALGENBACH, Katharina & STACH, Anna (Hrsg.) (2015): Geschlecht in gesellschaftlichen Transformationsprozessen. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

WALLERSTEIN, Immanuel (1984): A Historical Perspective on the Emergence of the New International Order: Economic, Political, Cultural Aspects. In: Herb Addo (1984): Transforming the World-Economy? Nine Critical Essays on the New International Economic Order. Tokyo: United Nations University.

WEBER, Max (2011): Religion und Gesellschaft. Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. Eggolsheim: Dörfler Verlag.

WILLIAMS, Eric (1996): Capitalism and Slavery. Chapel Hill: University of North Carolina Press.

WOOD, Ellen Meiksins (2010): Demokratie contra Kapitalismus. Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus. Köln: ISP Verlag.

YERGIN, Daniel (1991): The Prize. The Epic Quest For Oil, Money and Power. New York: Simon & Schuster.

ZAPF, Holger (2013): Methoden der politischen Theorie. Eine Einführung. Opladen: Barbara Budrich.

ZIAI, Aram (2006): Zwischen Global Governance und Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive. Münster: Westfälisches Dampfboot.

ZIEGLER, Jean (2011): Der Aufstand des Gewissens. Die nicht-gehaltene Festspielrede. Salzburg: Ecowin Verlag.

ZINN, Howard (2005): A People's History of the United States. New York: Harper Collins.

ZUBOFF, Shoshana (2018): Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. Frankfurt am Main: Campus.

ZÜRN, Michael & ECKER-EHRHARDT, Matthias (2013): Die Politisierung der Weltpolitik. Berlin: Suhrkamp.